

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 34.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 29. August 1917.

Inhaltsangabe: Inland: Die Regierung und die polnische Frage. S. 1419—1420. — Die päpstliche Friedensnote. S. 1420. — Polen und England. S. 1420. — Eine Personalunion zwischen Polen und Österreich? S. 1422. — Die deutsche öffentliche Meinung gegenüber dem Königreich Polen. S. 1423—1424. — Das wirtschaftliche Selbstgenügen des neuen Polens. S. 1425. — Ein Danziger Hafen für Polen. S. 1428. — Die polnische Regierung im Königreich. S. 1428. — Polen und Rußland. S. 1429. — Die Stockholmer polnische Konferenz. S. 1429. — Die Bildung des Russen. S. 1429. — Schulangelegenheiten im preußischen Teilgebiet. S. 1430—1431. — Die Verordnungsverhältnisse in der Stadt Posen. S. 1431. — Parteigezänk. S. 1432—1433. — Die polnische Rückwanderung aus dem Westen. S. 1434. — Die Behandlung der polnischen Arbeiter aus dem Königreich. S. 1436. — Die Firma Kwiattkowski & Co. in Herne. S. 1436. — Zur bevorstehenden Kosciuszkofeier. S. 1437—1438. — Der Berliner Sobotag. S. 1438. — Befestetes Gebiet: Staatsrats- und Regierungsangelegenheiten. S. 1439—1443. — Heeres- und Legionenfragen. S. 1443—1445. — Die Hochschulfrage. S. 1445. — Warschauer Ernährungsfragen. S. 1445. — Industrielles. S. 1445. — Litauisches. S. 1446. — Ausland: Die Verhandlungen des galizischen Polenklubs. S. 1447. — Galizien und das Königreich Polen. S. 1448—1449. — Die Parteiverhältnisse im Polenklub. S. 1449—1452. — Die polnischen Ulanen. S. 1454. — Die Stockholmer Konferenz. S. 1454. — Die östlichen Grenzmarken Polens. S. 1454. — Aufruf des Lemberger Kosciuskomittees. S. 1455. — Die Polen in Rußland. S. 1455. — Polen und die Bölkerliga. S. 1456. — Die polnische Frage in der holländischen Presse. S. 1457.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 184 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. August 1917.

Die Regierung und die polnische Frage.

In einem so betitelten Artikel stellt das Blatt fest, daß die alldeutsch-hafatistische Richtung den neuen Reichskanzler in Sachen der Friedensentschließung und in der polnischen Frage auf ihren Standpunkt festnageln und scharfmachen wolle.

„Wie wird sich Herr Michaelis“ — so fragt das Blatt im Anschluß hieran — „wie wird sich seine Regierung diesen Gelüsten gegenüber verhalten? Von dem Standpunkt des neuen Kanzlers in der polnischen Sache läßt sich in diesem Augenblicke schwer etwas sagen, da seine Anschauungen hinsichtlich des Verhältnisses zu den Polen vollständig unbekannt sind. Weder als Ministerialdirektor im preußischen Finanzministerium, noch als Lebensmittellkommissar für Preußen hatte Herr Michaelis Gelegenheit, sich mit der Polenpolitik näher vertraut zu machen. Man muß somit annehmen, daß noch eine gewisse Zeit vergehen wird, ehe sich der neue Leiter des Staates irgend eine entschiedene Anschauung in der polnischen Frage gebildet haben wird. Auseingehalten werden müssen die Angelegenheiten des Königreichs und die der zu Preußen gehörenden polnischen Landesteile. Was das Königreich betrifft, so scheinen die Ereignisse darüber zu belehren, daß die Politik vom 5. November entgegen den aufdringlichen Warnungen und Drohungen der alldeutschen Blätter grundsätzlich fortgesetzt werden soll. Was die sogenannten Ostmarken betrifft, so fehlt vor der Hand jede exakte Grundlage zu Schlüssen. Herr Michaelis hat zwar ebenso wie mit anderen Führern von Landtagsparteien auch mit dem Vorsitzenden der polnischen Landtagsfraktion Dr. Mizeriski konferiert; aber der Charakter dieser Konferenz war ein vertraulicher, und übrigens ist schwer anzunehmen, daß es sich hierbei um etwas mehr gehandelt habe,

als um ein Sichinformieren auf Seiten des neuen Leiters der preußischen Politik.

Was die übrigen Mitglieder der neuen preußischen Regierung betrifft, so ist es für uns zweifellos ersprießlich, daß in das Kabinett als Justizminister der Zentrumsführer Abg. Spahn eingetreten ist, den man auf Grund der bisherigen Zentrums politik als einen Gegner hafatistischer Experimente betrachten darf. Andererseits darf man nicht übersehen, daß ein so entschiedener Gegner der Polen, wie der frühere Oberpräsident von Waldow, Mitglied des preußischen Ministeriums geworden ist und als Chef des Reichsernährungsamts auch die Ernennung zum preußischen Minister erhalten hat. In seine Person setzt das „Pos. Tagebl.“ seine größten Hoffnungen hinsichtlich einer „rechten Einwirkung auf die Polenpolitik“. Dabei vergießt das Blatt heiße Tränen darüber, daß ein so starker Anhänger der Ostmarkenpolitik, wie der Minister des Innern v. Loebell, habe zurücktreten müssen.

Die Physiognomie der neuen Regierung in der polnischen Sache muß sich spätestens im Herbst zeigen, wenn im preußischen Landtage der noch von der Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg gestellte Antrag auf Aufhebung des Enteignungsgesetzes zur Beratung kommen wird.“

Mit dem gleichen Gegenstande befaßt sich der Hohensalzaer „Dziennik Kujawski“ in seiner Nummer 184 vom 15. August im Anschluß an die Wiedergabe des vom Reichskanzler an die Königsberger Ortsgruppe des alldeutschen Verbandes gerichteten Antworttelegramms. Hierzu schreibt das Blatt:

„Soweit der Kanzler. Bekanntlich hat er in der vorigen Woche mit einem Vertreter der polnischen Landtagsfraktion, dem Abg. Dr. Mizeriski, eine Beratung abgehalten. Über deren Ergebnis, vielmehr über ihren Gegenstand weiß niemand etwas Näheres. Vielleicht werden daher unsere Abgeordneten gelegentlich des Zusammentretens des preußischen Abgeordnetenhauses Gelegenheit finden, ein deutliches Sich-

aussprechen des Kanzlers in der polnischen Sache zu ermöglichen.

Das ist eins. Außerdem nehmen wir an, daß die Wendung von den „Hoffnungen auf bessere Grundlagen“ für Ostpreußen eine genauere Auslegung heischt, damit aus ihr nicht ein naheliegender Schluß gezogen werden könnte, der Schluß nämlich, der nach der Richtung hingeht, als werde eine Besserung der Grenzen Ostpreußens auf dem Wege einer Annexion der benachbarten Grenzzone angestrebt.“

Aus Nr. 186 des Wiarus Polski (Bockum)
vom 15. August 1917.

Der neue Kanzler

hat seine politische Richtung noch nicht deutlich kundgetan. Es scheint jedoch, daß er nach innen hin manche Ausschreitungen der Alldeutschen zähmen, aber ihrer politischen Richtung folgen wird. Er soll ein Mann der starken Hand sein; es scheint aber, als rechne man in bestimmten Kreisen vor allem darauf, daß den starken Händen auf den mittleren und unteren Stufen der Beamtenleiter die Freiheit der Bewegungen werde erweitert werden, — vor allem den Polen gegenüber.

Aus Nr. 166 des Dziennik Kujawski (Hohensta) vom 17. August 1917.

Zur Friedensbotschaft des Papstes

meint das Blatt im Anschluß an die einschlägige Auslassung der „Tribuna“:

„Woher die „Tribuna“ ihre Kenntnis schöpft, das ist schwer zu beurteilen. Es scheint uns jedoch, daß man ihre Mitteilungen mit Vorbehalt aufnehmen muß. Es ist schwerlich anzunehmen, daß der Papst den Angelegenheiten im Osten Europas mindere Aufmerksamkeit gewidmet habe. Sind sie doch — abgesehen von der politisch-militärischen Seite — für die Kirche von erstklassiger Bedeutung mit Rücksicht auf die Entwicklung der künftigen Interessen des Katholizismus. Außerdem können wir schwerlich annehmen, daß der Papst in seiner Rundgebung allen anderen Angelegenheiten große Bedeutung beigemessen, der Sache Polens hingegen nur eine untergeordnete Rolle zugewiesen habe, der Sache Polens, die auf dem Hintergrunde der Kriegeereignisse durch die Macht der Tatsachen an die Spitze der Probleme vorgerückt ist, von deren gerechter Erledigung die Dauer des künftigen Friedens Europas abhängt. Wir schreiben diese Worte unter dem Gesichtswinkel absolut objektiver Erwägungen, ohne vor der Hand das nationale Moment zu berühren. Wenn wir es berücksichtigen wollten, dann müßten wir ganz andere Bemerkungen machen. Wir meinen jedoch, daß hierfür die Zeit gekommen sein wird, wenn wir den genauen Text der päpstlichen Rundgebung werden kennen gelernt haben. Daher auch unser obiger Vorbehalt.“

Aus Nr. 187 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. August 1917.

Unter dem Titel

„Die polnische Frage und die Note des Papstes“

schreibt das Blatt:

... „Nach dem Vorschlage des Papstes soll die Regelung der polnischen Frage den Friedensverhandlungen überlassen bleiben, welche sie nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu entscheiden hätten. Die Anschauungen bezüglich der Zukunft Polens gehören bekanntlich zu

den Angelegenheiten, die den strittigsten Gegenstand der Friedensbedingungen bilden. Für die Mittelmächte ist die Grundlage zur Regelung der polnischen Frage der Akt vom 5. November, der momentan weder die Grenzen des künftigen polnischen Staates noch dessen staatsrechtliches Verhältnis zu den Mittelmächten bezeichnet. Die Koalition verhält sich, wenngleich sie kein gleichmäßiges polnisches Programm bekanntgegeben hat, grundsätzlich ablehnend gegenüber den Anschauungen betreffend die Realisierung der polnischen Sache, die im Novemberakt ihren Ausdruck gefunden haben. Eine vollständige Übereinstimmung in der strittigen Frage sowie auch in anderen Angelegenheiten, bezüglich deren die beiden kriegführenden Seiten verschiedener Meinung sind, könnte somit nur eine weitgehende gegenseitige Nachgiebigkeit herbeiführen.

Von einer Entscheidung der strittigen Punkte auf dem Wege der Verständigung will der Teil der deutschen Presse nichts wissen, für den die bloße Erörterung der polnischen Frage u. a. einen Anlaß bildet, den päpstlichen Vorschlag des Beginns der Verhandlungen abzulehnen. (Es folgen die einschlägigen Auslassungen der „Deutschen Tageszeitung“, der „Täglichen Rundschau“ und der „Vossischen Zeitung“; dann schließt das Blatt.)

Aus den allein in der polnischen Sache angeführten Pressäußerungen geht hervor, wieviel Hindernisse sich aufhäufen auf dem Wege zur Verwirklichung des päpstlichen Friedens.“

Aus Nr. 187 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 17. August 1917.

Die Friedensnote des Papstes.

Der „Dziennik Berliński“ schreibt zu der Friedensnote des Papstes folgendes:

„Gebe Gott, daß die Note des heil. Vaters der Welt endlich den ersehnten gerechten Frieden brächte, der die schwachen Völker nicht unter dem Joche der Bedrückung und der Übermacht Mächtiger belassen und sie für die Zukunft nicht der Willkür auf Gnade und Ungnade preisgeben würde, wie dies leider vor dem Kriege der Fall war. Möge auf der Welt der Grundsatz der Gerechtigkeit und Billigkeit zur Herrschaft gelangen, nicht aber der durch die „Staatsraison“ des Stärkern vorgeschützte Grundsatz der Macht und Gewalt, der wie ein schwerer Alp auf der ganzen Welt, in erster Reihe aber auf den unfreien Völkern lastete.“

Aus Nr. 258 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 15. August 1917.

Das Ende der Tragödie.

„Wir wollen jenes Geschlecht sein, das mutig und entschieden den Krieg aus der Tragödie des menschlichen Lebens streichen wird“, so sagte Lloyd George in seiner letzten Rede in Queens Hall. „Auf unser Geschlecht fiel der Fluch des Weltkrieges, der Völker und Stämme in den mächtigen Strudel mörderischer Kämpfe geschleudert hat; aber unser Geschlecht soll durch dieses blutige Opfer den Segen der Nachwelt für alle Zeiten verdienen; denn nach diesem Kriege wird ein ewiger Friede kommen, und auf der Erde wird eine wahre Civitas Dei aufblühen, voll Freude und Harmonie, voll Glück und Eintracht der Völker. Aber wir selbst müssen vorher noch die Hölle passieren und in dieser Hölle heute ausharren, um das verlorene Paradies zu erreichen und dieses Paradies für die kommenden Geschlechter vorzubereiten und sicherzustellen. Unser Geschlecht muß also jetzt alle Leiden und Heimtuchungen überstehen, es muß sich eben für die Zukunft aufopfern. Der Krieg muß

somit weiter fort dauern, denn durch ihn soll eben die Tragödie der Menschheit ein für alle Mal beendet werden; er soll schon der letzte Krieg sein.“

Der englische Ministerpräsident, der sonst ein Esprit fort, ein Mann der Tat und ein nüchterner politischer Rechenmeister ist, spricht hier wie ein Visionär mit dem Glauben eines Mystikers, der von einer neuen Ära der Menschheit träumt, von einer vollständigen Ummwälzung Europas und der Welt und von einer gründlichen Umwandlung und Veredelung der menschlichen Seele, welche die geschichtlichen Merkmale der Unterdrückung und des Egoismus ablegen und aus dem Weltbrande gereinigt hervorgehen wird. Die Weltgeschichte wird dann einen ruhigen Lauf nehmen, ihre Bogen werden nicht mehr an Felsen und Klippen zerschellen. Der Redner von Queens Hall läßt die Menschheit in einem blutigen Gang durch Felsen und Abgründe den Gipfel der Berge ersteigen, um nachher die Felder von Elysium schauen zu können, auf denen die künftigen Geschlechter dank unseren gegenwärtigen Opfern voll Glück leben werden.

Solche Visionen dämmerten aber schon in den Köpfen der Puritaner zur Zeit der englischen Revolution, und sie loderten von neuem auf, allerdings in blutigen Flammen, während der französischen Revolution, welche die Welt in ähnlicher Weise, wie der gegenwärtige Krieg, in ihren Grundfesten erschütterte. Man begeisterte sich damals für sie in den politischen Programmen und in den Losungen, die für die Freiheit, das „Menschenrecht“ und das Recht der Völker ausgegeben wurden. Man wollte den Tempel des Friedens und des Glücks auf den Trümmern des bezwungenen Molochs der Tyrannei aufbauen.

Lloyd George beruft sich auch in seiner Rede auf diese „große“, klassische französische Revolution, um sie zugleich der russischen Revolution als Beispiel dafür hinzustellen, wie man aus dem Chaos zur Ordnung, aus der Anarchie zu einer normalen Regierung übergehen und eine gewandte und leistungsfähige Armee schaffen könne. Das sei eben nur dann möglich, wenn man eine strenge Disziplin einführe und anerkenne, denn eine Armee ohne Disziplin sei nur eine lockere Masse. „Das hat die französische Revolution, sagte Lloyd George, bald eingesehen, denn sonst hätten die Preußen und Österreicher die französische Freiheit im Blute der Söhne Frankreichs erstickt.“

Der gegenwärtige Nachfolger Pitts, der Ministerpräsident in England, vergißt jedoch hierbei, daß die österreichischen und preussischen Armeen zwar die ersten waren, welche gegen die französische Revolution ins Feld rückten, (eigentlich hat die französische Revolution im Jahre 1792 der habsburgischen Monarchie zuerst den Fehdehandschuh hingeworfen), — daß aber schon im folgenden Jahre, nämlich im Jahre 1793, hauptsächlich England es war, das eine Koalition gegen die französische Revolution organisierte, und zwar nicht etwa aus dem Grunde, weil es durch den tragischen Tod Ludwigs XVI. ergriffen wurde, sondern vielmehr deswegen, weil es durch den siegreichen Feldzug der Revolution, durch den Durchbruch der Scheldelinie und die Bedrohung Antwerpens beunruhigt war. England blieb auch dann die Seele der Koalition, die gegen Frankreich, sowohl gegen das vorrevolutionäre, als auch gegen das imperialistische, kämpfte. Es zeigte selbst auch die größte Widerstandsfähigkeit in seiner Verteidigung und die größte Energie in dem Kampfe um seine Lebensinteressen auf dem Lande und auf dem Meere, sowie um seine ganze Machtstellung. Ebenso hat England den Krieg wirklich zu Ende geführt, indem es sich so unerbittlich gegen Napoleon gezeigt hat. Denn Napoleon, der Gott des Krieges, erschien England als ein böser Geist, als ein Beelzebub, der im Interesse der Menschheit und vor allem zur

Beruhigung Englands fallen und ganz verschwinden mußte. England hat es verstanden, die Stimmung in der Welt gegen Napoleon anzuregen und auszunutzen, es hat es verstanden, die Saiten der Freiheit der Nationen aufzuziehen, um die Politik der anderen Staaten den Leitmotiven seiner eigenen Politik dienstbar zu machen, die aber durch und durch real war und selbst vor einem Gewaltakt nicht zurückschreckte, wie es ja die Besitzergreifung der dänischen Flotte und das Bombardement Kopenhagens gezeigt haben. England hat sich damals auch bedeutende Vorteile, nämlich wichtige Kolonien und Stützpunkte auf den Meeren, errungen und gesichert. Es ließ deshalb auch nicht einmal zu, daß auf dem Wiener Kongresse koloniale Fragen erörtert wurden, da es ja diese Fragen im Voraus selbst entschieden hatte.

Es ist nicht unsere Sache, hier mit England unsere Abrechnung zu halten; denn wir Schwachen haben keine Veranlassung, uns die Mächtigen ohne wirklichen Grund zu Gegnern zu machen. Der englische Ministerpräsident erklärt aber weiter, daß er an dem großen Programm der Freiheit der Nationen festhalten wolle. Diese Lösung ist ja ganz hübsch, aber wie werden die Taten ausfallen?

Durch die geschichtlichen Erfahrungen werden jedenfalls unsere Bedenken in dieser Hinsicht nicht gehoben. Denn in den kritischen Tagen unserer Geschichte stand England stets passiv und wankend beiseite. So trat England, als der polnischen Republik schon der Untergang drohte, nicht zum Schutze des zerstückelten Staates und der Unabhängigkeit des polnischen Volkes auf; es hat es nicht einmal im Namen des politischen Gleichgewichts getan, das doch hier in einer so furchtbaren Weise verletzt und durch die Vernichtung eines großen Staates vollständig zerstört wurde. Das spätere Epos der polnischen Legionen mißfiel England schon deswegen, weil diese Legionen in ihrem Kampfe dem kaiserlichen Adler folgten. England hat selbst auf dem Wiener Kongreß die polnische Frage nicht aufrichtig und nicht mit der gehörigen Entschiedenheit verteidigt. So enthielten die englischen Denkschriften, die damals an den Kaiser Alexander I. gerichtet waren, zwar Erklärungen über „die weiten, dauerhaften Grundlagen“, auf welche die Existenz eines unabhängigen Polens sich stützen müßte, aber das waren nur Worte, die von einer realen Aktion nicht unterstützt wurden. Das war also nur ein politisches Manöver und keine politische Tat.

Nach dem Jahre 1830 schickte England zwar auch eine Note an die Regierung an der Newa wegen Verletzung der Bestimmungen des Wiener Kongresses von seiten des rachsüchtigen Nikolaus I., aber es verlangte nicht mehr die Erhaltung der polnischen Konstitution vom Jahre 1815, die doch durch internationale Vereinbarungen verbürgt war. Es vermied geradezu auch dieses Mal, irgend welche entschiedene Forderungen zu stellen, sondern begnügte sich mit diplomatischen, nichtsagenden und gleichsam nur formellen Vorstellungen. Es wollte sich nämlich Rußland durch eine unerwünschte Intervention in der polnischen Frage nicht zum Gegner machen. Denselben Standpunkt hat England ebenfalls im Jahre 1863 eingenommen. Der englische Liberalismus reichte also immer nur bis Petersburg.

Alle diese Tatsachen lassen sich urkundlich nachweisen und sie wurden auch schon neulich in einem Werke des hochverdienten Geschichtsforschers Professor Handelsmann nachgewiesen, das den Titel „England und Polen“ trägt. Man wird später auf diese Arbeit noch zurückkommen und die ganze Frage eingehend prüfen müssen, denn wenn auch die Vergangenheit nicht ausschließlich die Grundlagen zur Aufklärung der Gegenwart bildet, so gibt es in der Politik doch eine gewisse ununterbrochene Kontinuität. Die Politik ist nämlich die Summe der natürlichen Eigenheiten und

Fähigkeiten eines Volkes; sie ist die sichtbare Erscheinung und zugleich das Produkt der Gesamtseele einer Nation, wie sie sich Jahrhunderte hindurch ausgebildet hat.

Wie sich aber die Politik Englands in ihrem Verhältnis zu Polen während der gegenwärtigen geschichtlichen Wirren darstellt, das läßt sich mit Genauigkeit schwer feststellen. Auf gewisse Erscheinungen dieser Politik hat neulich Professor Askenazy in der Schweiz hingewiesen. Obwohl er als „Freund“ Englands austritt, so kommt er doch zu dem Schluß, daß England in der polnischen Frage entweder einen unklaren Standpunkt einnimmt, oder daß es der Idee der Unabhängigkeit Polens direkt abgeneigt ist. Am Anfang des Krieges war man nämlich in England der Ansicht, daß schon das Manifest des Großfürsten Nikolajewitsch als Garantie für die Existenz Polens genüge. Es fielen dabei sogar Worte, daß, wer kein Vertrauen zu diesen Versicherungen und feierlichen Erklärungen Rußlands habe, zugleich England nicht treu und kein Freund Englands sei. Heute soll wohl das polnische Volk wiederum der Revolution trauen, die noch zwischen der Anarchie und einer Diktatur schwankt? Wir haben heute jedenfalls keinen Beweis dafür, daß England bereit ist, ein vollständig selbständiges, von Rußland unabhängiges Polen anzuerkennen. Ebenföwenig haben wir einen Beweis dafür, daß Lloyd George, wenn er die Freiheit der Nationen verkündet, diese Freiheit ebenso wie wir auffaßt, und daß er sie sich auch zu eigen machen und konsequent verteidigen würde. Wir haben deshalb die volle Überzeugung nicht und können sie nicht haben, daß die ideale Richtlinie der englischen Politik sich erhalten wird und daß wir, wenn wir dieser Richtlinie folgen sollten, uns schon sicher fühlen und, ohne selbst aktiv eingzugreifen, das Ende dieses Weltbrandes und dieser Tragödie der Menschheit ruhig und in der Zuversicht abwarten können, daß auch unsere eigene Tragödie dann ein Ende nehmen wird.

Es würde uns zweifellos leichter fallen, alle Opfer jetzt zu ertragen, wenn wir an eine Wiedergeburt und Erlösung der Menschheit wirklich glauben dürften. Die Seele des polnischen Volkes ist nämlich schon von Natur aus geneigt und gleichsam geschichtlich darauf vorbereitet, an eine wirklich menschliche Ära der Geschichte zu glauben. Es prophezeiten ja unsere Sänger eine Ära der Verbrüderung der Völker und des von uns so ersehnten Waltens der Gerechtigkeit auf Erden. Wir verleugnen auch heute diesen Glauben nicht. Im Gegenteil, wir sind auch heute noch fest davon überzeugt, daß der Gerechtigkeit einmal Genüge geschehen wird. Aber diesen Glauben schöpfen wir aus unserer eigenen Seele und aus unserer eigenen Erfahrung. Denn das Leben hat uns gelehrt und lehrt uns auch heute noch immer, jeden geschichtlichen Augenblick sowie alle geschichtlichen Erscheinungen mit klarem Blick und mit unsern eigenen Augen zu betrachten. Alle Hoffnungen liegen jedoch in weiter Ferne, die Gefahr ist aber nahe! Deswegen dürfen solche entfernte Hoffnungen und unfaßbare Zukunftsaussichten unsere Aufmerksamkeit von den realen Forderungen des Augenblicks nicht ablenken. Sie dürfen uns nicht hindern, heute unsere nationalen Pflichten zu erfüllen und an die schöpferische Arbeit unter Bedingungen heranzutreten, die uns jetzt zu arbeiten gestatten, und zwar zu arbeiten auf unserem eigenen Boden, den wir doch selbst am besten kennen.

Lloyd George sprach ja mit Humor und Sarkasmus, aber er sprach nur aus seiner englischen Seele heraus. Er wies dabei auf so entfernte Ziele hin, daß er sich selbst in den nebelhaften Regionen der Zukunft zu verlieren schien. Wann werden sich aber diese Ziele erreichen lassen? In dem Tempel des ewigen Friedens, wie ihn Lloyd George geschildert hat, würden wohl nur noch lauter Invaliden und ausgehungerte Bettler einkehren können.

Das Programm dieses unversöhnlichen, jetzt in den Himmel schauenden, aber gleichzeitig im Blute wartenden Staatsmannes, der in England nach denselben Grundsätzen regiert, wie der neue Diktator in Rußland, stellt sich also in einer so ungreifbaren Gestalt dar, daß wir mit der größten Aufmerksamkeit und Wachsamkeit darauf sehen müssen, daß wir einer fremden Suggestion nicht unterliegen, sondern unserer eigenen Umgebung folgen.

Aus Nr. 261 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 19. August 1917.

Eine Personalunion?

(Korrespondenz aus Wien.)

Wien, den 14. August.

übermorgen (am Donnerstag) soll Graf Czernin nach Wien zurückkehren. Seine Rückkehr von der Reise, die er nach Berlin, nach dem deutschen Hauptquartier und von dort wiederum nach Berlin unternommen hat, wird hier mit bedeutender Spannung erwartet, denn der Minister des Äußeren kann jetzt neben einer ganzen Reihe von österreichisch-ungarischen Problemen eine Entscheidung mitbringen, die für das künftige Schicksal der beiden Mächte, sowie Polens und Europas bestimmend sein wird. Die Unterhandlungen in dieser Angelegenheit waren ja schon während der Anwesenheit des Reichskanzlers in Wien weit gediehen. Es ist also möglich, daß jetzt die — endgültigen Entscheidungen getroffen wurden sowohl in solchen Fragen, die ausschließlich von dem Willensentschluß der Mittelmächte abhängig sind, als auch in denjenigen, welche noch der Ratifikation bedürfen, da sie als internationale Fragen auf die Tagesordnung der Friedensverhandlungen gebracht werden müssen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß auch in solchen Fragen die Verständigung und die Verabredung der Mittelmächte, wenn sie auch das Ergebnis der künftigen allgemeinen internationalen Verträge nicht vorherbestimmen können, aufgrund der gegenwärtigen Kriegsergebnisse und der ganzen diplomatischen Sachlage die wichtigsten Wegweiser für die Zukunft jetzt bilden und auch später bilden werden. Man muß nämlich annehmen, daß das Berliner und das Wiener Kabinett bei ihren unleugbaren Friedenstendenzen auch in allen Fragen internationalen Charakters das Minimum jener Bedingungen miteinander vereinbaren werden, von dem sie im Interesse ihrer eigenen Sicherheit und der Dauerhaftigkeit des künftigen Friedens nicht mehr zurücktreten können. Deshalb hat es auch angesichts dieser einfachen politischen Logik keinen Zweck, zu untersuchen, wie die verschiedensten unrealisierbaren Entwürfe heute aussehen. In Europa besteht nämlich, nach der Diskussion der letzten Wochen und nach den betreffenden Erklärungen der Minister aus beiden Lagern zu urteilen, im Grunde genommen tatsächlich nur eine einzige wichtige Frage, in deren künftiger Gestaltung die Mittelmächte die Bedingungen für ihre eigene Sicherheit und für die Dauerhaftigkeit des Friedens suchen müssen. Das ist eben die polnische Frage. Berlin und Wien suchen diese Frage ebenso heute, wie in ihrem Akte vom 5. November „gemeinsam zu lösen“. Wie aber diese Lösung in der Praxis aussehen wird, darüber wird man, bevor eine amtliche Kundgebung oder irgendein politischer Akt erfolgt ist, auch nach der Rückkehr des Grafen Czernin nach Wien öffentlich noch nicht sprechen und schreiben dürfen. Das eine kann jedoch wohl schon heute festgestellt werden, daß bis zur Reise des Grafen Czernin nach Berlin manche Gedanken, die Dr. Raumann am Schluß seiner Broschüre zum Ausdruck gebracht hat, an Aktualität eher gewonnen als verloren haben. Nach einem mit dem Minister verabredeten und zur öffentlichen Kenntnis

mitgeteilten Pläne sollen sich die Führer der polnischen Fraktion in Wien beim Grafen Czernin nach seiner Rückkehr von Berlin einfinden. Sie werden dann also vielleicht erfahren, ob die polnische Frage, wie Herr Dr. Raumann annimmt, auf den Standpunkt zurückzuführen wird, auf welchem sie sich im Oktober 1915 zur Zeit des Ministers Burian befand, oder ob sie eine andere Lösung finden wird. Das eine scheint aber keinem Zweifel zu unterliegen, daß eine endgültige Entscheidung in jener Richtung, welche die Zentralmächte in der polnischen Frage, die für sie immer mehr an Bedeutung gewinnt, einschlagen werden, schon in nächster Zeit erfolgen wird. M. G.—r.

Unser Wiener Korrespondent erwähnt hier die bekannte Broschüre des Herrn Friedrich Raumann, die im Juni unter dem Titel: „Was wird aus Polen?“ erschienen war. Deswegen halten wir es für angebracht, hier in Erinnerung zu bringen, in welcher Weise sich der Verfasser der erwähnten Schrift, die sich übrigens schon einen besonderen Ruf erworben hat, über diejenigen Pläne der Mittelmächte geäußert hat, mit denen sich diese Mächte in der polnischen Frage noch vor dem 15. November 1916 getragen haben. Herr Raumann erzählt also, daß es, was übrigens ein offenes Geheimnis war, eine Zeit gegeben hat, wo man sich ebenso in Berlin wie in Wien mit einer Idee beschäftigte, die ihre richtige Bezeichnung in dem Worte „Trialismus“ fand. Diese Idee kam in dem Gedanken zum Ausdruck, nach dem aus Galizien und Kongreßpolen ein neuer Staat gebildet werden sollte, der als dritter Staat in der österreichischen Monarchie unter der Herrschaft des Kaisers von Österreich stehen, aber ebenso wie Österreich und Ungarn eine staatliche Einheit repräsentieren würde.

Einem solchen Programm hat sich jedoch bald von Anfang an Ungarn entgegengestellt. Ungarn hält nämlich aus nationalen Gründen konsequent an dem dualistischen System fest, weil es in seinem Verhältnis zu Österreich keine Einbuße an seiner Machtposition erleiden möchte. In den Berliner Kreisen wollte man deshalb unter Berücksichtigung der Forderungen Ungarns die Frage einer Personalunion Polens mit der habsburgischen Dynastie einem inneren Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn überlassen. Deutschland hat aber daran außerdem noch folgende Bedingung geknüpft: Es sollte zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn-Polen eine militärische Konvention und ein besonderer Handelsvertrag für alle Zeiten festgelegt und gesichert werden.

Wie diese „Sicherung“ sich gestalten sollte, darüber sucht Herr Raumann in folgender Weise Aufschluß zu geben: Vom Standpunkt der Verteidigung Deutschlands aus könnte nicht zugegeben werden, daß Österreich die lange und gefährliche Grenzlinie im Osten Preußens in seiner Hand behielte, solange — wenn auch nur in der Theorie — die Möglichkeit bestehen würde, daß Österreich-Ungarn-Polen gegen Preußen-Deutschland militärisch vorgehen könnten. Derselbe Gedanke wurde, wenn auch sehr vorsichtig, ebenfalls von verschiedenen deutschen Blättern zum Ausdruck gebracht. Sie wiesen dabei auf die „geographische Lage“ hin und verlangten zugleich ganz ausdrücklich eine „Änderung der Grenzen“ — oder eine neue Teilung Polens. Auf dieser Grundlage wurde dann in der deutschen Presse über die Angliederung der Festungslinie am Brest und des westlichen Teiles des Königreichs Polen bis an die Warthe an Deutschland diskutiert.

Einzelheiten darüber teilt auch Herr Raumann mit. Er stellt aber zugleich fest, daß Österreich auf solche Bedingungen nicht eingehen wollte und daß es sich deshalb, da es vorläufig keine andere Wahl hatte, für eine andere Konzeption entschloß, die ihren Ausdruck in dem Akt vom 5. November fand, durch

den ein selbständiges Polen „im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte“ proklamiert wurde. Wir wissen jedoch, daß der ursprüngliche Gedanke einer Personalunion Polens mit der habsburgischen Dynastie von gewissen Kreisen der polnischen Bevölkerung in Galizien und — wie es scheint — auch von gewissen Kreisen in Wien trotz dieser Proklamierung nicht aufgegeben wurde. Diese Idee fand auch immer mehr Anhänger infolge der Teilung des Königreichs Polen in zwei Okkupationsgebiete und infolge der verschiedenen Haltung der Besatzungsbehörden in den beiden besetzten Gebieten. Schon die Tatsache allein, daß Graf Szeptycki zum Generalgouverneur in Lublin ernannt wurde, verfehlte ihre Wirkung in dieser Richtung nicht, abgesehen von vielen anderen vereinzelteten Tatsachen, durch die das soziale und wirtschaftliche Leben in dem österreichischen Okkupationsgebiete in einer vorteilhaften Weise beeinflusst wurde.

Die von Tag zu Tag steigenden Sympathien der polnischen Bevölkerung für Österreich können jedoch keine entscheidende Wendung bringen, solange diese Entscheidung über die Zukunft Polens in den Händen der Mittelmächte ruht, die in der polnischen Frage ausschließlich vom Gesichtspunkte ihrer eigenen Interessen aus handeln. Deswegen konnte der aktivistisch gesinnte Teil der polnischen Bevölkerung nur in solchen Grenzen seine Tätigkeit entfalten, die ihm durch den Akt vom 5. November gezogen wurden. Herr Raumann schreibt allerdings, daß der Beschluß der polnischen Fraktion in Galizien, den diese Fraktion am Pfingstfeste gefaßt hat und in dem sie ein geeinigtes Polen mit dem Zutritt zum Meere verlangte, einer ursprünglichen Konzeption des Obersten Nationalkomitees zuzuschreiben wäre, die seinerzeit auch von dem damaligen österreichischen Minister des Äußeren Burian angenommen wurde. Diese Konzeption stützte sich ebenfalls auf eine Personalunion Polens mit der habsburgischen Dynastie.

Eine Bestätigung dieser Annahme schien allerdings auch die durch die letzten Telegramme gebrachte Nachricht zu enthalten, daß der Vorsitzende der polnischen Fraktion in Wien mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren, Grafen Czernin, kurz vor dessen Abreise nach Berlin eine besondere Konferenz in der polnischen Frage hatte.

Der Inhalt dieser Konferenz ist der Öffentlichkeit nicht bekannt; es wurde nur mitgeteilt, daß der Minister seine Antwort auf die ihm vorgelegten Wünsche von dem Ergebnis seiner Konferenz in Berlin abhängig gemacht hat. Manche deutsche Blätter teilten nach dieser letzten Konferenz auch tatsächlich mit, daß in ihr wichtige Entscheidungen über die Zukunft Polens gefaßt wurden.

Inwiefern jedoch alle diese Annahmen richtig sind, werden wir in Kürze erfahren. Vorläufig ist es vor allem nicht bekannt, ob zwischen Österreich und Ungarn eine Verständigung hinsichtlich des Trialismus in Österreich zustande gekommen ist, derzufolge die habsburgische Monarchie aus den drei Staaten Österreich, Ungarn und Polen bestehen würde. Ebenjowenig ist es bekannt, ob in einem solchen Falle Preußen-Deutschland auf die in den deutschen Blättern erwähnte Forderung einer „Änderung der Grenzen“ verzichten würde.

Aus Nr. 184 des Kraj (Lissa i. Polen)
vom 15. August 1917.

Der alldeutsche Chauvinismus

Ist im gegenwärtigen Kriege keineswegs erkaltet. Die ganze Bosheit wendet sich vor allem gegen die Polen. Nachdem die Alldeutschen neuerdings anlässlich der bekannten Friedensentschießung des deutschen Reichs-

tages eine Niederlage nach der anderen erlitten haben, konzentrierten sie ihre ganze unterirdische Arbeit um den Akt vom 5. November, und die Affäre Pilsudski, die Legionenvereidigung und der Parteiwirrwarr in Polen dienen ihnen nur als Vorwand. Die freikonservative „Post“ nennt die Proklamierung der Unabhängigkeit des Königreichs die Quelle alles Bösen. Die „Kreuzzeitung“ hingegen empfiehlt dringend, daß man vor der Hand den Ausbau des polnischen Staatswesens unterlasse und das Land unter militärische Verwaltung nehme, ebenso wie die übrigen Landesteile im Osten.

Die alldeutschen Hirne haben im gegenwärtigen Kriege nichts gelernt. Heute wendet sich die ganze Welt gegen das Deutsche Reich infolge der hafatistischen Gier. Die Hafatisten sehen in ihrer politischen Kurzsichtigkeit nicht, wie ein derartiges Behandeln der Polen auf die nicht mehr zahlreichen neutralen Staaten wirken muß. Welche Würdigung die krankhaften alldeutschen Operationen unter den Neutralen finden, das zeigt ein Absatz aus dem Artikel des Schweizer Blattes „Nationalzeitung“, das den Deutschen keinesfalls feindlich gesinnt ist, in Sachen der polnischen Krisis. Wir lesen dort:

„Die Alldeutschen empfehlen sehr einfach nach ihrer beliebten Methode, daß man in der Verfolgung und Gewalttätigkeit noch weiter gehen, die Proklamation der beiden Kaiser aufheben und das Königreich Polen direkt unter die beiden Kaiserreiche aufteilen möge. Aber das wäre geradezu eine Ohrfeige für die Stimmung der Welt, und Wien würde mit einem solchen Schritt nie einverstanden sein.“

Keine Wiener Regierung wird zugeben, daß die Hafatisten, sowohl die Berliner als auch die Wiener, gegen sie intrigieren. Die Herren Alldeutschen vergessen, daß Österreich-Ungarn heute stark ist infolge der Einigkeit der dieses Land bewohnenden slawischen Völker. Durch das feindselige Behandeln der polnischen bzw. slawischen Sache schaden sie nicht nur der Verständigung der Wiener Regierung mit den Slawen, sondern es werden dadurch auch die gemeinsamen Interessen der beiden Monarchien bedroht.

Aus Nr. 184 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 13. August 1917.

Aus Warschau wird berichtet, daß dort jetzt eine große Spannung herrscht, weil eine Entscheidung der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung betreffend die Beschlüsse des provisorischen Staatsrats erwartet wird. Der Staatsrat verlangte nämlich in seinen Beschlüssen vor allem, daß eine polnische Regierung gebildet werde, die von Personen berufen werden soll, welche sich der allgemeinen Achtung bei der polnischen Bevölkerung erfreuen. Weiter verlangte der Staatsrat, daß einer solchen Regierung auch die volle Gewalt im Lande und zugleich das ausschließliche Verfügungsrecht über die polnische Armee übertragen werde. Diese Forderungen sind vollständig berechtigt, und sie laufen keineswegs den militärischen Interessen der Mittelmächte zuwider. Es ruht doch jetzt auch im Großherzogtum Luxemburg, das vom ersten Kriegstage an von deutschen Armeen besetzt ist, die Staatsgewalt in den Händen der Landesregierung. Diese Regierung besitzt auch das Verfügungsrecht über die Wehrmacht des Landes, d. h. über die Gendarmerie, deren Stärke ungefähr der Stärke des polnischen Heeres gleichkommt, das jetzt unter das Kommando des General-Gouverneurs von Warschau, von Beseler, gestellt ist. Sogar der Luxemburger Landtag hält seine Sitzungen ab und stürzt nach seinem Dazuhalten das Ministerium des Landes. Ebenso wurde in Belgien, dessen Armeen doch immer noch gegen Deutschland kämpfen, der ganze Verwaltungsapparat beibehalten. Er wurde nur der Aufsicht des General-Gouverneurs, der Gouverneure

und der Kommandeure samt einem entsprechenden Stabe von Beamten unterstellt. Dagegen wird dem Königreich Polen, dessen zahlreiche Söhne in den Legionen auf beiden Deutschlands und Österreich-Ungarns kämpften und dessen Unabhängigkeit oder Selbständigkeit feierlich proklamiert worden ist, nicht einmal so viel Selbständigkeit zugestanden, wie man Belgien gewährt hat. Deutschland kann doch dabei nur gewinnen, wenn die Polen sich zufriedengestellt fühlen. Durch die vielen Offiziere und Mannschaften aber, die dann aus dem Zivildienst im Königreich Polen ausscheiden würden, könnte die deutsche Front verstärkt werden. Übrigens wundern wir uns sogar darüber, daß Deutschland angesichts der Stimmung, die gegenwärtig in Rußland herrscht, das ja auf Polen bereits verzichtet hat, seine Armeen von der russischen Front nicht zurückgezogen hat, um den Polen die Verteidigung der Grenzen der ehemaligen polnischen Republik zu überlassen. Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß zum Zwecke einer solchen Verteidigung sich zum polnischen Heere alle Polen, die kriegsverwendungsfähig wären, und zwar vom Jüngsten an, melden würden und ebenso auch die zahlreichen polnischen Offiziere und Mannschaften der russischen Armee, die sich in Deutschland als Kriegsgefangene befinden. Die Vorteile aber, die sich für Deutschland und für Österreich-Ungarn daraus ergeben würden, daß die Ostfront in dieser Weise gesichert wäre, würden enorm sein; denn das revolutionäre Rußland könnte dann seine Heere nicht mehr zu dem Zwecke aussenden, um etwa Polen zu erobern. Auf diese Weise würde sich auch ein Friede mit Rußland gleichsam von selbst ergeben, denn Rußland hätte kein Interesse mehr daran, den Krieg weiterzuführen. Es würde sich infolgedessen von seinen Verbündeten freimachen und zweifellos mit verdoppelter Energie an den inneren Umbau seines Staates im Sinne der revolutionären Lösungen herantreten. Ob sich aber von Hindenburg angesichts der Annexionspläne der Alldeutschen zu dem entschließen wird, was von ihm sowohl das Interesse Deutschlands wie Preußens verlangt, ist schwer vorauszu sehen. Das wird jedoch von dem weiteren Verlauf der Ereignisse an der Westfront abhängen.

Aus Nr. 185 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 14. August 1917.

Die alldeutschen Blätter schreiben jetzt viel von dem Haß, mit dem die Polen im Königreich Polen und in Galizien den Deutschen begegnen. Sie wollen damit nur beweisen, daß man die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates nicht zulassen dürfe. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß solche Stimmen nicht dazu beitragen können, die Zahl der Freunde Deutschlands unter den Polen zu vermehren. Die Sympathien der Polen sollten aber den Deutschen nicht gleichgültig bleiben. Denn das polnische Volk bewohnt nicht nur das ganze Gebiet, wo die deutschen Armeen auf der Ostfront im Kampfe stehen, sondern es ist auch im Rücken dieser Armeen ansässig. Das polnische Volk ist zwar entschlossen, Deutschland gegenüber die größte Loyalität zu beobachten, aber die Loyalität einer freundlich gesinnten Bevölkerung ist doch eine andere, als die Loyalität eines unzufriedenen Volkes. Wie die deutschen Hyperpatrioten das vergessen können, ist wirklich schwer zu verstehen. Dieses zwecklose Stacheln des polnischen Volkes schadet aber der deutschen Sache nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ländern, und hauptsächlich in Amerika, in Rußland, sowie in den neutralen Staaten mehr, als die Agitation englischer Agenten; denn es erweckt auch Mißtrauen gegen den von Berlin aus verkündeten Grundsatz, daß dieser Krieg ohne Annexionen enden soll.

Im Königreich Polen wächst die Spannung immer mehr. Der vorläufige Staatsrat, dessen Bildung die Polen überzeugen sollte, daß die Absichten Deutschlands Polen gegenüber aufrichtig seien, verliert den Boden unter den Füßen. Weite einflußreiche Kreise betrachten jetzt schon sogar die Zugehörigkeit zu ihm als ein nationales Vergehen. Es ist bereits so weit gekommen, daß der Vorsitzende des Staatsrates, der Kronmarschall Niemcewicz, beschlossen hat, von seinem Posten zurückzutreten, weil sehr angesehene Faktoren ihm auch das Recht absprechen, dem polnischen Kronrate angehören zu dürfen, der zwecks Bildung des ersten polnischen Ministeriums einberufen werden soll. Diese Faktoren verurteilen überhaupt jeden Polen, der von Eroberern — gegen den Willen der Mehrheit des polnischen Volkes — den Auftrag übernommen hat, Polen zu regieren. Nach ihrer Ansicht ist ein solcher Pole auf gleiche Stufe mit den Führern der Konföderation zu Targowica zu stellen. Wir wundern uns jedoch, daß Niemcewicz, der, wie wir annehmen, sich in der besten Absicht dem Willen der Mehrheit entgegengestellt hat, zurücktreten will, bevor er seine guten Absichten mit der Tat bekundet hätte. Er würde sich doch auf diese Weise vor der Nachwelt leichter rechtfertigen können.

Den Rücktritt Niemcewicz verlangte allerdings in einem offenen Briefe das Mitglied des vorläufigen Staatsrates Studnicki, der zugleich der hauptsächlichste Förderer der Politik der Regionenbildung war. Die Autorität und das Ansehen des Staatsrates waren übrigens schon von Anfang an dadurch geschwächt, daß dieser Herr ihm angehörte. Der Staatsrat benutzte deshalb auch seine letzte Ausbreitung, um seine Beseitigung zu beschließen. Ob aber der General-Gouverneur von Besseler sich damit einverstanden erklären wird, ist ungewiß. Jedenfalls hört man von einem freiwilligen Rücktritt Studnickis nicht. Seine Person kann aber leicht dazu beitragen, daß der Staatsrat vollständig gesprengt wird. Das wünschen jedoch die Polen nicht, und ebenso wenig kann es der Wunsch Deutschlands sein angesichts der Möglichkeit, daß in Stockholm oder in der Schweiz eine Regierung des polnischen Volkes aus Männern gebildet werden könnte, die sich der größten Achtung unter den Polen erfreuen würden und denen man deswegen auch leicht die Autorität einer polnischen Regierung zuerkennen würde, wenn eine gleiche Institution nicht mehr bestehen sollte, die, wenn auch von Deutschland ins Leben gerufen, ihren Sitz im polnischen Lande hat und dort auch jedenfalls gewisse Funktionen verrichtet, die ins Bereich der Staatsgewalt gehören. Obgleich also der vorläufige Staatsrat sich der aktiven Beteiligung der polnischen Wehrmacht an dem gegenwärtigen Kriege widersetzt, so ist das für Deutschland immer noch besser, als wenn eine vorläufige polnische Regierung in der Schweiz oder in Stockholm einen Aufstand gegen die deutsche Herrschaft auf dem polnischen Boden proklamieren und die polnischen Emigranten, die in großer Anzahl in Rußland, in Amerika und in anderen Ländern zerstreut sind, zur Bildung einer polnischen Armee auffordern würde. Mit einer solchen Möglichkeit rechnet aber u. a. auch der Graf Rostworowski, der Leiter der äußeren Angelegenheiten im Staatsrat. Er erklärt nämlich sein weiteres Verbleiben im Staatsrat und ebenso das weitere Verbleiben seiner Freunde nur damit, daß er es verhindern möchte, daß eine polnische Regierung außerhalb der Grenzen Polens gebildet werde.

zahlreiche, geradezu neue Aufgaben von erstklassiger Bedeutung gestellt. Auf jedem Gebiete des sozialen Lebens in durch und durch veränderten Verhältnissen wird wieder aufgebaut werden müssen, was der Krieg zugrunde gerichtet hat, wird gerettet und zu gleicher Zeit umgestaltet werden müssen, was durchzuhalten imstande war — zu einem bedeutenden Teile wird vieles sogar aus dem Nichts geschaffen werden müssen. Ehe man jedoch wird darüber nachdenken können, wie das entstehende Staatsgebäude im Innern einzurichten sei, wird man ihm vor allem dauerhafte und starke Grundlagen sichern müssen, wie sie erst die gefestigte und unabhängige Existenz einer jeden Volksgemeinschaft bietet.

So sind denn auch unter den vielen verschiedenartigen Problemen, die im Zusammenhange mit der gegenwärtigen Umwälzung in der polnischen öffentlichen Meinung für die Zeit nach dem Kriege erwogen werden, die wirtschaftlichen Angelegenheiten mit Recht in den Vordergrund gerückt, und sie wecken das lebhafteste Interesse. Das beweist jedenfalls, daß die polnische Gesamtheit ihre nächsten Bedürfnisse heute anders wie einst — nämlich überaus real auffaßt und würdigt. Wenn ungeachtet dessen die zutage geförderten Anschauungen oft noch unzulänglich kristallisiert zu sein scheinen, so ist die Ursache untrüglich in der absoluten Ungewißheit bezüglich der Zukunft zu suchen. Solange wir nichts davon wissen, welches die schließlichen Ausdehnungen der Grenzen des polnischen Staates sein werden oder dessen handelspolitische Stellung sein wird, wäre es verfrüht und gewagt, schon jetzt irgendwelche genaue wirtschaftliche Programme aufzustellen und konkrete Forderungen an die Adresse der polnischen wirtschaftlichen Staatspolitik zu richten.

Aber gleichwohl bestehen untrüglich gewisse allgemeine Richtlinien für das Wirtschaftsleben im unabhängigen Polen, Richtlinien, die ihre Geltung behalten müssen, ganz unabhängig von der schließlichen Gestaltung der polnischen Verhältnisse. Die Aussichten auf die Wiederkehr zur selbständigen Existenz haben in dem polnischen Volke wiederum die in ihm seit langem gebundenen schöpferischen Kräfte geweckt, und unter dem Einfluß dieses mächtigen Impulses tritt auch auf wirtschaftlichem Gebiet sein Bestreben zum Selbstständigwerden immer deutlicher hervor. In die Fußtapfen des Königreichs tritt jetzt auch Galizien, dieser in wirtschaftlicher Hinsicht bisher passivste der drei Landesteile Polens. Dort werden unter Mitbeteiligung ganz hervorragender fachlicher Kräfte Organisationen geschaffen, deren Ziel das breiteste Unabhängigmachen des wirtschaftlichen Lebens des Landes ist. Der Anlauf des Krafauer Kohlenbeckens aus fremden Händen ist untrüglich ein glänzender Anfang auf diesem Wege. Es kann nämlich keinen gesünderen und richtigeren Grundsatz geben, als den, daß die Gewinne aus den natürlichen Reichtümern der polnischen Lande auch für die polnische Volksgesamtheit zu erhalten sind und daß zu diesem Zwecke überall, wo sich bisher fremde Einflüsse breit gemacht haben, diesen eine planmäßig organisierte Aktion der polnischen Kapitalien und der polnischen Arbeit entgegenzustellen ist.

Das bedeutet jedoch natürlich nicht, als wenn es erwünscht wäre, jetzt von einem Tage auf den anderen aus den polnischen Landen alle bisher daselbst engagierten fremden Kapitalien zu beseitigen. Denn abgesehen von der absoluten technischen Unmöglichkeit eines solchen Planes wird sich nach dem Kriege wie überall, so auch bei uns, besonders in Verbindung mit dem Wiederaufbau des Landes, auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ein so starker Bedarf an Kapital bemerkbar machen, daß es zweifelhaft ist, ob wir uns ohne materiellen Beistand von seiten des begüterten Auslandes zu begeben vermögen werden. Es scheint im Gegenteil sogar, daß das Unterbringen von Geld

Aus Nr. 187 und 188 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. und 20. August 1917.

Das Selbstbüßen.

Die Tatsache, daß das polnische Staatswesen gebildet worden ist, hat die polnische Gesamtheit vor

seitens dieses Auslandes im unabhängigen Polen nicht als ein schädliches Symptom wird betrachtet werden können, sondern aus vielen Gründen eher als ein erwünschtes. Wenn sich nämlich bisher gegen die fremden Kapitalien eine Art instinktiver Abneigung erhalten hat, so ist die Quelle dessen nicht in der bloßen Tatsache, daß das Ausland in Polen Kapitalien investiert hat, zu suchen, sondern in dem bisherigen Fehlen einer jeden Kontrolle über diese Kapitalien von Seiten der Landesfaktoren. Nur auf diese Weise war es möglich, daß die hohen Dividenden des französischen oder belgischen Aktionärs mittelst der ärgsten Ausbeutung des polnischen Arbeiters in den Hütten oder Fabriken des Königreichs erzielt wurden und daß die hohen Gewinne so manchen Berliner Holzhändlers oft die Frucht geradezu einer Raubwirtschaft in Galizien wurden. Die selbständige Staatsbehörde wird untrüglich wirksame Mittel besitzen, um das Land vor Folgen dieser Art zu schützen. Solche Bürgschaften aber werden zweifellos imstande sein, die berechtigten Interessen der ausländischen Kapitalisten, die in Polen Gewinn suchen, damit in Einklang zu bringen, daß die wirtschaftliche Initiative in unserem eigenen Lande geweckt wird, und daß diese unter entsprechenden Verhältnissen eine wahre Wohltat für das Land sein wird.

Wenn somit schon die Parole der wirtschaftlichen Nichtabhängigkeit nicht allzu eng oder allzu extrem aufgefaßt werden darf, so bezieht sich das besonders auf eine andere Lösung, die heut gleichfalls populär ist — auf die Lösung des Sichselbstgenügens. Was dieser in sprachlicher Hinsicht nicht allzu glücklich gewählte Ausdruck besagen soll, das dürfte aus seinem Wortlaut klar hervorgehen. Es handelt sich jedoch keineswegs darum, daß er von allen, die ihn gegenwärtig so oft gebrauchen und mißbrauchen, in dem gleichen Sinne aufgefaßt werde. Oft muß man geradezu den Eindruck davontragen, daß das Lockende der Lösung den vollständigen Mangel an Verständnis für das wahre Wesen ihres Inhalts verdecken soll.

Der Begriff des Sichselbstgenügens wurde nach dem Vorführen des Königreichs von Rußland geboren und sofort als Gegensatz in den Vordergrund geschoben zu der sogenannten „Theorie der östlichen Märkte“, zu dieser Theorie, die in einem zollwirtschaftlichen Verbande mit Rußland für das Königreich die günstigsten Aussichten einer materiellen Entwicklung erblickte. In diesem Gegensatz steckte zweifellos ein richtiger Keim. Ungeachtet der nach außen hin scheinbar glänzenden schnellen Industrialisierung war der bisherige wirtschaftliche Aufbau des Königreichs von Grund aus anormal. Das jahrzehntelange Zusammenleben im Zollverband mit Rußland hatte ihm allzu deutlich sein Charaktermal aufgedrückt, was zur Folge gehabt hat, daß das wirtschaftliche Leben des Königreichs den autonomen Charakter vollständig einbüßte und sich mit fast allem dem großen Nachbar im Osten anpaßte. Die Landwirtschaft konnte sich unter den bisherigen Bedingungen unter dem Druck der russischen Konkurrenz und angesichts des Mangels an jeder Unterstützung von Seiten der Regierung nicht normal entwickeln. Handel und Industrie hatten zwar durch den Absatz nach den östlichen Märkten wesentlich gewonnen, aber auf Kosten des inneren Marktes, der angesichts der ungünstigen Lage der Landwirtschaft sowie auch durch die staatliche Wirtschaftspolitik in jeder Hinsicht beschränkt und insolge dessen von der eigenen Industrie vollständig vernachlässigt worden war. Diese Extensität der sozialen Wirtschaft war für das Königreich zweifellos schädlich, da sie es beständig abhängig machte von ungewissen Konjunkturen auf den fremden Märkten.

Im unabhängigen Polen wird diese bisherige Struktur der wirtschaftlichen Kräfte einer radikalen Änderung unterliegen müssen. Das staatliche Interesse wird nicht dulden, daß die polnischen Lande in wirtschaftlicher Hinsicht eine Art Anbau an fremde Or-

ganismen sein sollten. Die übermäßige und falsche Extensität wird ersetzt werden müssen durch eine vernünftige Intensität in dem Sinne, daß in Zukunft der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens wird ins Land verlegt werden müssen, statt ihn weiterhin auf fremden Märkten zu suchen. Die Industrie des Königreichs wird sich unter den veränderten Verhältnissen notwendigerweise von ihrer bisherigen übermäßigen östlichen Orientierung heilen müssen. Es wird Sache einer verständigen Staatspolitik sein, ihr diesen überaus schwierigen Übergang durch eine bequemere Gestaltung der Zolltarife mehr als bisher zu erleichtern, und ebenso — und zwar hauptsächlich — durch die Erweiterung des Absatzes nach dem inneren Markt, dessen Aufnahmefähigkeit zusammen mit der Hebung der Landwirtschaft, die beständig noch auf polnischem Boden den Hauptteil der Bevölkerung beschäftigt, sich zweifellos steigern wird, weiterhin auch infolge des Baus von Verkehrswegen, infolge der Steigerung des öffentlichen Bedarfs für Verwaltungs-, kulturelle usw. Zwecke.

Sofern die Parole des Sichselbstgenügens es bei diesen allgemeinen Forderungen bewenden ließe, dürfte sie wohl nirgends Gegner finden. Bestimmt wird sie auch von einem bedeutenden Teile ihrer Anhänger in maßvollem Sinne aufgefaßt. Aber aus dem bloßen Wortlaut kann man etwas mehr herauslesen, und hier steckt zweifellos die Gefahr, daß absolut falsche Vorstellungen und ganz unbegründete Hoffnungen geweckt werden könnten.

II.

Das eigentliche Wesen des Begriffs des Selbstgenügens kann man auf folgende Weise kennzeichnen: wir werden selbst produzieren, was wir brauchen, selbst verzehren, was wir produzieren, d. h. wir werden uns ohne Einfuhr und Ausfuhr auf unserem eigenen Wirtschaftsgebiet begeben. Es ist das kein neues Bild. Hat doch schon vor mehr als 100 Jahren Fichte vom „geschlossenen Handelsstaat“ geschrieben — aber scheinbar wie einfach und wie lockend. Leider ist das kein Ideal, dem wir zuzustreben hätten, sondern ein Utopie, welche eher von einer guten Absicht, als von einem gehörigen Verständnis der wirtschaftlichen Probleme geschaffen worden ist. Eine Utopie — natürlich nicht überall. Wenn sich im britischen Weltreich Bestrebungen dahin bemerkbar machen, den Bau des großen gemeinsamen wirtschaftlichen Organismus auf den Grundsatz des Selbstgenügens aufzubauen, so haben sie dort zweifellos eine gewisse Existenzberechtigung. Das Gleiche könnte man von den Vereinigten Staaten von Nordamerika und auch von Rußland sagen, welches ungeheure landwirtschaftliche Gebiete, kostbare Erze im Donbass und im Ural, schließlich sogar koloniale Rohstoffe in seinen asiatischen Besitzungen sein eigen nennt, sodaß es mit der Zeit wird gleichfalls nach dem Sichselbstgenügen streben können, wenn seine heut noch vernachlässigten wirtschaftlichen Kräfte zu vollerer Entwicklung gebracht sein werden. Aber schon in Deutschland findet die gleiche Lösung keinen Anklang. Die Landwirtschaft hier ungeachtet der ungewöhnlich ergiebigen Wirtschaftsweise, wie wir gegenwärtig sehen, nicht imstande, die Bedürfnisse des Landes gehörig zu befriedigen, die deutsche Industrie aber würde weniger als jede andere sich mit dem inneren Markte begnügen.

Was soll man da erst von dem Sichselbstgenügen auf polnischem Boden sagen, welches nach der ursprünglichen Auffassung zehn (oder 9)? Gouvernements des Kongresskönigreichs umfassen sollte? Nimmt man sogar an, daß die Grenzen des polnischen Staates auch dessen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen und nicht anzueng gezogen sein werden, so muß man sich auch in diesem Falle vor allen Täuschungen hinsichtlich der Möglichkeit hüten, die schöne Parole des Sichselbstgenügens in der Praxis durchzuführen.

Es ist zweifellos ein erhabenes Ziel, den Import vom Auslande her durch die eigene Produktion zu ersetzen; aber dieses Ziel ist teils völlig unerreichbar, teils bereitet es ungewöhnliche Schwierigkeiten. Ohne gewisse Rohstoffe, die wir bei uns entweder garnicht oder in unzureichenden Mengen besitzen, werden wir uns nie begeben können, und auch auf dem Gebiete der fertigen Produkte wird sich bestimmt eine lange Reihe solcher finden, die wir, wie bisher, so auch weiterhin, aus dem Auslande beziehen müssen. Zwar wird aus allen Kräften danach gestrebt werden müssen, daß die heimische Industrie in recht breitem Maße den Bedarf des Innenmarkts decken könnte, man muß sich aber darüber klar werden, daß sie nicht sofort und nicht in allen ihren Zweigen allen Ansprüchen gerecht zu werden vermag. Zumteil fehlt es an Schulung, auch stehen technische Schwierigkeiten hindernd im Wege, zumteil wird sich die Produktion im Lande nicht bezahlt machen bzw. könnte sie einen übermäßig hohen Zollsatz verlangen. Es genügt, auf Länder hinzuweisen, die auf einem so hohen Niveau der Industrialisierung stehen, wie Deutschland oder England, zwischen denen der Austausch von Industrieprodukten vor dem Kriege ein überaus lebhafter gewesen ist. Das bedeutet, daß weder die deutsche, noch die englische Industrie den inneren Markt beherrschen, noch auch; dessen ausschließliches Beherrschen anstreben würden denn immer verlohnte es sich England z. B. Anilinfarbstoffe aus Deutschland zu beschaffen, während Deutschland englische Baumwolle oder Wollgewebe bezog.

Das Sichsträuben gegen eine solche industrielle Arbeitsteilung würde nicht nur den offenbaren Tendenzen der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklung zuwiderlaufen, sondern es wäre vom Gesichtspunkt der polnischen Interessen aus auch ein sehr zweischneidiges Mittel. Wir wollen nur ein Beispiel anführen: Der wichtigste Teil der industriellen Produktion des Königreichs war bisher bekanntlich die Weberei. Indessen haben wir Webmaschinen stets nur in einer kaum minimalen Menge produziert, sie vielmehr teilweise aus Deutschland, teilweise aus England importiert, das in dieser Hinsicht Spezialleistungen aufweist und jetzt in der ganzen Welt die erste Rolle spielt. Sollte es das wirtschaftliche Interesse des Königreichs durchaus verlangen, daß in Zukunft diese Spezialmaschinen ausschließlich im Inlande hergestellt und gekauft werden, gleichgültig um welchen Preis?

Ebenso hätte die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen oder von künstlichen Düngemitteln in dem noch überwiegend agrarischen Polen alle Ausichten auf Erfolg. Zweifellos müssen wir auch verhältnismäßig schnell wenigstens einfachere Maschinen bei uns produzieren können; aber man kann nicht im voraus die Frage beurteilen, ob man den allgemeinen Schutz Zoll für die einschlägigen Branchen der gewerblichen Fabrikation steigern müßte; denn das würde einer künstlichen Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion gleichkommen, die eben wohlfeile Hilfsstoffe gebrauchen wird.

Wonach wollen wir somit streben? Offenbar wird es unbedingt nötig sein, nach Möglichkeit auch die Industriezweige zu fördern, die sich bisher auf polnischem Boden nicht haben entwickeln können; dieser Schutz muß aber da eine Grenze finden, wo die berechtigten Interessen anderer Branchen der Landesproduktion in Frage kommen. Jedenfalls wird das Sichselbstgenügen nicht das Allheilmittel sein, welches diese einzelnen gegenwärtlichen Interessen miteinander ausöhnen und ausgleichen wird, sondern es müßte sich dieses Sichselbstgenügen zu dem extremsten Protektionismus auswachsen, der auf dem ganzen Wirtschaftsleben des Landes in der verhängnisvollsten

Weise lasten würde und umso weniger am Plage und geradzu lächerlich wäre, je kleiner das Wirtschaftsgebiet wäre, welches es umfaßte.

Dazu darf jeder Protektionismus unter den heutigen Verhältnissen nicht der Ausfluß einer einseitigen Aufstellung von Zoll- oder Prohibitivtarifen sein, sondern er muß auf einem Kompromiß gegenseitiger Zugeständnisse beruhen, wie er seinen Ausdruck in den Handelsverträgen findet. Wir bezweifeln hierbei nicht, daß die handelspolitische Selbständigkeit ein unabweisbarer Teil der polnischen staatlichen Selbständigkeit sein wird, da anscheinend von einem Einschließen des künftigen polnischen Staates in irgendwelche fremde Wirtschaftsgebiete heute nicht mehr die Rede sein kann. Nach Losreißung des Königreichs von Rußland wurden zwar hier und da Forderungen laut, wonach das unabhängige Polen gleichfalls einen Bestandteil einer mitteleuropäischen Zollunion werden sollte. Aber diese Stimmen verstummten vollständig, als es sich aufs Offenbarste zeigte, daß ein „wirtschaftliches Mitteleuropa“ infolge des Widerstandes der deutschen Agrarier, sowie auch der österreichischen Industrie, besonders aber Ungarns, in dieser ursprünglich geplanten Form überhaupt nicht zustandekommen kann.

Der polnische Staat wird somit seine besonderen Zollgrenzen besitzen, was übrigens auch aus Budgetrücksichten für ihn eine erstklassige Notwendigkeit sein wird. Daraus folgt jedoch nicht, daß der polnische Staat seine Zölle lediglich nach den eigenen Bedürfnissen wird normieren dürfen, sich hierbei von den Grundsätzen eines rücksichtslosen Protektionismus leiten lassend. Wir nehmen zwar nicht an, daß die einzelnen Punkte dieser Tarife dem polnischen Staat sollten von außen her aufgezwungen werden. Ein solches Projekt könnte höchstens im Kopfe irgend eines verrannten Alldeutschen entstehen. In Wirklichkeit müßte jedoch jedes Fesseln der wirtschaftlichen Selbständigkeit des polnischen Staates dessen junge Unabhängigkeit gerade zu illusorisch machen. Nichts destominder ließe sich das, was man niemals rationell durch eine derartige politische Kuratel erreichen könnte, bei der Anwendung des Grundsatzes „do ut es“, welcher die eigentliche Grundlage der internationalen Handelsbeziehungen bildet, verhältnismäßig leichter durchführen. Selbst wenn der polnische Staat, wie anzunehmen ist, die Möglichkeit haben wird, mit dem Auslande, insbesondere mit den Nachbarländern Handelsverträge als Gleicher mit Gleichen zu schließen und ihnen gegenüber seine Interessen zu vertreten, so wird er auch in diesem Falle dieses Recht nicht in dem Sinne ausnützen können, sich von allen Seiten her mit einer chinesischen Mauer zu umgeben und so jede Einfuhr zu unterbinden. Wie wir gesehen haben, würde nämlich angesichts unserer Abhängigkeit vom Auslande ein solches absolutes Sichabschließen lediglich die Folge haben, daß die Landesproduktion unerhört verteuert würde. Der polnische Staat wird vor allem als Entgelt für die Möglichkeit des Exports polnischer Produkte nach den fremden Märkten notwendigerweise dem Auslande gewisse Zugeständnisse im System seiner Schutzzolltarife machen müssen.

Bisher hat aus den polnischen Landen allein das Königreich für mehrere Zehnermillionen Rubel jährlich nach Deutschland ausgeführt: Getreide (Weizen und Gerste), Vieh, Milchprodukte, Holz usw. Als Entgelt für die Möglichkeit, diesen Export aufrechtzuerhalten, wird Polen aller Wahrscheinlichkeit nach Deutschland gegenüber gewisse Zugeständnisse machen, d. i. natürlich hauptsächlich für deutsche Industrieerzeugnisse, wie z. B. für Maschinen, welche bisher einen der Hauptgegenstände der Ausfuhr aus Deutschland ins Königreich bildeten. Ebenso würde im Verhältnis zu Rußland, welches für den

bisherigen Warenaustausch für das Königreich eine weit größere Bedeutung hatte als Deutschland, das Interesse der polnischen Landwirtschaft bestimmt ein möglichst radikales Ausschließen der russischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse heischen; aber die unbedingte Notwendigkeit, von Rußland gewisse Zugeständnisse für die Erzeugnisse der polnischen Industrie zu erlangen, die bisher in so ungewöhnlich hohem Grade von den östlichen Märkten abhängig war, wird möglicherweise nicht gestatten, daß Polen seinen Agrarprotektionismus allzuweit treibe.

Natürlich wird sich je nach der Bedeutung, welcher jeder der einzelnen Produktionszweige in der Landwirtschaft besitzen wird, die polnische Handelspolitik bei den Verhandlungen mit dem Auslande zu den Zugeständnissen oder Opfern entschließen müssen, welche sie als das kleinere Übel für sich betrachten wird. Das wird jedoch schon eine innere polnische Angelegenheit, z. B. des Verhältnisses der Landwirtschaft zur Industrie sein. In jedem Falle kann nicht davon die Rede sein, daß Polen sich überhaupt wird ohne die Opfer begeben können, die jeder Staat in den internationalen wirtschaftlichen Verhältnissen bringen muß. Nicht nur mit Rücksicht auf die Abhängigkeit von der Einfuhr, sondern auch — und zwar hauptsächlich — mit Rücksicht auf die Erhaltung der eignen Ausfuhr erweist sich die Lösung des Selbstgenügens, im rechten Sinne aufgefaßt, in der Praxis erneut eher als ein frommer Wunsch, als eine reale Forderung.

Dr. Eduard Roje.

Aus Nr. 184 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 17. August 1917.

Ein Danziger Hafen für Polen.

Unter dieser Überschrift gibt die „Gazeta Ludowa“ einen Artikel der „Danziger Zeitung“ wieder und bemerkt hierzu ihrerseits folgendes:

Daß die Handels- und Schifffahrtskreise in Danzig die Frage des Danziger Hafens für Polen günstig und wohlwollend beurteilen ist verständlich, denn sie sehen darin hauptsächlich das Interesse und das große Aufblühen Danzigs auf dem Gebiete des Handels und der Schifffahrt. Anders betrachten natürlich diese Angelegenheit die habsburgischen und alldeutschen Kreise, die überall die die Unversehrtheit und das Dasein der Deutschlands bedrohende großpolnische Gefahr wittern.

Aus Nr. 186 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 15. August 1917.

Im Anschluß an die Nachricht von der bevorstehenden Übertragung des polnischen Gerichtswesens im Königreich Polen in polnische Hände schreibt das Blatt:

„Die polnische Gesamtheit war auf die baldige Bildung einer polnischen Regierung, welche alle Gebiete der Staatsverwaltung umfassen würde, vorbereitet. Fürs erste hört man jedoch sogar nicht einmal davon etwas, daß dem Königreich die Selbstverwaltung auf dem Schulgebiete übertragen worden wäre. Sollten die Verhandlungen zwischen dem Staatsrat und den Besatzungsregierungen unüberwindliche Schwierigkeiten gerade auf dem Schulgebiete geboten haben? Es ist sehr schade, daß sich der provisorische Staatsrat in einem so ernsten Augenblicke im Zustand der Krisis befunden hat, aber für die Zusammensetzung des Staatsrats, wenn in ihm auch zweifellos wohlgesinnte Leute sitzen, ist die polnische Volksgesamtheit nicht verantwortlich, da nicht sie die Faktoren des Staatsrats ausgewählt hat und es nicht in ihrer Hand lag, den Zutritt zu dem obersten Landesinstitut zum Militarismus

bekehrten Sozialisten, Anarchisten und anderen Elementen zu verschließen, die von den Besten der polnischen Nation in allen drei Teilgebieten als Schädlinge angesehen wurden, wie der bekannte Ladislaus Studnicki, den der provisorische Staatsrat aus seiner Mitte auszuschließen gezwungen war.“

Aus Nr. 189 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 18. August 1917.

Aus Warschau wird berichtet, daß die Gerichtsbarkeit im Königreich Polen bestimmt am 1. September dem vorläufigen Staatsrat oder dem betreffenden polnischen Staatsminister übertragen werden wird, falls bis zu dieser Zeit ein polnischer Kronrat und eine polnische Regierung gebildet werden sollten. Einer solchen Bildung steht aber der Widerstand der patriotischen Kreise im Wege, die nicht zulassen wollen, daß Mitglied des Kronrats irgendeine Persönlichkeit werde, die dem vorläufigen Staatsrat angehört oder früher angehört hat und die auf diesen Posten von einer der Okkupationsbehörden berufen wurde. Denn der Kronrat wird sich nach Ansicht dieser Kreise nur dann des Vertrauens der polnischen Bevölkerung erfreuen können, wenn er sich aus Männern zusammensetzt wird, die zu keiner der kaiserlichen Regierungen in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen. Hauptsächlich kommt es jedoch hierbei darauf an, daß der Kronrat Polen nicht einen König oder einen Regenten aufdränge, der seine eigenen dynastischen Interessen verfolgen würde, die mit den Interessen Polens nicht in Einklang zu bringen wären. Es muß außerdem auch damit gerechnet werden, daß eine vorzeitige Entscheidung über die Form der polnischen Regierung Polen auf einmal vor innere Kämpfe stellen könnte; denn eine ganze Reihe politischer Parteien, die der demokratischen Richtung huldigen, steht unter dem republikanischen Banner und verlangt, daß Polen eine demokratische Republik werde. Damit würde sich grundsätzlich allerdings auch eine gewaltige Mehrheit des polnischen Volkes einverstanden erklären. Schließlich wird aber sicherlich auch Polen seine Regierungsform der allgemeinen Stimmung in Europa anpassen, wie diese durch das endgültige Ergebnis des Krieges festgelegt werden wird. Jedenfalls wird Polen seine Verfassung auf demokratischer Grundlage aufbauen, indem es eine starke Regierung ins Leben rufen wird, die von einem auf Grund allgemeiner Wahlen zustande gekommenen Parlament abhängt.

Daß aber Polen sich selbst regieren wird, ist gleichsam schon zu einem politischen Glaubensdogma sowohl der beiden kämpfenden Parteien, als auch der neutralen Staaten geworden. Eine Streitfrage ist es nur, ob Rußland allein auf das verzichten soll, was es von dem zerstückelten Polen an sich gerissen hat, oder ob das auch die andern Teilungsmächte tun müssen. England, Frankreich, Italien und Amerika möchten das Polen der Piasten, also vor allem ein Polen auf Kosten Preußens und Österreichs wiederherstellen. Dagegen will man in Berlin ein Polen aus den polnischen Ländern, die im Besitz Rußlands sich befanden, herausziehen. Das republikanische Rußland hat auf den Besitz der polnischen Gebiete bereits verzichtet. Österreich würde, wie es scheint, mit der Zurückgabe des westlichen Galiziens mit Krakau einverstanden sein, wenn es dafür den polnischen Thron mit einem österreichischen Erzherzog besetzen könnte.

Aus Nr. 260 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 18. August 1917.

Zu der Nachricht von der angeblich beabsichtigten

Verlegung des Sitzes der russischen Regierung nach Moskau

bemerkt das Blatt:

..... „Rußland hat sehr, sehr viel zurückzugeben, wenn man an das denkt, was es in früheren Jahrhunderten mit Gewalt fortgenommen hat. Besondere Beachtung verdient hier Polen. Bisher stellt sich das Programm der Auslandspolitik Rußlands nebelhaft dar, und seine Formulierung wird untrüglich von dem weiteren Verlauf der Ereignisse, von der Kraft, welche die blutige Diktatur noch aus Rußland hervorholen wird, von dem Erfolg oder Mißerfolg auf dem Schlachtfelde abhängen. Irrig und trügerisch wäre es, sich heut auf die Losungen und Programme der russischen Revolution zu verlassen. Der Vulkan brennt noch, und niemand weiß heute, wie und wann diese glühende Lava sich kristallisieren wird. Wir stehen vor einem großen Rätsel.

Unsere Pflicht ist es, die nördliche Erscheinung selbständig, nüchtern zu betrachten. Zum Glück haben wir eine eigene geschichtliche Tradition und das nationale Licht, das über unserem Lande glüht. Irrig, grundfalsch ist die Auffassung, daß mit dem Fall des Zarentums die Angelegenheiten und Streitigkeiten zwischen Rußland und Polen schon ausgeglichen seien, daß bereits eine völlige Verständigung eingetreten sei, daß es keinen grundsätzlichen Interessenunterschied gebe. Es handelte sich in dem geschichtlichen Verhältnis Polens zu Rußland nicht um die Staatsform, noch um die soziale Struktur, sondern um den Unterschied zweier Welten, denen wir ungeachtet der Rassenverwandtschaft und der Anerkennung für die großen russischen Ideen angehören und stets angehören werden und müssen, um unsere geistige Individualität voll und ganz zu entwickeln und zu erhalten. Das dürfen wir nicht vergessen.

Aus Nr. 185 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 16. August 1917.

In nächster Zeit soll angeblich in Stockholm eine Konferenz polnischer Politiker stattfinden. Bei uns aber — im preussischen Anteil — ist von einer solchen Konferenz nichts bekannt.

Dagegen wird aus Warschau berichtet, daß an dieser Konferenz sich angeblich auch Alexander Lednicki aus Petersburg, der Vorsitzende der Liquidationskommission für polnische Angelegenheiten, beteiligen soll. Außerdem ist nach Stockholm das Mitglied des Staatesrates, der Direktor der Abteilung für politische Angelegenheiten Graf Rostworowski, gekommen.

Außer ihm befinden sich gegenwärtig in Stockholm noch: der bekannte Großgrundbesitzer Anton Wieniawski und der Warschauer Finanzmann Georg Mager. Diese beiden Herren halten sich in Stockholm auf in Sachen einer Kandidatur für den Posten eines Direktors der Handelsbank in Warschau.

Die größte Sensation erweckt aber die Ankündigung, daß auch Roman Dmowski nach Stockholm kommen soll.

Das sind alles Gerüchte, die in Warschau über die angebliche Konferenz in Umlauf sind. Wir geben sie hier wieder, weil wir uns als Journalisten dazu verpflichtet fühlen. Aber wir stellen zugleich fest, daß in unseren Kreisen von einer solchen Konferenz, an der sich auch Lednicki und Dmowski sowie andere Politiker aus Warschau beteiligen sollten, nichts bekannt ist. Und wir nehmen an, daß man doch ebenfalls in unserem Anteil etwas von einer solchen Konferenz er-

fahren müßte. Denn wenn sich an ihr Polen aus dem Königreich Polen und aus dem Emigrantentum sowie aus Galizien (angeblich der Graf Tarnowski bzw. der Fürst Wl. Lubomirski) beteiligen sollen, so müßte man annehmen, daß bei dieser Konferenz auch offizielle Vertreter aus den polnischen Landesteilen in Preußen nicht fehlen dürften. Wir schreiben ausdrücklich, „offizielle Vertreter“, denn die bisherigen, wie der Fürst Lubecki und seine Genossen, repräsentierten in solchen Konferenzen unsere Volksgemeinschaft nicht, und sie repräsentieren dieselbe auch heute nicht.

Aus Nr. 187 des Wiarus Polski (Böckum)
vom 16. August 1917.

Die Ereignisse in Rußland in den letzten Wochen haben bewiesen, daß die Grundlage und zugleich die erste Bedingung aller bürgerlichen Freiheiten im Staate die Aufklärung (die Kultur) des Volkes ist, und zwar eine Kultur, die sich auf die Religiosität und auf die Moral stützt. Ein unaufgeklärtes Volk versteht nämlich, möge es sonst noch so fromm sein, unter Freiheit — Willkür, Gesetzlosigkeit und Anarchie und vor allem die Aufhebung des Eigentumsrechts und aller moralischen Schranken. Man kann sich z. B. kaum ein Volk vorstellen, das so fromm und religiös wäre, wie gerade das russische Volk. Die Kirche betrachtet es als den Hauptzweck seines Lebens, das Fasten, Beten, das Sichbekenzen und das Rüssen der Erde vor den Bildern der Heiligen als eine Pflicht, deren Verletzung es für das größte Verbrechen hält. Wie hat aber dieses Volk, da es kulturell nicht ausgebildet ist, die Freiheit begrüßt, die ihm nach schweren Kämpfen mit dem Zarentum und mit der Bürokratie die besten Vertreter der russischen Intelligenz und des russischen Adels gebracht haben? Es folgte der Stimme fremder Spione, die vom Auslande zu ihm gekommen waren, und den Zusäuerungen von Mietlingen des Zaren, die ihm alle einzureden suchten, daß es jetzt allein zu befehlen habe, daß es niemandem zu gehorchen brauche und daß es berechtigt sei, alle Güter und Häuser an sich zu reißen, ohne Rücksicht darauf, ob sie der Regierung, dem Zaren oder Privatpersonen angehören. In der auswärtigen Politik betrachtete dieses Volk es jetzt als seine Hauptaufgabe, dafür zu sorgen, daß die Feinde Rußlands nach dem Kriege kein Stückchen Land verlören und daß sie keinen Pfennig Kriegskosten zu zahlen hätten. Als Soldat war der russische Bauer und Arbeiter jetzt schon der Ansicht, daß es ein Verbrechen wäre, auf Feinde Rußlands zu schießen; er hielt es jedoch für richtig und erlaubt, die russischen Offiziere und die russische Intelligenz wie Wildenten niederzuschießen, wenn sich auch darunter solche Verfechter der Freiheit des russischen Volkes befanden, die erst kürzlich aus ihren Gefängnissen und aus den Bergwerken Sibiriens entlassen worden sind. Es war diesem Volke gleichgültig, daß diese Männer ihre gesellschaftliche Stellung, ihr Hab' und Gut und die Arbeit ihres ganzen Lebens dafür geopfert hatten, um das russische Volk vom Joch der Bürokratie zu befreien. Dieser unaufgeklärte russische Bauer, in dessen Namen ein Lenin-Goldberg und seine Genossen jetzt einen sofortigen Frieden verlangen, um weiterem Blutvergießen vorzubeugen, scheute sich nicht, das unschuldige Blut der wehrlosen jüdischen und christlichen Bevölkerung in den Städten Westgaliziens, wie in Kalusch, Stanislaw und anderen zu vergießen, wo — ebenso nach deutschen, wie nach russischen Berichten — die durch Goldberg-Lenin und dessen Genossen aufgewiegeltten Soldaten die schrecklichsten Gräueltaten an den Bewohnern des Landes verübten. Das ist also ein neuer Beweis dafür, daß ein ungebildeter Mensch sich in ein Tier verwandelt, sobald er von den Zügeln der Regierung befreit wird, und daß er dann

sowohl seiner Umgebung, als auch der ganzen Volksgemeinschaft in der gleichen Weise wie ein Tier schaden kann. Wilde Tiere werden aber ausgerottet oder in einen Käfig eingeschlossen. Die wilden Regungen bei ungebildeten Menschen können jedoch nur durch Strafgesetze, durch bewaffnete Organe der öffentlichen Sicherheit und nur durch die Kultur, sowie durch den Einfluß der Religion und der Moral, die sich auf diese Kultur stützt, vollständig beseitigt werden.

Aus Nr. 185 der Gazeta Ludowa (Katowitz)
vom 18. August 1917.

Gerechtigkeit!

In letzter Zeit kündigten polnische und deutsche Zeitungen Änderungen des preussischen Schulsystems in den polnischen Gebieten zugunsten der polnischen Sprache in der preussischen Schule an. Drei Wochen lang hat die versöhnliche Presse die öffentliche Meinung darauf vorbereitet, daß die Regierung der polnischen Sprache die ihr zustehende Rechte einräumen und das Schulsystem in den polnischen Gebieten eine Änderung erfahren werde.

Diese Versprechungen der Regierung hörten wir skeptisch an, insofern sie den kritiklosen Ohren schmeichelten, mißtrauisch nahm das polnische Volk sie entgegen. Greifbare Ergebnisse haben diese Ankündigungen und Versprechungen nicht gebracht. Dagegen wurden in der deutschen Presse Stimmen laut, daß das alte Schulsystem in den polnischen Gebieten beibehalten werden müsse, insbesondere in den obererschlesischen Schulen.

Gegenwärtig schweigt die versöhnliche Presse über dieses Thema, die Regierung setzt ihre Versprechungen in die Tat nicht um, und das alte, durch und durch ungerechte preussische Gesetz, das den Gefühlen jedes das Recht des Volkes auf seine Muttersprache anerkennenden Menschen spottet, zwingt die polnischen Eltern, ihre Kinder in die preussische Schule weiter zu schicken, die ihnen das Wissen nach der preussischen Schablone mit Hilfe des Stockes einbleut.

Das polnische Volk in Schlesien nimmt in der Frage des Schulunterrichts einen ganz entschiedenen Standpunkt ein.

Der Ruf des polnischen Volkes nach der polnischen Sprache in den schlesischen Volksschulen ist allgemein, und die Forderungen einer Änderung des ungerechten in der ganzen Welt unerhörten Schulsystems und der Beseitigung des zwecklosen Schulunterrichts in einer fremden Sprache und die Klagen über die Behandlung der polnischen Kinder seitens der kaiserlichen preussischen Lehrer reden in Briefen, die wir tagtäglich erhalten, eine deutliche Sprache.

In der ganzen Welt gibt es kein ungerechteres Schulsystem als in den polnischen Landesteilen des preussischen Teilgebiets.

Gerade das deutsche Volk liebt und schätzt seine Muttersprache über alles in der Welt. Deshalb hat der deutsche Dichter die Schönheit der Muttersprache und die Pflicht jedes Menschen, sie zu lieben, in einem äußerst zärtlichen und rührenden Liede besungen. Das deutsche Volk gibt jahraus jahrein Millionen für deutsche Schulen im Auslande aus, damit die Kinder der Deutschen, die in fremden Ländern wohnen, die deutsche Sprache nicht vergessen. Für sich beanspruchen die Deutschen die Anerkennung des Rechts auf die Muttersprache, schreien zum Himmel und nennen andere Leute Barbaren, wenn fremde Regierungen deutsche Schulen schließen und die Kinder zum Besuche von Schulen mit einer fremden Sprache zwingen.

Die Deutschen räumen jedem Volke das Recht auf seine Muttersprache ein, leider aber nur dann, wenn

dieses Volk nicht innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches wohnt.

Das ersehen wir auch aus der Tatsache, daß die deutsche Regierung den Flamen Schulen mit dem Unterricht in der flämischen Sprache gibt und in Belgien die Wiedereröffnung der flämischen Universität gestattet.

Seinen eigenen Bürgern polnischer Nationalität räumt dieselbe Regierung das Recht auf ihre Muttersprache nicht ein und zwingt sie nach wie vor, ihre polnischen Kinder in deutsche Schulen zu schicken.

Die preussische Regierung und das kaiserliche Lager müßten doch wissen, daß das polnische Volk in dem polnischen Schlesien sich gegenwärtig nicht bloß seiner Pflichten dem Staate gegenüber, sondern auch seiner Rechte bewußt ist.

Als in der Zeit des Krieges die Nachricht verbreitet wurde, daß die russische Regierung in ganz Rußland die deutschen Schulen geschlossen habe, erhob sich in allen deutschen Zeitungen eine einzige Stimme gegen diese russische Barbarei. Auch wir loben diesen Schritt Rußlands nicht, sondern verurteilen ihn als unfulturell.

Was ergibt sich aber aus dieser Nachricht? Das barbarische Rußland hat vor dem Kriege und auch noch lange Zeit während desselben die Gründung deutscher Schulen erlaubt, die Kinder besuchten in dem barbarischen Rußland deutsche Schulen und durften sich in der Muttersprache bilden. Hier im preussischen Staate aber besteht für das polnische Viermillionenvolk auch nicht eine einzige polnische Schule, ja sogar die private Erteilung des Unterrichts in polnischer Sprache wird hier streng bestraft.

In Rußland sind die Deutschen dort eingewanderte Ansiedler, in Preußen sind dagegen die Polen ein eingeborenes Volk, das hier schon seit ewigen Zeiten den eigenen Boden bewohnt. Das Volk sieht diesen Unterschied und fühlt das Unrecht empfindlich, besonders während der Zeit des Krieges, in der seine Söhne die Grenzen des Staates verteidigen und den Thron des Königs und Kaisers mit ihrer Brust schützen. Das polnische Volk ist sich des ihm widerfahrenen Unrechts bewußt, blickt verlangend in die Zukunft und erwartet mit Sehnsucht den Augenblick, der ihm bessere Zeiten bringen wird.

Aus Nr. 186 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. August 1917.

Das Blatt bespricht einen Aufsatz, den der Berliner Professor Jacob Schmidt in der Wochenschrift „Deutsche Politik“ als Antwort auf die bekannte Schrift des Provinzialschulrats Bock veröffentlicht hat und worin sich Schmidt auf den Standpunkt stellt, daß aus pädagogischen Gründen der polnischen Sprache im Schul- besonders aber im Religionsunterricht das volle Recht zuzugestehen sei. An die Besprechung des Aufsatzes knüpft der „Dziennik Poznański“ zum Schluß folgende Bemerkungen:

„Selbstverständlich vermögen uns nicht alle Ausführungen des Berliner Professors zu überzeugen. Auch sein schließliches Ziel ist es, uns zu entnationalisieren, wenngleich in anderer Weise ohne gewalttätige Mittel mit Hilfe einer angeblich höheren Kultur. Auch er scheint uns kein besonderes nationales Leben zuzugestehen, denn er nennt uns „zweisprachige Mitglieder“ des deutschen Volkes. Anerkennung verdient jedoch das energische Auftreten des hervorragenden Professors gegen die auch heute noch von einflussreichen deutschen Kreisen als Dogma gepredigte und, was schlimmer ist, von der staatlichen Behörde angewandte Doktrin, daß die Schule vor allem politischen Zwecken zu dienen habe.“

Aus Nr. 184 der Gazeta Ludowa (Rattowiz)
vom 17. August 1917.

Czuchow (Kr. Rybnik), den 15. August 1917.

Das, was gegenwärtig in der hiesigen Volksschule geschieht, spottet geradezu der Kultur des 20. Jahrhunderts und stellt nicht bloß dem hiesigen Hauptlehrer Klose, sondern auch dem preussischen Schulwesen ein unerwünschtes Zeugnis aus.

Von geradezu skandalösen Zuständen in der hiesigen Volksschule zeugen folgende Tatsachen: Wegen Mangels eines Lehrers oder einer Lehrerin „unterrichtet“ in den unteren Klassen im Auftrage des Hauptlehrers Klose ein Knabe aus der höheren Klasse, Namens Muc. Dieser „große Lehrer“ bringt den armen Kindern den „Schulunterricht“ mit Hilfe — ich bitte nicht zu lachen — eines Stockes bei. Am 18. Juli, am letzten Tage vor den Ferien, bewaffnete sich der Knabe Muc mit einem dicken Rohrstocke, ging damit von einem Kinde zum anderen und schlug es damit auf den Kopf. Mein achtjähriges Töchterchen, das dieser — „Lehrer“ auch mit dem Rohrstocke auf den Kopf geschlagen hatte, klagte infolge der Schläge einige Tage lang über empfindliche Kopfschmerzen.

Am Donnerstag, den 9. August, schlug dieser Knabe mein Mädchen während des Unterrichts — beim Lesen — mit einem harten Gegenstande auf die Nase. Das Kind kam mit einer stark angeschwollenen Nase aus der Schule nach Hause, weinte bitterlich und erzählte, was sich in der Schule zutragte.

Wie unangemessen der Hauptlehrer Klose die Kinder behandelt, beweist folgendes Beispiel: Am 10. August bat meine Tochter den Lehrer Klose um die Erlaubnis, ihre Notdurft zu verrichten. Der Lehrer ergriff aber den Stock, schlug damit auf die Hände des Kindes, legte dann seine Faust an seine eigene Nase und lachte über das Kind, daß es eine so dicke Nase, wie seine Faust habe. (Die Nase war noch infolge des von dem Knaben Muc am vorhergehenden Tage erhaltenen Schläges geschwollen.)

Zu den oben angeführten Tatsachen mache ich noch folgende Bemerkungen: Meine Tochter besucht die Schule das dritte Jahr und war stets die fleißigste Schülerin ihrer Klasse. Ihre ehemalige Lehrerin, Fräulein Anderko, stellte sie ihren Mitschülerinnen als Muster hin und gab ihr für Fleiß und Gehorsam verschiedene Geschenke. Ich erkläre daher, daß ich mich auf das Zeugnis der Lehrerin Fräulein Anderko, sowie auf das Zeugnis des Lehrers Kunze berufen darf. Schließlich muß ich noch bemerken, daß schon viele Mütter bei dem Ackerbürger Herrn Muc gewesen sind, damit er als Vater seinem Jungen das Schlagen der Kinder in der Schule verbiete. Auch füge ich noch hinzu, daß ich über die Verhältnisse in der hiesigen Schule der höheren Behörde berichtet habe.

Eine Oberschlesierin.

Aus Nr. 186 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 18. August 1917.

In Ergänzung des uns von dem Geistlichen A. zugefandten Artikels: „**Das Lehrerseminar in Tuchel**“ (Nr. 182 des „Kurjer Poznański“) müssen wir noch Folgendes mitteilen: Den polnischen Kindern, welche die Normal- (Übungs-) Schule am Lehrerseminar besuchen, ist es, obwohl sie die Mehrzahl bilden, seit einigen Jahren nicht gestattet, sich am polnischen Vorbereitungunterricht zu den hl. Sakramenten zu beteiligen, sondern sie müssen trotz aller Proteste ihrer Eltern am deutschen Beichtunterricht teilnehmen. Das geschieht selbstverständlich mit Erlaubnis des Ortspfarrers Wegner, eines Deutschen, der ein eifriger Anhänger der Ideen des Seminardirektors Geistlichen Scheerer ist. Eine solche Behandlung der polnischen

Kinder in einer katholischen Schule muß um so mehr auffallen, als in der städtischen Simultanschule in Tuchel, die von einem Protestanten und gegenwärtig vertretungsweise sogar von einem Juden geleitet wird, die polnischen Eltern durch keine Vorschrift hinsichtlich des Beichtunterrichts gebunden sind. Es bestätigt sich hier also von neuem die Tatsache, daß die deutschen Katholiken immer und überall plus royal que le roi même sind.

Diejenigen Eltern, welche auf die Zukunft ihrer Kinder bedacht sind, schicken ihre Kinder denn auch angesichts einer solchen Benachteiligung der polnischen Kinder lieber in die städtische Simultanschule, als in die katholische Übungsschule am Lehrerseminar. Wenn das aber unmöglich ist, suchen sie ihre Kinder aus der Übungsschule herauszunehmen, sobald die Zeit der Vorbereitung zu den hl. Sakramenten gekommen ist.

Aus Nr. 184 des Orędownik (Posen)
vom 15. August 1917.

Über die Verjorgungsverhältnisse in der Stadt Posen.

Wenn man über dieses Thema heute so schreiben dürfte, wie man gern schreiben möchte, und vor allem, wie man schreiben sollte, so würde in diesen drei Kriegsjahren schon ein riesiges Buch entstanden sein, das aber mit dem Goldenen Buch im Rathause nichts Gemeinsames hätte. Wenn das Schicksal es aber nachher so fügen sollte, daß man dieses Buch nach Jahren entdecken würde, so würden unsere Ururenkel aufrichtig über das Schicksal ihrer Urgroßväter in Posen weinen müssen, die jetzt auf die Gnade und auf die Wohltaten gerade eines solchen und keines anderen Ururmagistrats und eines solchen Urgroßvaters der Stadt, den man gewöhnlich „Bürgermeister“ nennt, angewiesen waren. Und wir sind überzeugt, daß dann „die Gnade und die Wohltaten“ dieses Ururmagistrats und dieses Urgroßvaters der Stadt Posen zu irgendetwas überwältigendem heranwachsen würden, womit unsere Urgroßväter ihre Kinder in ähnlicher Weise schrecken würden, wie man heute die Kinder mit grünäugigen und menschenfresserischen Ungeheuern zu schrecken pflegt.

Denn welche Wohltaten genießen wir von seiten des Posener Magistrats? Wir wollen hier nur einige von den neuesten Wohltaten aufzählen:

1. Noch im Anfange der vorigen Woche kauften unsere Hausfrauen das Bündel Mohrrüben auf dem Markte für 30 Pfennige; ein Bündel enthielt 10 bis 12 Stück Mohrrüben. In diese Angelegenheit mischte sich der Posener Magistrat ein und setzte einen Höchstpreis für die Mohrrüben fest: nämlich für ein Pfund Mohrrüben mit Blättern 30 Pfennige. Auf ein Pfund kommen aber 6 Stück Mohrrüben mit Blättern. Der Magistrat will vielleicht die Posener Bürger zwingen, auch die Blätter zu verzehren?! Er hat jedoch bisher noch nicht mitgeteilt, inwiefern und inwieweit die Blätter der Mohrrübe „schmack- und nahrhaft“ sind.

2. Kartoffeln haben wir in Posen schon seit vier Wochen nicht gesehen. Der Magistrat hat allerdings erklärt, daß Kartoffeln mit Bestimmtheit in der vergangenen Woche da sein würden. Und sie „kamen“ auch tatsächlich am Freitag an. Es wurde dann aber wöchentlich ein Pfund für einen Kopf bestimmt. Auf ein Pfund kommen jedoch ungefähr nur sieben mittelgroße Kartoffeln. Unter diesen findet man sechs gesunde und eine faule Kartoffel, die nicht zu genießen ist. Man bekommt also nicht einmal eine Kartoffel für einen Tag. Dagegen erfreut man sich, wie uns mitgeteilt wird, in Berlin des Genusses der Kartoffel schon seit mehr als drei Wochen. Man erhält dort

wöchentlich fünf Pfund für einen Magen. Allerdings hat der Posener Magistrat für diese Woche zwei Pfund für einen Magen festgesetzt. Das ist entschieden schon ein gewisser Fortschritt, aber das genügt jedenfalls noch nicht.

3. Semmeln werden gegenwärtig nicht gebacken. Es wird nur ein „schmackhaftes“ Brot aus dumpfigem Mehl und mit nicht ausgebackenem Teig geliefert. Deswegen mehren sich Magenkrankheiten bei uns in erschreckender Weise. Die Ärzte verbieten den Magenkranken das Brot zu essen, das für sie tödlich ist. Was sollen sie also essen?

4. Vollmilch wird vom Magistrat nur für Kinder geliefert, und zwar für Kinder vom ersten bis zum dritten Jahre ein halbes Liter und für Kinder vom vollendeten dritten bis zum sechsten Lebensjahr ein Viertel Liter Vollmilch. Aber nur in der Theorie. Denn es kommt jetzt schon öfters vor, daß man Magermilch bekommt. Und man darf nicht vergessen, daß die Milch im Kindesalter das wichtigste Nahrungsmittel ist. Wie wird es aber im Winter aussehen, wenn es jetzt schon an Vollmilch fehlt, die man jetzt sogar in so begrenzten Rationen verteilt?

5. Es ist bekannt, daß auch der Zucker eines der wichtigsten Nahrungsmittel für die Kinder bildet, und daß Einschränkungen in dieser Hinsicht einen nachteiligen Einfluß auf die Entwicklung der Kinder ausüben müssen.

Die Ernährung der Kinder wird überhaupt immer schwieriger infolge des Mangels an verschiedenen Lebensartikeln und frischer Getreide sowie infolge der beschränkten Lieferung einer guten Milch. Bis zum vorigen Monat wurden nur 1½ Pfund Zucker für den Kopf festgesetzt. Diese Menge ist keineswegs ausreichend. Der Posener Magistrat scheint aber anderer Ansicht zu sein, denn er hat für die Monate August und September monatlich ein Pfund für den Kopf bestimmt.

Womit soll man sich also am Leben erhalten, und womit soll man vor allem auch das Leben unserer Kinder erhalten? Etwa mit fettlosem Gemüse, mit Magermilch, mit einer Butter, die in ihrem Geschmack an einen schon gut „durchweichten“ Käse erinnert, oder mit den zwei Kartoffeln, die man auf den Tag bekommt und mit der Kleinigkeit Zucker? Womit sollen wir unsere Kinder ernähren? Vielleicht wird der Posener Magistrat darauf antworten und irgendeinen guten Rat erteilen können? Aber alle Ratschläge sind überflüssig. Statt dessen ist eine größere Vorsorglichkeit und Elastizität in der Versorgung der Stadt und eine größere Befreiung von den Fesseln des bürokratischen Schematismus notwendig.

Aus Nr. 187 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 17. August 1917.

Eine Politik des Hazards oder eine Politik des Verstandes?

Im „Kurjer Poznański“ lesen wir: „Eine Politik, die auf den Namen „Aktivismus“ getauft ist und im Namen dieses Aktivismus Formeln der „Tat“ schafft, durch die Jagd nach augenblicklichem Vorteil geblendet ist und alle Zweifel des Gewissens zurückweist, ist eine fehlerhafte und für die Zukunft des Volkes tödliche Politik.“

Diese Umschreibung des polnischen Aktivismus ist eine vollständig willkürliche Umschreibung seitens des „Kurjer“. Wir können dreist behaupten, daß der „polnische Aktivismus“, der sich durch die „Vorteile des Augenblicks“ blenden, oder der „alle Zweifel des Gewissens zurückweist“, in der Vorstellung des „Kurjer“ oder in der Tendenz der Politiker besteht, die man nicht ernst nehmen darf und für die

die Anhänger eines vernünftigen politischen polnischen Aktivismus keine Verantwortung übernehmen können.

Dieser polnische Aktivismus sagt: „Wie es im alltäglichen Leben ist, so ist es auch in der Politik, also man hat nur das, was man durch eigene Bestrebungen erwirbt. „Gebratene Tauben fliegen nicht von selbst in den Mund.“ Wenn ich einen Weg vor mir habe, dann muß ich ihn auch verfolgen; ich darf nicht auf einer Stelle stehen bleiben, weil das Ziel, welches ich verfolge, nicht zu mir kommt, sondern ich mich zu ihm begeben muß. Um also zum Ziel zu gelangen, ist die erste Notwendigkeit die, sich zu rühren, tätig zu sein.“

Jeder selbstbewusste Pole fordert Polen. Ein selbständiges Polen ist sein Ziel. Vor dem Kriege hat es von uns jedermann wohl verstanden, daß man, um dieses Ziel zu erreichen, für dieses tätig sein muß. Wenn uns jemand gefragt hätte, ob wir für die Wiedererrichtung Polens etwas tun wollen, dann würden wir ihm geantwortet haben, daß wir bereit seien, für die Wiedererrichtung Polens alles zu tun, was in unsern Kräften steht. Unsere Vorfahren trugen keine Bedenken, sich gegen die sie bedrückende Regierung mit der Waffe in der Hand zu erheben, obgleich sie wußten, daß das ein Hazardspiel, ein Wagnis war. Sie verstanden es, daß eine Tat erforderlich ist, um Polen zu befreien.

Und wenn zur Zeit des Aufstandes im Jahre 1831 das Königreich Preußen bewaffnet auf unsere Seite getreten wäre, würden wir Gott für einen so starken Verbündeten gedankt haben.

Der Krieg hat es bewirkt, daß das, was manchem von uns geradezu unmöglich erschien, sich verwirklichen kann. Polen kann erstehen. Polen kann solche starke Verbündete haben, wie es solche bisher niemals gehabt hat.

Die Heere der Mittelmächte haben an unserer Stelle die Vertreibung der uns bedrückenden Russen bewerkstelligt. Heute sind nicht bloß die polnischen Landesteile, sondern auch noch andere, welche früher Teile des ehemaligen polnischen Staates waren, von der russischen Sklaverei — der schwersten aller Sklavereien — befreit.

Ja noch mehr. Die Sieger erklären, daß sie das selbst eroberte Polen nicht kraft des Waffenrechts für sich behalten, sondern es den Polen überlassen wollen, um daraus einen eigenen Staat zu errichten. Bei diesem Bau wollen sie behilflich sein und sind behilflich. Sie legen unter das Gebäude des polnischen Staatswesens selbst die Grundlage.

Hierbei verlangen sie von den Polen weiter nichts, als daß sie bei diesem Wiederaufbau Polens auch selbst mittätig seien, daß sie von der Gelegenheit Gebrauch machen und mit aller Kraft an die Sicherung ihres freien staatlichen Daseins für die Zukunft mit Hilfe, unter der Fürsorge und im Bunde der mächtigen Verbündeten, wie sie die Mittelmächte sind, herantreten.

Und in dieser Lage verkünden der „Kurjer Poznański“ und die Anhänger seiner Partei, daß es, um das Dasein Polens zu sichern, die beste Art sei, ruhig zu sitzen, keinen Finger zu rühren, neutral zu sein.

Wer aber abweichender Meinung ist, den nennen sie einen Waghals, einen Hazardspieler, einen „Verräter der Ideen des Volkes“, der „das der Kraft der Unabhängigkeit beraubte Land in schreckliche Verwirrung bringt“ und „seine Zukunft dem unsicheren Schicksal überläßt“.

Das alles predigt der „Kurjer“ nicht aus dem Grunde, weil er die Notwendigkeit einer tätigen Aktion seitens der Polen nicht versteht, sondern deshalb, weil er glaubt, daß Polen als Staat mit Rücksicht auf den noch tobenden Krieg sein Los mit dem Los der Mittelmächte nicht verbinden dürfe. Denn

wenn nämlich diese Mächte (so philosophiert der „Kurjer“) im Kriege unterliegen sollten, dann könnte Polen dadurch Schaden erleiden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Mittelmächte diesen Krieg nicht verlieren werden, und sind dessen sicher, daß das Los Polens hauptsächlich von diesen abhängig sein wird. Wenn wir uns aber auf den Standpunkt des „Kurjer“ stellen und der Spur seiner Gedanken folgen, dann wollen wir die Sache etwas gründlicher erwägen:

Es wird wohl niemand, der nach drei Jahren des Krieges die Lebenskraft der Mittelmächte festgestellt hat, annehmen, daß diese Mächte dermaßen besiegt werden könnten, daß die Entente ihnen beliebige Bedingungen stellen könnte. Wer das heute noch für möglich halten wollte, würde sich einer Täuschung hingeben, die durch den Verlauf des Krieges und die wirkliche Sachlage vollständig unbegründet ist. Es muß festgestellt werden, daß alle Hoffnungen der Anhänger der Entente, die in ihre zahlenmäßige und wirtschaftliche größere Kraft gesetzt wurden, in jedem Punkte vollständig fehlgeschlagen sind. Wer diese Hoffnungen etwas nüchtern erwägt, muß zugeben, daß bis dahin keine von ihnen die Form der Wirklichkeit erlangt hat und auch gar keine reale Aussichten vorliegen, daß solches in der Zukunft in dem Maße eintreten könnte, daß es zur vollständigen Unterjochung der Mittelmächte führen würde.

Und da von einer solchen Unterjochung keine Rede sein kann, wird auch niemals der Fall eintreten, daß die Entente den Mittelmächten ihre Bedingungen auferlegen sollten. Als ungünstigsten Ausgang des Krieges für die Mittelmächte darf man nur den annehmen, daß sie mit der Entente als gleiche an den Frieden herantreten.

Wie würde unter diesen Umständen die Zukunft der polnischen Frage aussehen, falls Polen dem Rufe des „Kurjer“ gemäß neutral wäre?

Vor allem würde Polen beim Friedensschlusse keine Stimme haben, weil es ohne den Willen der Mittelmächte selbständig als Staat nicht bestehen kann. Und diese Mächte würden kein Interesse daran haben, aus Polen einen besondern Staat zu schaffen, der nicht auf ihrer Seite steht. Also wird man über Polen ohne Polen sprechen. Wir werden der Gegenstand des Handels unter den Mächten sein.

Glaubt der „Kurjer“ etwa, daß die Entente für die Entstehung Polens sorgen werde? Dann irrt er sicherlich, denn die Entente kann aus eigenem Willen und eigener Kraft nichts schaffen, weil sie den Krieg nicht vollständig gewonnen hat und den Frieden auf der Grundlage eines Kompromisses schließen muß. Und bei dem Kompromiß wird sie sich vor allem darum bemühen, die eigenen Interessen — und nicht die Polens — zu sichern.

Mancher Anhänger des „Kurjer“ hofft, daß die Entente ein großes Polen schaffen und diesem auch das preußische Teilgebiet und Galizien zuteilen werde. Wenn sie nicht vollständig siegt, und das ist sicher, dann kann sie das nicht tun.

Hieraus folgt, daß Polen das werden wird, was die Mittelmächte aus ihm werden machen wollen. Von ihnen hängt die Zukunft Polens ab. Das muß man sich durchaus als eine unvermeidliche Sache vor Augen halten.

Das Maß, mit dem die Mittelmächte die Zukunft Polens messen werden, ist das, ob Polen für sie als Staat für heute und für die Zukunft einen größeren oder einen kleineren Wert haben wird. Es ist leicht verständlich, daß das Maß Polen gegenüber, das von ihnen die Freiheit und ein selbständiges Dasein erhalten, dafür aber mit Neutralität gedankt hat, ein geringeres, schmäleres sein würde. Denn man muß sich auch darüber Rechenschaft ablegen, daß die Mittel-

mächte in einer Neutralität nicht eine wirkliche Neutralität, sondern eine Feindschaft sehen. Sie würden sagen: „Für die Freiheit, für das Dasein und für die Zukunft dankt uns Polen mit Feindschaft; mithin hat es keinen Sinn, einem Feinde zu helfen“. Die Neutralität würde die Folge haben, daß Polen beim Friedensschlusse keinen Freund und keinen Verbündeten haben und es das gewöhnliche Los eines Menschen treffen würde, der den Mantel auf beiden Schultern trägt.

Das wäre die Zukunft Polens, falls das Volk den ihm vom „Kurjer“ gewiesenen Weg innehalten sollte. Das darf kein Pole zulassen. Es ist vielmehr durchaus notwendig, daß wir Polen fest und unzweideutig an die Seite der Mittelmächte treten, daß wir von der uns gebotenen Möglichkeit der Schaffung eines polnischen Staates ohne Zaudern energisch Gebrauch machen und daß wir eine möglichst kräftige Armee bilden. Nur dann können wir etwas werden und für die Mittelmächte etwas bedeuten.

Das ist das Programm des polnischen Aktivismus, dessen erster Artikel lautet: Dem Vaterlande eine glückliche Zukunft sichern!

Aus Nr. 109 der Prawda (Posen)

vom 18. August 1917.

Ein Brief aus dem Felde.

Flandern, im August 1917.

Geehrter Herr Redakteur!

Ich kämpfe beinahe schon seit dem Beginn des Krieges an der Westfront. Ich habe aber, geehrter Herr Redakteur, nicht die Absicht, Ihnen die furchtbaren Kämpfe zu schildern, die hier geführt werden, denn solche Schilderungen sind Ihnen doch bekannt. Die Ursache meines gegenwärtigen Schreibens ist eine andere. Ich gestattete mir, sie hier näher auszuführen, damit nicht nur die Leser Ihres Blattes, sondern unsere ganze Volksgemeinschaft in der Provinz Posen erfahren, was wir Soldaten hier über die Tätigkeit der polnischen Blätter denken.

Ich bin schon seit drei Monaten Abonnent Ihrer „Prawda“, und ich verfolge mit Aufmerksamkeit jede Nummer Ihres Blattes, um etwas über die Fortschritte unserer Wirksamkeit in unserem Landesteil sowie über die Arbeit unserer Brüder in Warschau an dem Ausbau des auferstandenen Polens zu erfahren.

Als ich aber — vor dem Ausbruch des Krieges — noch zu Hause war, las ich auch das Hauptorgan unserer Nationaldemokratie. Mein Gott, wie hat sich jetzt die Richtung dieses Blattes geändert! Das selbe Organ, das ein halbes Jahrhundert alte „Väterchen“, wie es von Ihnen genannt wird, das vor dem Kriege jeden Russen aufhängen wollte und ebenfalls die Galatisten bekämpfte, ist gegenwärtig zum Bundesgenossen unserer Erbfeinde geworden.

Ich habe jetzt nun auch Gelegenheit, das zu vergleichen, was Ihre „Prawda“ und was dieser „Beschützer des polnischen Volkes“ in Posen schreibt. Ich erinnere mich ja noch daran, wie dieses Blatt, noch bevor die erste Nummer der „Prawda“ erschien, mitteilte, der Herausgeber der „Prawda“ werde ein „gewisser“ Herr Ruhnert sein. Was sollte das aber heißen: „ein gewisser“ Ruhnert? Es ist ja derselbe Herr Ruhnert, welcher früher in den polnischen Vereinen in Posen tätig war, welcher die Vereinigung der kaufmännischen Jugend organisiert und zur Entwicklung gebracht hat, welcher sich weiter an der Organisation des „Strazvereins“ beteiligt, in Gemeinschaft mit dem verstorbenen Stefan Chocizewski polnische Wahlversammlungen z. B. in Kolmar organisiert hat und mit großer Aufopferung unter unseren Landsleuten in dem Teschener Schlesien tätig war. Es ist schließlich

derselbe Herr Ruhnert, der in Oberschlesien tätig war, wo er polnische Wahlkomitees ins Leben rief, die Wahlagitation in Roienberg-Kreuzburg leitete, polnische Vereine gründete, Volksbibliotheken organisierte usw. usw. Woher denn also auf einmal die Unbekanntheit mit diesem Namen?

Ich erwähne das alles nur nebenbei, um zu zeigen, mit wie unehrbaren Waffen die Nationaldemokratie samt ihren Organen kämpft. Denn was haben denn die Posener Nationaldemokraten an Ihrem Blatte eigentlich auszusetzen? Etwa daß die „Prawda“ ein echt katholisches und polnisches Blatt ist, daß sie die Tendenzen der Hakatisten und Alldeutschen bekämpft und daß sie das polnische Volk zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau des Königreichs Polen auffordert? Oder nehmen sie es der „Prawda“ übel, daß sie nicht, wie andere Posener Blätter, nach der Pfeife tanzen will, die ihr die Nationaldemokraten, vorspielen?

Jeder klar denkende Mensch muß sich doch sagen, daß unsere Politik jetzt anders sein muß, als sie vor dem Kriege war. Denn die Politik ist nichts anderes als ein Handelsgeschäft, das sich auf Kompromisse stützt. Und die Politik der „Prawda“ ist eben eine vernünftige Handels- und keine Gefühlspolitik. Durch Gefühlsduselei und durch das Zammern werden wir überhaupt nichts erreichen. Die Ernüchterung würde nämlich sonst zu spät kommen. Die Politik der „Prawda“ rechnet also nicht, wie ich mich überzeugt habe, auf fremde Hilfe, sondern sie stützt sich auf das Vertrauen zu unseren eigenen Kräften. Polen werden uns nämlich weder die Deutschen, noch die Österreicher, und um so weniger die Engländer und die Franzosen oder gar die Amerikaner aufbauen. Das Gebäude des polnischen Staatswesens können nur wir allein durch unermüdliche Arbeit wieder aufrichten. Deswegen ist auch Passivität, wie sie jetzt von den Nationaldemokraten empfohlen wird, eine schwere nationale Verleumdung. Im Schweiße des Angesichts soll man sich sein eigenes Brot verdienen. Passivität ist aber Trägheit; sie ist ein müßiges Erwarten von Tatsachen, die ohne unsere Mitwirkung von selbst kommen sollen. Ein solches passives Warten mag ja allerdings sehr bequem sein, aber es ist gefährlich. Das wissen am besten wir Soldaten, die wir an der Front kämpfen. Wenn wir nämlich in unserem Schützengraben ruhig sitzen und warten würden, bis der Feind kommt und uns angreift, so wäre das schon zu spät für uns. Der Soldat muß stets wachsam auf seinem Posten bleiben, denn sonst wäre unser westliche Gegner jetzt schon längst am Rhein, und ebenso der Bundesgenosse der Nationaldemokraten schon längst in den polnischen Gebieten und in unserer Provinz Posen, wo er alles plündern und verwüsten würde. Wir haben ja zahlreiche Beweise dafür in Ostgalizien.

Die politische Passivität ist allerdings eine hübsche Lösung, aber sie hat uns um unsere nationalen Ideen gebracht!

So haben wir die Provinz Posen in wirtschaftlicher Hinsicht hochgebracht, — aber die politische Willkür und die parteiliche Selbstsucht wird bei uns noch immer als Arbeit an dem allgemeinen Wohl des polnischen Volkes angesehen. Die Nationaldemokratie behauptet stets, daß sie für die Rechte des polnischen Volkes schon seit einem halben Jahrhundert eintrete, aber sie hat es trotzdem nicht verhindern können, daß Hunderte unserer Landsleute ihre Güter an die Ansiedlungskommission verkauft haben, daß unsere Kinder sich entnationalisieren, daß das Deutschtum dicht bei Posen sich breit gemacht hat und daß Posen selbst, der Hauptsitz der Nationaldemokratie, sich germanisiert.

In den Blättern der Nationaldemokratie lese ich aber auch wirklich nur selten Leitartikel, die sich mit der polnischen Frage befassen; die Spalten dieser Blätter sind gewöhnlich nur mit Abhandlungen über Wilson, Ribot, George, Dmowski, Harusiewicz und andere Freunde der Feinde Polens vollgeschmiert. Ist das aber etwa auch eine polnische Art, frage ich, den Staatsrat in Warschau zu verhöhnen, statt mit ihm mitzuwirken und ihm durch herzliche Teilnahme zu beweisen, daß Großpolen über den Wiederaufbau des Königreichs Polen erfreut ist? Ist das weiter auch polnisch, in demselben Blatte, wo man die Parole ausgibt: „Lehret die Kinder polnisch lesen und schreiben!“ den Lesern deutsche Blätter zu empfehlen? Und wer tut das alles? Gerade die Nationaldemokraten, welche heute schon im Bunde mit den Hakatisten und mit den Alldeutschen arbeiten.

Ganz anders aber schreibt die „Prawda“. Fast in jeder Nummer findet man in ihr einen Leitartikel über die polnische Frage. Und zwar mit Recht, denn die polnische Frage muß jedem Polen hauptsächlich jetzt am Herzen liegen. Die „Prawda“ schreibt weiter mit Recht, daß ihre Politik sich auf den Akt vom 5. November 1916 stütze. Es kann ja auch nicht anders sein. Denn schon das Lebensinteresse Deutschlands und Österreich-Ungarns verlangt es, daß diese beiden Staaten an dem Wiederaufbau Polens mitwirken. Sie tun es also nicht aus Liebe zu uns, sondern auf Grund politischer Berechnung. Es wäre somit auch sinnlos zu behaupten, daß die Mittelmächte im Falle eines Sieges das feierlich verkündete Manifest vom 5. November 1916 rückgängig machen würden, wie es die Hakatisten und die Alldeutschen allerdings verlangen. Denn der gegenwärtige Krieg wird um nationale Lösungen geführt. Wenn also die Sieger die freiheitlichen Tendenzen etwa unterdrücken würden, so würden sie nur von neuem Öl ins Feuer gießen. Das weiß auch Deutschland ganz genau, und deswegen will es die Polen als Bundesgenossen behalten. Wenn es nämlich die polnischen Wünsche nicht erfüllen würde, so würde es dazu beitragen, daß mit der Zeit wiederum neue Konflikte entstehen. Durch den gegenwärtigen Krieg müssen somit schon alle nationalen Fragen geregelt werden, wenn der Friede gerecht und dauerhaft sein soll.

Aus diesem Grunde sind die politischen Überzeugungen der „Prawda“ gesund, vernünftig und wohl durchdacht. Wir werden nämlich unsere Zukunft nicht durch Passivität, sondern mit unseren eigenen Taten aufbauen. Möge deshalb auch der geehrte Herr Redakteur in derselben Richtung weiter arbeiten, und die „Prawda“ wird dann trotz aller Bemühungen ihrer Gegner schließlich den Sieg davontragen. Von meiner Seite wünsche ich aber dem Herrn Redakteur und seinen Mitarbeitern den besten und ergiebigsten Erfolg für diese seine Tätigkeit.

P. K.

Aus Nr. 189 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 18. August 1917.

Die Rückkehr der polnischen Auswanderer nach Polen.

Die Frage der Rückkehr unserer Auswanderer nach Polen bildet in der Fremde den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Sie dient auch wie alle anderen öffentlichen Angelegenheiten böswilligen Menschen als Mittel zu Intriguen gegen ihnen unbequem gewordene Personen, denen man dann entsprechend der Stimmung der Zuhörer entweder zuzuschreiben sucht; daß sie dem polnischen Adel und den polnischen Kapitalisten wieder Sklaven liefern wollten, oder sie hielten das polnische Volk von der Rückkehr nach seinem Vaterlande ab. Selbst der gewiegte Verleumder findet nun

immer noch einige Leute, die ihm Glauben schenken, sei es deswegen, weil diese Leute an und für sich beschränkt sind, oder weil der Mensch von Natur aus geneigt ist, bei seinem Nächsten böse und niederträchtige Absichten zu vermuten. Wir wollen deshalb heute unsere Anschauungen über die Frage der Rückkehr unserer Auswanderer nach ihrem Heimatlande nicht etwa mit Rücksicht auf solche Individuen, die ja niemand überzeugen wird, sondern mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl mit wenigen Worten beleuchten.

Und da müssen wir zunächst fragen, ob eine solche Rückkehr erwünscht ist, weiter, ob sie möglich oder notwendig sein wird, und schließlich, in welcher Weise sie im letzteren Falle durchzuführen wäre?

Die Frage, ob die Rückkehr unserer Auswanderer erwünscht ist, bedarf keiner weiteren Erörterung, denn es ist klar, daß das polnische Volk infolge der Auswanderung ständig seine besten und tüchtigsten Arbeitskräfte in der Heimat verliert. Diese Kräfte fördern dann mit ihrer Arbeit die fremde Industrie und vermehren dadurch, daß ein großer Teil ihrer Kinder sich entnationalisiert, die Reihen unserer Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Deswegen erfordert es unser nationales Interesse zweifellos, daß keine einzige polnische Seele ständig außerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes verbleibe, da es in letzterem an Köpfen, wie an Händen zur Arbeit und schließlich auch an Kapital fehlt.

Wird aber die Rückkehr unserer Auswanderer nach dem Heimatlande möglich sein?

Wir glauben, daß unmittelbar nach dem Kriege diese Heimkehr aus Gegenden, die unter deutscher Herrschaft sich befinden, weder den Polen aus dem preussischen, noch aus dem österreichischen und um so weniger den Polen aus dem russischen Anteil möglich sein wird.

Aus welchen Gründen?

Die Antwort darauf ist sehr leicht. Es wird nämlich nach dem Kriege an Arbeitskräften fehlen ebenso in der deutschen Industrie, die eiligst landwirtschaftliche Maschinen, Handwerkswerkzeuge, Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. wird herstellen oder ausbessern müssen, wie in der Landwirtschaft, die noch längere Zeit die einzige Ernährerin der Bevölkerung bleiben wird. Die heimkehrenden Soldaten werden aber weder besondere Lust noch die entsprechenden Fähigkeiten haben, ihre frühere Beschäftigung wieder aufzunehmen. Millionen von ihnen werden auch überhaupt nicht mehr zurückkommen, weil sie in einer kühlen Gruft die ewige Ruhe gefunden haben. Andere Soldaten werden wiederum erst nach einigen oder mehreren Monaten aus der Gefangenschaft zurückkehren, wenn sie dann überhaupt noch werden zurückkehren wollen oder können.

Erst in einem oder zwei Jahren nach dem Kriege, wenn die einen dieser Soldaten ihre Gesundheit wiedererlangt und die anderen sich von der Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen um eine Lebensrente überzeugt haben und deswegen ihren Familien selbst die Existenz zu sichern suchen werden, wird es einer immer größeren Anzahl der Polen an Beschäftigung in Deutschland fehlen. Die deutsche Industrie wird nämlich die Bedürfnisse in Deutschland selbst in kurzer Zeit befriedigen, und es werden Jahre vergehen, bis sie ihre verlorenen Absatzmärkte im Auslande wiedergewinnen wird, selbst wenn mit der Beendigung des Krieges zugleich der wirtschaftliche Krieg aufhören sollte.

Dann wird die Rückkehr der Polen aus Deutschland nach ihrem Heimatlande schon zu einer unvermeidlichen Notwendigkeit werden.

Darauf müssen wir uns aber in entsprechender Weise vorbereiten. Wir müssen vor allem dafür Sorge tragen, daß alle heimkehrenden Auswanderer ein leidliches und sicheres, wenn auch bescheidenes Auskommen bei uns finden. Denn anderenfalls werden

sie wiederum über den Ozean wandern oder unter der Leitung solcher Landsleute, die als Gefangene die russischen Verhältnisse kennen gelernt haben, nach Rußland auswandern. Ein Teil wird wohl auch nach Deutschland zurückkehren und sich den deutschen Kapitalisten auf Gnade und Ungnade ergeben, soweit der Kapitalismus sich noch wird halten können, oder die Landsleute werden sich den deutschen Korporationen anschließen, wenn der Staatssozialismus den Krieg durchhalten und alle Gebiete des öffentlichen Lebens beherrschen wird, was als wahrscheinlich anzunehmen ist.

Damit also die polnischen Auswanderer aus der Fremde wieder in ihre Heimat zurückkehren und dort auch bleiben können, muß die polnische Volksgemeinschaft für sie in der Heimat Werkstätten für selbstständige oder für Lohnarbeit schaffen. Sie muß sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie die Produktivität zu erhöhen suchen und für solche Auswanderer, die genügend vorgebildet sind, entsprechende Stellen im Kaufmanns- und Handwerkerstand schaffen.

Zu diesem Zwecke müssen in den polnischen Ländern der drei Teilgebiete Produktions- und kaufmännische Genossenschaften gegründet werden, und es müssen ihnen die auf viele Millionen sich belaufenden polnischen Kapitalien zugeführt werden, die unverzinst oder schlecht verzinst in fremden Banken liegen, von welchen dann unsere Konkurrenten mit einem bequemen und billigen Kredit unterstützt werden. Die polnischen Arbeiter in der Fremde müssen aber, sofern sie nicht daran denken, sich Grund und Boden anzuschaffen oder ein eigenes Geschäft zu gründen, in ihrem eigenen Interesse wie im Interesse der polnischen Volksgemeinschaft Aktien und Anteile der polnischen Banken oder der polnischen Produktions-, Fabrik- und kaufmännischen Genossenschaften kaufen. Vor allem müssen sie sich der polnischen Berufsvereinigung anschließen, um durch deren Vermittelung noch zur rechten Zeit erfahren zu können, ob, wann und nach welcher Gegend Polens sie gehen könnten, um die besten Bedingungen für Lohnarbeit zu erlangen, oder sie müssen sich für ihre Werkstätte bzw. für ein Geschäft die Unterstützung einflußreicher Personen im voraus sichern, was angesichts der bekannten Konkurrenz hauptsächlich im Königreich Polen und in Galizien durchaus notwendig sein wird.

Wir nehmen auch an, daß die Berufsvereinigung in ihren Büros in der Fremde Anmeldungen von solchen Personen annehmen wird, die nach ihrer Heimat zurückkehren möchten, und daß die wirtschaftlichen Institutionen in der Heimat selbst diesen Büros stets mitteilen werden, wo und welcher Art Lohn- oder selbstständige Arbeiter notwendig sein werden und zugleich, wie die Lohnbedingungen und Lohnverhältnisse dort beschaffen sind. Die Büros der Berufsvereinigung in der Heimat werden dann diese Verhältnisse an Ort und Stelle prüfen und nötigenfalls gewisse Zugeständnisse für die heimkehrenden Auswanderer zu erreichen zu suchen. Sie werden auch spezielle Berichte darüber in die Fremde schicken.

Selbstverständlich werden aber auch bei einer solchen Organisation der Rückwanderung unserer Auswanderer Enttäuschungen nicht ausgeschlossen sein. So wird es sicherlich Landsleute in der Heimat selbst geben, die sich über die heimkehrenden Auswanderer beklagen werden, und ebenso werden manche der heimgekehrten Auswanderer sich nach den reichen Mittelpunkt der deutschen Industrie in ähnlicher Weise zurücksehnen, wie die Juden nach ihrer Befreiung von der Knechtschaft in Ägypten sich nach den Fleischtöpfen Ägyptens zurückgesehnt haben, denn es gibt ja immer Leute, die niemand zufriedenstellen wird und die auch selbst niemanden zu befriedigen imstande sind. Im allgemeinen werden jedoch die Rückwanderungen, wenn sie entsprechend organisiert sein werden, sowoh

den Auswanderern, als auch der polnischen Volksgemeinschaft zum Vorteile gereichen. Dagegen würde ein unregelmäßiges Zufließen verschiedenartiger, nicht organisierter Elemente nach dem polnischen Lande zweifellos Anlaß zu Mißverständnissen, wenn nicht zu wirtschaftlichen Reibereien und Unruhen geben. Wer also das nicht zulassen und dem wieder auflebenden Polen innere Erschütterungen ersparen möchte, der muß jetzt schon die polnischen Arbeiter über die Vorteile der Organisation belehren und die Berufsvereinigungen unterstützen. Das ist Pflicht nicht nur der klarschauenden Arbeiter, die auf das Wohl ihrer Brüder bedacht sind, sondern auch unserer Intelligenz, sowie unserer Kaufleute und Industriellen, die — nebenbei gesagt — sich ebenfalls beruflich organisieren müßten, um für die Zeit, wo auch sie selbst nach ihrer Heimat zurückkehren werden, einen Halt und moralische Unterstützung zu finden, was für sie unentbehrlich sein wird, wenn sie in ihrem neuen Wirkungskreise das Vertrauen und die Unterstützung ihrer Landsleute gewinnen wollen.

Aber die Zeit der Heimkehr ist noch weit entfernt, denn wir wissen ja nicht, wann der Krieg zu Ende gehen wird. Bevor wir also an die Rückkehr nach Polen werden denken können, laßt uns überall dort, wohin wir vom Schicksal verschlagen worden sind, Umschau halten, um uns möglichst viel Kenntnisse auf dem Gebiete der Industrie anzueignen. Wir wollen also jetzt arbeiten und — trotz der furchtbaren Teuerung — sparen. Wir wollen in alter Kleidung und in Holzschuhen gehen, da man heute für neue Kleider ein Vermögen geben muß. Wir wollen den Fremden auch nicht mit unserem Luxus zu imponieren suchen, damit wir später nicht nur an Erfahrung und an Fachkenntnissen bereichert, sondern auch nicht mit leeren Händen nach unserer Heimat zurückkehren.

Vor allem wollen wir aber dafür sorgen, daß mit unseren Familien den polnischen Boden nicht ein Element betrete, daß die Sprache der dortigen polnischen Bevölkerung nicht mehr kennt oder sie nur ungenügend beherrscht und das seiner Gesinnung nach dieser Bevölkerung fremd geworden ist. Wenn wir also einst nach Polen als echte Polen zurückkehren wollen, so müssen wir danach streben, auch die polnische Sprache, die polnische Orthographie und Grammatik sowie die polnische Literatur und Geschichte gründlich kennen zu lernen. In gleicher Weise müssen wir uns bemühen, in unseren Familien die polnischen Sitten und Gebräuche von neuem einzuführen. Wir müssen deshalb auch die alten polnischen National- und Kirchenlieder in unseren Kreisen pflegen, damit wir nachher unseren Landsleuten in den polnischen Ländern nicht fremd erscheinen und damit wir auch selbst dort nicht alles fremd finden.

Denn nur die Rückkehr solcher Auswanderer, die sich an Arbeit und Sparsamkeit gewöhnt haben, die reich an Fachkenntnissen und mit einer gewissen materiellen Grundlage ausgestattet und außerdem aufgeklärt und von nationalem Geiste durchdrungen sind, wird Polen reicher machen können. Denn solche Auswanderer werden Polen neue Organisatoren und Verfechter der Zucht und der Ordnung sowie des allgemeinen Wohlstandes zuführen.

Johannes Brejski.

Aus Nr. 108 der Prawda (Posen)

vom 17. August 1917.

In Sachen der Leute aus dem Königreich.

Die Angelegenheit unserer sich zu Arbeitszwecken in Deutschland aufhaltenden Brüder aus dem Königreich ist einer der großen wunden Punkte des gegenwärtigen Krieges.

Daß manche Regierungskreise es immer noch nicht gelernt haben, in den Leuten aus dem Königreich Bürger des mit den Mittelmächten befreundeten polnischen Staats zu erblicken, das beweist die von uns wiedergegebene Mitteilung betreffend die Verfügung der Bromberger Eisenbahndirektion. Wir erinnern daran, daß diese Verfügung auf Grund der Denunziationen eines „gewissen“ Landrats nichts mehr und nichts weniger anordnete, als fast die Jagd hinter den Leuten aus dem Königreich her. Die Eisenbahnbehörden beklagen sich doch bei jeder Gelegenheit darüber, daß die Bahnbeamten mit Arbeit überlastet seien. Die Bromberger Eisenbahndirektion aber überträgt den Bahnbeamten neue Funktionen: die von Gendarmen und Polizisten. Dazu erläßt sie Befehle an die Soldaten, sodaß man fragen muß: „Wer verfügt über das Militär, die Militärbehörde oder die Eisenbahndirektion in Bromberg?“ Wir bringen diese Sachen zur Sprache in der Hoffnung, daß der Herr Minister der preussischen Eisenbahnen sich für die neue unverständliche Verfügung der Bromberger Eisenbahndirektion interessieren wird.

(Es folgen der Wortlaut des Bescheids, den der Oberst Marquard vom Kriegsamt dem Abgeordneten von Trampczynski auf dessen einschlägige Anfrage hin in der Budgetkommission gegeben hat; dann schließt das Blatt.)

Soweit die Rede des Obersten Marquard. Es geht aus ihr hervor, daß man den Leuten aus dem Königreich etwas Freiheit der Bewegung zugestanden hat. Das reicht jedoch alles nicht hin. Den Abgeordneten Dombek, Nowicki und v. Trampczynski gebührt Anerkennung dafür, daß sie sich der Sache unserer Brüder angenommen haben. Mögen sie jedoch nicht auf halbem Wege stehen bleiben!

Die Befriedigung wird erst dann allgemein sein, wenn die Leute aus dem Königreich nicht bloß als notwendiges Übel werden betrachtet werden, sondern voll und ganz als Bürger des polnischen Staats, der auf Grund des Abtes vom 5. November 1916 mit den Mittelmächten im Bunde steht.

Aus Nr. 187 des Wiarus Polski (Wochum)
vom 16. August 1917.

Aus Herne haben wir von Herrn Johann Kwiatkowski, dem Leiter einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht unter der Firma: J. Kwiatkowski u. Co., ein Schreiben erhalten, in dem sich Herr Kwiatkowski dagegen verwahrt, als ob er Gegner der Arbeiterbank wäre. Aus diesem Schreiben entnehmen wir folgende interessante Angaben über die Firma des Herrn Kwiatkowski:

Unsere Genossenschaft, die als Kreditinstitut auch kleine Depositen bis zu einer gewissen Grenze annimmt, bietet den Deponenten vollständige Sicherheit. Das hat sich beim Ausbruch des Krieges gezeigt, wo wir mit derselben Leistungsfähigkeit, wie unsere großen Bankinstitute, die allgemeine Panik überwunden haben, indem wir ohne Kündigung jede nötige Summe auszahlten. An diesem Grundsatz hielten wir auch während des ganzen Krieges fest. Das Verhältnis unseres eigenen Kapitals und unserer Reserven zu den Depositen ist nämlich so günstig, wie selten in einer Bank. Denn die bei uns deponierten Summen betragen ungefähr 120 000 Mark. Dieser Summe stellen wir aber unser Anlagekapital und unsere Reservefonds in Höhe von 370 000 Mark entgegen. Der Überschuß beträgt also 200 Prozent. Wenn man uns heute sogar alle Depositen kündigen würde, so wären wir doch imstande, sie alle in näher zu bestimmenden Terminen ohne jede fremde Hilfe auszusahlen.

Ich habe zwar alle Achtung vor der Bedeutung unserer großen Institute, aber ich muß zugleich unsere kleineren Unternehmungen in Schutz nehmen, die, wenn sie ehrlich geleitet werden, ebenfalls ihre Aufgabe zum Nutzen unserer Volksgemeinschaft erfüllen. Zu solchen Unternehmungen gestatte ich mir auch die von mir gegründete Genossenschaft zu zählen. Durch ihre Gründung wurden nämlich Tausende unserer Abnehmer davor bewahrt, von Leuten, die uns sowohl in konfessioneller, wie in nationaler Hinsicht fremd sind, ausgebeutet zu werden. Diese Leute haben in unserem Bezirk den ganzen Kreditverkehr beherrscht, wobei sie auf Kosten des polnischen Volkes Millionen verdient haben.

Solche Zustände konnten aber durch kleinere polnische Unternehmungen nicht beseitigt werden. Deswegen mußte etwas geschaffen werden, was den bestehenden mächtigen Organisationen gleichkam. Unsere Genossenschaft verkaufte ja — dafür haben wir zahlreiche Beweise — die Waren auf Abzahlung um 10 bis 20 Prozent billiger als andere Kreditunternehmungen. Die Summe der von uns seit der Gründung unserer Genossenschaft gewährten Kredite überstieg die Höhe von 3 Millionen Mark. Wenn wir also den Unterschied im Verkauf der Waren nur mit 10 Prozent berechnen, so haben wir für unser wirtschaftliches System 300 000 Mark gerettet. Wir bitten dabei auch noch die für unsere Volksgemeinschaft wichtige Tatsache zu berücksichtigen, daß die 5 000 Abnehmer, die unsere Kunden sind, Gelegenheit hatten und ebenso auch jetzt noch haben, mit uns polnisch zu korrespondieren und daß mehrere Familien, die bei uns angestellt wurden, ein gesichertes Auskommen gefunden haben.

Um Depositen haben wir uns niemals beworben. Denn wir hatten vor dem Kriege ständig mehr bares Geld in den Banken, als die Summe der Depositen betrug, die uns übergeben worden sind. Der ganze Vorteil der Depositen bestand also nur darin, daß wir, da wir dann über einen größeren Vorrat an barem Gelde verfügten, rücksichtslos einen Druck auf die Fabrikanten ausüben konnten. Auf diese Weise haben wir günstige Bedingungen und die niedrigsten Preise für uns erreicht. Damit lassen sich auch die nachherigen Resultate in unseren Bilanzen erklären.

Aus Nr. 188 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 21. August 1917.

Wie sollen wir das Andenken Kosciuszko's ehren?

„Es soll keine Stadt und kein Dorf bei uns geben, wo man das Andenken Kosciuszko's nicht feiern würde.“

So lautete der Aufruf unseres Nationalrates. Und dieser Aufforderung werden wohl sicherlich alle Mittelpunkte unseres nationalen Lebens ebenso im Lande wie in der Fremde dadurch Folge leisten, daß sie am Todestage Kosciuszko's entsprechende Gedenkfeiern veranstalten werden. Denn wir müssen unseren Überlieferungen treu bleiben. Uns war doch der Kult unserer Nationalhelden niemals fremd. Aus diesem Kult schöpfen wir nämlich wie aus einer gemeinsamen Quelle unseren ganzen Glauben und unseren Mut.

Wenn der Fürst Josef Poniatowski die Ehre Polens nach außen repräsentierte, so stellte Kosciuszko Polens Herz dar. Deswegen müssen wir jetzt nicht nur unseren Geist, sondern auch unser Herz zu den Manen jenes kristallreinen und, wie die Ideale unseres Vaterlandes, erhabenen Mannes erheben, um in einer würdigen Weise sowohl der Kämpfe bei Racławice, wie bei Maciejowice gedenken. Denn wir müssen in den Kreis unserer Betrachtungen nicht nur unsere Siege, sondern auch unsere Niederlagen ziehen, den

Worten jenes Staatsmannes gemäß, der da sagte: „Unsterblich ist das Volk, das seine Niederlagen feiert.“

Vor allem müssen wir aber jetzt des unbescholtenen, von jeder Selbstsucht freien, reinen Patriotismus Thaddäus Kosciuszko's gedenken, sowie seiner bedingungslosen Bereitwilligkeit, dem Vaterlande zu dienen, und ebenso seiner Opferwilligkeit und seiner gewaltigen Vaterlandsliebe, von der diese einfache und doch granitartige Gestalt des Bauerngenerals umstrahlt ist. Und wenn unser Geist in eine mystische Verbindung mit dem Kosciuszko's getreten ist, so werden wir aus den Schätzen dieses edlen polnischen Herzens neuen Trost für den dornenvollen Weg unseres nationalen Lebens schöpfen können.

„Sein Name gehört der ganzen zivilisierten Welt an, und seine Tugenden sind Eigentum der ganzen Menschheit“, — so sagte einst in seiner Trauerrede während der Trauerandacht für Kosciuszko in Paris der heldenmütige Lafayette. Diese Tugenden müssen aber in erster Linie zum Eigentum des polnischen Volkes werden.

Aber das ist noch nicht genug. Unsere Vorfahren haben ja einst auf die Nachricht vom Tode des dem polnischen Volke so teuren Diktators hin einen herrlichen Hügel an den Ufern der Weichsel mit ihren eigenen Händen aufgebaut. Ihre Trauer über den Tod Kosciuszko's, ihre Verehrung vor ihm und ihre Liebe zu ihm haben sie also durch eine Tat, durch die Errichtung eines Denkmals bekundet, das mit ihren eigenen Händen aus der heimatlichen Erde gebildet und mit ihren Tränen benetzt wurde.

Mit welcher Tat, die des Kosciuszko's ebenfalls würdig wäre, werden wir heute seinen Manen unsere Huldigung bekunden und unsere Gefühle zum Ausdruck bringen können?

Auf welche Tat weist uns Kosciuszko heute selbst vom Himmel her hin — in einer Zeit, wo die Glocke unserer Auferstehung schon erklingt und die hundertjährigen Träume und Hoffnungen so vieler Geschlechter unter dem Donner und unter dem Geheul des Weltkrieges in Erfüllung gehen? Na welche Tat mahnt uns derjenige, der unser Vaterland aus der furchtbarsten Bedrängnis zu retten bemüht war, und der vor allem das polnische Volk in sein Herz eingeschlossen hatte? Alle seine früheren Worte und Taten mahnen uns vor allem daran, heute dieses polnische Volk zu retten, das von Hunger, Pest und Vernichtung bedroht ist.

Als die Reihen der Senfemänner in der glänzenden Schlacht bei Racławice unter dem Regnen der Geschütze zu wanken angingen, da suchte unser Diktator sie mit den Worten anzufeuern: „Vorwärts fürs Vaterland! Nur noch einen Schritt fürs Vaterland!“... Und er gewann den Sieg.

Dieselbe Stimme Kosciuszko's hören wir auch heute noch über uns. Auch heute sucht sie gleichsam unseren Geist von neuen zu heben und uns anzufeuern, daß wir noch einen Schritt weiter in unserer Gesamtaktion gehen möchten, wofür uns ebenfalls der Sieg versprochen wird. Wir haben allerdings bis dahin schon viel getan, um das von der Katastrophe des Krieges heimgesuchte Königreich Polen zu retten, aber in diesem Königreich wütet die Kriegsfurie immer noch weiter, und sie sucht auch jetzt ihre Opfer. Die Tränen, das Leiden, die Not und die Trauer haben dort noch nicht aufgehört. Wenn wir also aus diesem furchtbaren Völkerringen siegreich hervorgehen wollen, so dürfen wir in der Bekämpfung dieser Not nicht aufhören. Wir müssen vor allem die Kosciuszko-feier dazu benutzen, um auch in dieser Hinsicht „noch einen Schritt weiter fürs Vaterland“ zu tun.

An den Spenden, die am Tage der Kosciuszko-feier sicherlich in reichem Maße zufließen werden

müßte sich aber in erster Linie unser Bauernstand beteiligen. Er hat nämlich vor allem Ursache, das Andenken desjenigen zu ehren, der die Uniform eines Generals gegen einen weißen Bauernkittel und gegen die ehrenvolle Tracht des Senfmannes vertauschte, um den Bauernstand, der sein Blut für das Vaterland verspritzt hatte, besonders zu ehren und ihn in der allgemeinen Achtung zu heben. Der Bauernstand ist also vor allem verpflichtet, an den Mann zu denken, welcher selbst auf dem Lande lebte, mit dem Landvolk sich verbrüdete und eine Urkunde unterzeichnete, durch welche dem polnischen Volk der Schutz der Regierung, das Eigentumsrecht und eine gerechte Behandlung zugesichert wurden.

So müssen wir also heute alle und hauptsächlich unser Bauernstand, dem Kościuszko in unserem nationalen Räte den ihm gebührenden Sitz erkämpft hat, anstelle der Kränze, die wir auf das Grab Kościuszkos hintragen würden, eine nationale Tat auf dem Altar unseres Vaterlandes niederlegen — nämlich die Tat, die uns durch die Notlage des gegenwärtigen geschichtlichen Augenblicks geboten ist und die am meisten jenen Motiven entspricht, die des edlen Herzens Kościuszkos würdig sind — die Tat, die von dem Bewußtsein begleitet ist, daß der Sieger von Raclawice auch jetzt noch „vom Himmel auf uns herabschaut“

Aus Nr. 189 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 18. August 1917.

In Sachen der Gedenkfeier zu Ehren Thaddäus Kościuszkos

erhalten wir von dem „Ausführenden Komitee“ folgendes Schreiben:

Im Sinne des Aufrufs unseres Nationalrates und unseres obersten Komitees für die Kościuszkofeier in Posen fordern wir alle unsere Landsleute auf, mit aller Sorgfalt Anstalten dafür zu treffen, daß der Todestag unseres Helden in einer würdigen Weise gefeiert werde, nämlich der Todestag jenes Helden, dessen Name in der ganzen zivilisierten Welt bekannt ist und verehrt wird und der vor allem in den Herzen der breiten polnischen Volksmassen als Anwalt der nationalen, bürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte des polnischen Volkes ein ewiges Andenken sich erworben hat. Den Mittelpunkt der Feier soll ein Vortrag oder eine Vorlesung über das Leben und die Verdienste Kościuszkos bilden. Daran sollen sich programmäßig entsprechende Deklamationen, Gesangsaufführungen und lebende Bilder anschließen, z. B. die Eidesleistung Kościuszkos auf dem Marktplatz in Krakau, der Sturm der Senfmannen auf die Geschütze bei Raclawice, die Senfmannen vor Kościuszko nach der Eroberung dieser Geschütze, die Verwundung Kościuszkos bei Maciejowice usw. Außerdem sind „Sokol“-übungen zu empfehlen, die mit einer Huldigung vor dem Bildnis Kościuszkos schließen und Huldigungen der Kinder usw. Eine Theatervorstellung wäre mit der Feier nur dann zu verbinden, wenn ein ernstes, geschichtliches Theaterstück gewählt würde, das vor allem mit dem Leben Thaddäus Kościuszkos in irgendeinem Zusammenhange steht. Es würden sich hierzu besonders einzelne Szenen aus den Dramen: „Kościuszko bei Raclawice“ von Anczyk und „Kościuszko in Petersburg“ eignen. Die Vorstellungen müßten aber sorgfältig vorbereitet werden; ebenso müßte man für die Beschaffung entsprechender Kostüme Sorge tragen.

Wo für den Vortrag oder für die Deklamationen entsprechende Kräfte — vor allem in größeren Ortschaften — vorhanden sind, würde es sich empfehlen, die Feier schon im Oktober zu veranstalten. Andere Ortschaften mögen sich aber mit der Festsetzung des

Tages nicht zu sehr beeilen, sondern sich vorher der Redner aus anderen Ortschaften vergewissern, damit die Teilnehmer an der Feier einen möglichst großen moralischen Nutzen haben, was auch der Bedeutung einer Kościuszkofeier am meisten entsprechen würde.

Mit der Veranstaltung der Kościuszkofeier sind die Komitees der einzelnen Vereine zu beauftragen. Die Einkünfte, die sich aus der Veranstaltung der Feier ergeben werden, sind den kulturell-erzieherischen Ausschüssen dieser Vereine zu überweisen. Wo es aber solche Komitees nicht gibt, dort würde es sich empfehlen, solche sofort ins Leben zu rufen, denn die Feier kann nur dann gelingen und sich zu einer würdigen Ehrung unseres Helden gestalten, wenn an ihrer Veranstaltung sich alle polnischen Vereine beteiligen. Wir hoffen aber, daß zur Verherrlichung der Feier durch eine sorgfältige Vorbereitung vor allem auch die Sokols, die Sänger und die Abstinenten als geistige Erben Kościuszkos und als Verkünder seiner erhabenen Leistungen beitragen werden.

Heil unserem Vaterlande!

Bochum, im August 1917.

Das ausführende Komitee.

Aus Nr. 184 des Ogródnik (Posen)
vom 15. August 1917.

Aus Anlaß des Sokol-Turntages in Berlin. (Einige Eindrücke unseres Berliner Korrespondenten).

Berlin, 12. August.

Jedes Fest, das von den Polen in Berlin begangen wird, trägt den Stempel irgend einer nationalen Feier an sich, an der sich alle Schichten der hiesigen Polen vereinigen, die aus den verschiedensten Gegenden des polnischen Landes, so weit und breit es ist, stammen. Neben dem Sohne Kujawiens sieht man hier den Landsmann aus dem Pleßener Kreise, und neben diesem wiederum die schmutze Gestalt eines Bewohners Kongreßpolens aus Masowien oder Warschau, und etwas weiter jemanden, der aus Krakau oder Przemyśl hierher gekommen ist. In der großen Menge des polnischen Volkes, das sich jetzt zum Feste des „Sokol“ in einer Anzahl von 6—7 Tausend Köpfen versammelt hatte, befanden sich Leute, die nach Berlin, sei es durch das Schicksal verschlagen, sei es durch Aussichten auf Verdienst gelockt oder durch des Krieges Stürme verschleppt wurden und hier ein Emigrantenleben führen müssen. Man hörte hier jetzt alle polnischen Mundarten und Akzente, alle Modulationen und Klänge der polnischen Sprache, — sowohl die melodische Stimme aus Lemberg, wie die weniger melodische aus Thorn — sowohl einen Dialekt, der sich durch tadellose Reinheit der Sprache auszeichnet, wie eine Mundart, die durch Germanismen und Russizismen entstellt ist. Trotz dieser Unterschiede in der Sprache konnte man aber eine Verbrüderung des Denkens und einen Zusammenschluß aller Herzen wahrnehmen. Man merkte, daß sich der Geist hier über jene Fanfaren erhob, von denen vielleicht sonst gar oft unsere allgemein-nationalen Feste, unsere Gedenkfeiern und unsere nationalen Umzüge begleitet waren, mit denen man unsere Vergangenheit zu verherrlichen suchte, damit unsere Seelen das Elend der Gegenwart überstehen könnten. Heute hat man nämlich in Berlin vielleicht schon mehr als anderswo eingesehen, daß es sich jetzt für uns nicht um Erinnerungen, sondern um Forderungen, und nicht um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft handelt. Posen, Krakau und Warschau unterschätzen vielleicht ihre Landsleute, die an den Ufern der Spree wohnen. Sie denken an sie nicht mehr und beschäftigen sich wenig mit ihnen. Und doch sehnt sich jeder Pole, der

hier wohnt, mit Zittern nach dem, was alle polnischen Landesteile erhoffen. Jeder von ihnen richtet sehnsüchtig seinen Blick auf den Krakauer Marienurm, um dort den weißen Adler zu erblicken; jeder lauscht auch, ob der Wind, der von der Weichsel kommt, endgültig den Hauch der Auferstehung bringen wird. Wer an dieser Tatsache zweifelt, braucht nur hierher zu kommen. Er möge sich hier näher umsehen und möge unsere Gebete und unser Flüstern hören, das voll Glauben und Hoffnung ist. Denn in Berlin ist trotz unserer Trennung von der Heimat vielleicht mehr als irgendwo eine Harmonie der Seelen zustande gekommen.

Als ich gestern die Menge des polnischen Volkes sah, das sich zum Feste des Sokol vereinigt hatte, und als ich den langen Zug der Sokol-Kameradinnen und die strammen und auch noch vollen Reihen unserer Sokol-Kameraden mit meinem Auge prüfte, als sie ganz ordnungsmäßig und mit staunenswerter Geschicklichkeit, mit voller Muskelkraft und Elastizität ihre Übungen ausführten, da fühlte ich, daß wir uns hier trotz der drei Jahre des Blutvergießens und des Elends, trotz teilweiser Spaltung und gegenseitiger Zerrwürfnisse in einem Leben vereinigen und von einer unerschütterlichen und zugleich realen Hoffnung befeelt sind.

Es ist charakteristisch für einen erhabenen Augenblick, daß während desselben der gesunde, untrügliche Instinkt der Allgemeinheit erwacht, durch den jede politische Niederlage, jedes furchtsame Wanken, sei es einzelner Individuen oder ganzer Gruppen, unterdrückt wird, die sonst gewohnt sind, „nur einen solchen Weltenkreis zu schauen, wie sie ihn selbst mit ihrem stumpfen Blick gezeichnet haben“. Einen solchen Augenblick erleben wir aber jedes Mal in Berlin, so oft wir hier unsere nationalen Feste feiern, an denen wir uns zu dem emporheben, wozu ihr euch aus dem oder jenem Grunde in eurer Heimat, in Polen, nicht aufrufen könnt und auch nicht würdet aufrufen können. Ich meine hier vor allem die Huldigung, die in der gestrigen Versammlung des „Sokol“ dem größten unserer Helden, dem Thaddäus Kosciuszko, dargebracht wurde, — eine Huldigung, die nicht nur von seiten der Sokol-Kameraden, die in Krakauer Bauernkitteln ihre Senzenübungen ausführten, sondern auch von seiten der Sokol-Kameradinnen, die in der Tracht der Krakauerinnen und polnischer Bergbirnen sich mit ihren Sokolbrüdern, die auch in der Tracht polnischer Bergleute erschienen, zu einem großen Lager vereinigten — und schließlich auch von seiten aller Zuschauer, die von feuriger Begeisterung ergriffen, zu weinen anfangen und voll Rührung unter Begleitung des Orchesters das mächtige Lied anstimmten: „Patrij Kosciuszko na nas z nieba!“ (Siehe Kosciuszko, auf uns herab vom Himmel!)

Diese Huldigung, die Kosciuszko von dem „Sokol“-Turntage öffentlich vor einer mit Grün geschmückten Statue dieses Nationalhelden dargebracht wurde und die ihren Gipfelpunkt in einem lebenden Bilde fand, nämlich in einer malerischen Gruppe, in der unsere Nationaltrachten in allen Regenbogenfarben schimmerten und über denen die aufgepflanzten Senzen in den letzten Strahlen der untergehenden Sonne erglänzten, diese Huldigung, dargebracht auf einem Boden, der geschichtlich einen slawischen Kirchhof bildet, hat auf alle einen gewaltigen Eindruck gemacht. Und sie mußte einen solchen Eindruck machen. Ich sah wirklich gar manche Träne im Auge, ich sah Zeichen von Rührung im Gesichte aller Leute, das von Sorgen und Leiden gefurcht war, und ich sah auch das Feuer der Begeisterung bei solchen, die in der Blüte ihrer Jahre stehen...

Das Fest des „Sokol“-Vereins in Berlin ist also nicht als ein gewöhnliches Ereignis zu verzeichnen,

es bedeutete eine Huldigung, die man einer Idee brachte. Und eine Idee ist doch von gewaltiger Wirkung. Denn wenn haben wir es zu verdanken, daß wir in der Zeit des Hungers nach Freiheit, dieses Hungers, der anderthalb Jahrhunderte dauerte, durchhielten, wenn nicht jener Idee, die uns in dieser Zeit am Leben erhielt? Was erhielt uns sonst auch am Leben, was regte unsere Pflüge und unsere Werkstätten zur Arbeit an, und was ist schließlich zu unserem eigenen Leib und zu unserem Blut geworden, wenn nicht die Idee, die wir durch unsere Lunge mit unserer Heimatsluft einsoßen?

Das gestrige Fest des „Sokol“ in Berlin, die Ausdauer des so zahlreich versammelten Volkes, das von 3 bis 9 Uhr in Sammlung und Geduld ausharrte, der rege Anteil an den gymnastischen Übungen und Produktionen, die Beteiligung an der Huldigung, die man Kosciuszko darbrachte — das alles war nicht ein Produkt der bloßen Neugierde einer gedankenlosen Menge, das war schon der Glaube selbst; es war der politische Gedanke des polnischen Volkes und — ein lebendes Symbol der unzertrennlichen Bande, die zwischen den Polen in der Fremde und ihrem heimatlichen Lande fortbestehen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 223 der Deutschen Warschauer Zeitung (Warschau)

vom 15. August 1917.

Vom Provisorischen Staatsrat.

In der neununddreißigsten Plenarsitzung des Provisorischen Staatsrats wurden die Übergangsvorschriften für das Strafgesetz in endgültiger Fassung angenommen, auch wurden die Bedingungen der Übernahme des Gerichtswesens durch den Provisorischen Staatsrat endgültig genehmigt.

Die polnischen Gerichte beginnen ihre Tätigkeit am 1. September dieses Jahres. Die Versammlung drückte dem Leiter der Justizabteilung, dem Vizedirektor, dem Vorstand dieser Abteilung sowie allen Beamten für ihre fruchtbare Arbeit ihre Anerkennung aus.

Gleichzeitig wurde auch den Regierungskommissaren für ihre Mitwirkung in Angelegenheit der Übergabe des Gerichtswesens an den Provisorischen Staatsrat der Dank ausgesprochen.

Aus Nr. 226 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 18. August 1917.

Vom Provisorischen Staatsrat.

In den am 3. und 8. d. M. abgehaltenen Sitzungen des Exekutiv Ausschusses des Staatsrates wurde das provisorische Gesetz über die Elementarschulen sowie der Entwurf einer Rechnungskammer beim Schatzdepartement angenommen.

Für Nahrungsmittelbeihilfe für die in Szczypporno internierten Legionäre wurden 20 000 Mark angewiesen.

An die österreichisch-ungarischen Okkupationsbehörden wandte man sich mit dem Antrage auf Überlassung der ganzen Dampfesselüberwachung innerhalb der österreichisch-ungarischen Okkupation an den Warschauer Dampfesselüberwachungsverein, nach Maßgabe der in der deutschen Okkupation zurzeit bestehenden Grundsätze.

In der Frage der polnischen Inschriften auf den Eisenbahnstationen wurde die Antwort des Herrn Generalgouverneurs zu Warschau zur Kenntnis genommen, wonach neben den deutschen Stationsnamen

die Namen auch in polnischer Sprache angebracht werden sollen.

Von den in der Plenarsitzung vom 2. August in den Exekutivausschuß gewählten Herrn Gorski und Raczorowski ist Herr Gorski zum Referenten der Militärkommission und Herr Raczorowski zum Direktor des Arbeitsdepartements gewählt worden.

* * *

In der 30. Gesamtsitzung des Provisorischen Staatsrates am 10. August unter dem Vorsitz des Vizemarschalls wurde ein vorläufiges Gesetz über die Elementarschulen im Königreich Polen angenommen, sowie einstweilige Bestimmungen über die Gerichtsstellen. Es wurde beschlossen, bei der Finanzabteilung einen Rechnungshof einzurichten, der die Kontrolle über die planmäßigen Einkünfte und Ausgaben ausübt, die Einnahme- und Ausgabeposten prüft und dem Staatsrat über die Ausführung des Budgets Rechnung ablegt.

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, ein Bezirksgericht in Sosnowice unterzubringen, wurde beschlossen, daß dieses Gericht einstweilen seinen Sitz in Bendzin haben soll.

* * *

Sofort nach ihrer Konstituierung ging die Justizabteilung des Provisorischen Staatsrates an die Organisation des polnischen Gerichtswesens, wobei hervorragende Juristen aus Warschau und aus der Provinz ihre Mitwirkung zur Verfügung stellten. Spezialkommissionen der Abteilung bearbeiteten die notwendigen Abänderungen in den Gerichtsstatuten, die im Königreich Polen bis zum August 1915 bestimmend waren. Entwürfe für diese Abänderungen in Form von Organisationsstatuten und Verordnungen wurden in den Sitzungen des Abteilungsausschusses erörtert und beschlossen, hierauf wurden sie von den Mitgliedern der Justizabteilung im Verein mit den Delegierten der Okkupationsbehörden durchberaten und danach dem Plenum des Staatsrates vorgelegt.

Das Ergebnis dieser Vorarbeiten sind die folgenden Vorschriften und Satzungen, die endgültig beschlossen wurden:

1. über die Organisation des Gerichtswesens;
2. über die Kompetenz der Gerichte;
3. über die örtliche Verteilung der Gerichte;
4. über das Verfahren in Zivilsachen und in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit;
5. Übergangsbestimmungen für das Strafgesetzbuch;
6. über das Verfahren in Strafsachen;
7. über die Gerichtskosten;
8. über die Besoldung der Gerichtsbeamten;
9. Rassenvorschriften im Gerichtswesen.

Alle diese Statuten werden baldigst in den Amtsblättern beider Okkupationsgebiete sowie im Amtsblatt der Justizabteilung des Provisorischen Staatsrates veröffentlicht werden.

Es wird hervorgehoben, daß alle genannten Satzungen einen provisorischen Charakter tragen.

Ohne die Bearbeitung einer rein polnischen Gesetzgebung zu vernachlässigen, die längere Zeit erfordert, hat die Justizabteilung zunächst nur die notwendigsten Abänderungen der bisher gültigen Gesetzgebung vorgenommen, und zwar diejenigen Abänderungen, die sich aus den neuen politischen Verhältnissen ergaben. Ein wichtiger Gesichtspunkt war dabei auch der Umstand, daß die einheimischen Juristen mit der bisherigen Gesetzgebung vertraut sind, was die sofortige Besetzung der Gerichtsämter mit einheimischen Kräften ermöglicht. Unter den grundsätzlichen Abänderungen ist die Aufhebung der Richterwahl in den Bauerngemeinden erwähnenswert. Gewählte Gemeinderichte wurden in Polen durch die russische Regierung mit der Absicht eingeführt, den bäuerlichen Angelegenheiten eine Sonder-

stellung zuzuweisen; dieselbe Absicht war bei der Einführung der Bauernkommissare maßgebend. Die Justizabteilung ging von der Erwägung aus, daß ernannte Friedensrichter eine bessere Bürgschaft der Rechtskenntnis und der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung bieten. Die zwei Jahre lang ausgeübte Tätigkeit ernannter Richter bestätigt diese Ansicht.

Nr. 185 des Naprzód (Krakau)

vom 12. August 1917

bespricht im Leitartikel den Text eines angeblich von Dr. Josef Buzek entworfenen, vom Staatsrat korrigierten und bestätigten polnischen Staatsverfassungsprojekts. Dasselbe sei am reaktionärsten von allen Staatsverfassungen Europas. Polen solle nach diesem Projekt eine monarchische Konstitution sein. Der polnische König solle Machtbefugnisse erhalten, wie sie kein anderer europäischer Monarch besitze. So solle er nötigenfalls einen Vertreter mit allen Rechten eines Königs ernennen dürfen. Der Vertreter braucht durch die Kammern nur dann bestätigt zu werden, wenn er für eine längere Zeit als für 6 Monate ernannt wird (§ 11). Der König beruft und entläßt die Minister, welche vom Parlament gänzlich unabhängig sind (§ 27). Das parlamentarische System ist also ausdrücklich beseitigt. Der König hat das Recht, die Beschlüsse des Ministerrats abzulehnen und sie dem Kronrat, d. h. den unter dem Vorsitz des Monarchen in Gegenwart des Thronvertreters versammelten Ministern zur Prüfung zu unterbreiten. Die gesetzgebende Gewalt bilden der Landtag, der Senat und der König. Dieses Prinzip sei auch in allen anderen Staaten Europas maßgebend. Aber in Polen habe man diesem Projekte noch unerhörte Ergänzungen hinzugefügt, z. B.: kann ein Beschluß, welcher vom König nicht bestätigt wird, in derselben Beratungsperiode nicht mehr geprüft werden. Der berühmte österreichische § 14 wird durch den § 34 ersetzt, welcher dem König die Machtbefugnis erteilt, im Falle eines Notstands ohne Einberufung des Parlaments Gesetze zu erlassen. Ein solches Gesetz muß allerdings vom Landtage bestätigt werden, es ist aber bis zum Augenblick der Bestätigung rechtswirksam. Schließlich können dauernd rechtswirksame Gesetze gegen den Willen des Landtags erlassen werden (§ 85). Dazu ist nötig, daß der Senat zweimal innerhalb zweier Beratungsperioden mit $\frac{2}{3}$ Stimmen ein solches Gesetz beschließt. — Das Blatt hält dieses Projekt für ein kompromittierendes Horrendum. Ein solches Projekt wäre in keinem Parlamente, nicht einmal in dem albanischen möglich. — Zur Kriegserklärung bedarf es nur der Zustimmung des Ministerrats (§ 41). Der Landtag habe auf die Kriegserklärung gar keinen Einfluß. — Die höhere Kammer werde zum Teil gewählt, zum Teil vom König ernannt oder setze sich aus höheren Beamten zusammen. Wie hoch der Wahlzensus ist, davon zeuge die Tatsache, daß der Besitz einer Fabrik im Werte von 500 000 Mark eine der Wahlbedingungen bilde. Die niedere Kammer werde zwar gewählt, aber Gott behüte nicht im Wege allgemeiner Wahlen. Die Wahlbedingungen sind folgende: Ein Jahr Gemeindegliederzugehörigkeit, das 30. Lebensalter, die Schreib- und Lesefähigkeit. Die Frauen haben kein Wahlrecht. Das Militär habe weder aktives noch passives Wahlrecht. Steuern dürfe man auf Grund erlassener Verordnungen sogar ohne Zustimmung des Landtages erheben. Es fehlen also dem Projekt die wichtigsten Garantien der Konstitution. Es dürfen dem Landtage nicht einmal Petitionen unterbreitet werden, mit Ausnahme solcher, die im Namen der Behörden oder gesetzlich anerkannter Vereine eingereicht werden.

(Aus Nr. 170 des Warschauer Tagesberichts vom 16. August 1917.)

Aus Nr. 372 des Czas (Krakau)
vom 12. August 1917.

Aus Warschau.

Warschau, den 9. August 1917

Graf Adalbert Rostworowski, Direktor der Abteilung für politische Angelegenheiten des Staatsrates und Anton Wieniawski, vormaliger stellvertretender Vorsitzender des landwirtschaftlichen Zentralvereins und Vorsitzender des landwirtschaftlichen Ausschusses der landwirtschaftlichen Abteilung des Staatsrates sind nach Stockholm abgereist. Graf Rostworowski, dessen Reise einen politischen Charakter hat, wird längere Zeit in Stockholm verbleiben.

Graf Julius Tarnowski, Politiker der Rechten des Königreichs, ist am 7. d. M. nach Wien abgereist, wohin er durch den Grafen Adam Tarnowski telegraphisch berufen wurde. Die Reise des Grafen Tarnowski nach Wien steht mit den Beratungen in Sachen der Regierung in Polen in Verbindung.

In Warschau wurden heute Aufrufe verteilt, die als Unterschrift die geheimnisvollen Buchstaben G. G. W. trugen und das Publikum aufforderten, zum Zeichen des Protestes gegen die Verhaftung des Pilsudski heute zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags sich ostentativ jedes Lebenszeichens zu enthalten. Der Aufruf hatte aber keinen Erfolg. Der Verkehr auf den Straßen Warschaus war vollständig normal.

Aus Nr. 379 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 17. August 1917.

Berliner Beratungen in der polnischen Frage.

Berlin, den 17. August 1917.

Nach hier umlaufenden Nachrichten war der Hauptgegenstand der Beratungen zwischen dem Grafen Czernin und Dr. Michaelis in Berlin die polnische Frage. Wie weit die Beratungen in dieser Angelegenheit gediehen sind, ist nicht genau bekannt, aber zweifellos haben sich die genannten beiden Staatsmänner mit dem Plane befaßt, wonach die Verwaltung Polens in die selbständigen Hände der polnischen Regierung übertragen werden soll, wobei die bisherige Teilung der Verwaltung verbleiben, aber das ganze deutsche und österreichische Okkupationsgebiet einheitlich verwaltet werden würde. Dagegen würde die militärische Okkupation auch fernerhin besonders bestehen bleiben.

Nr. 215 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 9. August 1917

bringt den ersten Teil einer langen Auseinandersetzung unter der Überschrift: „Leute für die Regierung.“ Zuerst wird auf die außerordentlich schwierigen Umstände hingewiesen, unter denen man jetzt an die Bildung der polnischen Regierung herantreten muß. Doch wird allgemein das Verlangen nach einer eigenen Regierung empfunden. Die Idee einer eigenen Regierung wird trotz aller Meinungsverschiedenheiten populär. „Es huldigen ihr heute die Massen“. „Wir schauen nach einer polnischen Regierung als nach einer Erlösung, einer Rettung, einem Heilmittel aus. . . .“ Dann wird die Frage aufgeworfen, ob sich für diese Regierung geeignete Männer finden werden, „Persönlichkeiten von kühnem Mut und Wissen, die imstande sind, ein kräftiges, kollektives Hirn zu schaffen, das die gegenwärtige Situation beherrschen, überwinden würde“. Bei der Auswahl dieser Persönlichkeiten sollte man nicht zu

sehr auf ihre Parteizugehörigkeit achten. „Die polnische Regierung muß eine aktivistische Regierung sein“, — doch dürfe dieser Begriff nicht allzu enge gefaßt werden. Der politische Realismus sei den Polen von Kriegsbeginn an — abhanden gekommen. — Die gemäßigten Konservativen, denen er früher eigen war, haben seit drei Jahren ihr Gleichgewicht gänzlich eingebüßt. Einst Befenner der kühlen, politischen Vernunft, sind sie jetzt zu hartnäckigen Träumern und Phantasten geworden, die Schlösser auf dem berstenden Eise naiver Zuversicht und unerfüllter Hoffnungen bauen. Sie glauben unentwegt an das Resultat der „internationalen Konflikte“, an England, und horchen unverwandt auf alle Lügen und Einflüsterungen, die von dort herkommen.

(Aus Nr. 165 des Warschauer Tagesberichts vom 9. August 1917.)

Nr. 220 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 14. August 1917

bringt einen zweiten Artikel zum Thema: „Leute für die Regierung“. Diejenigen, wird im Artikel ausgeführt, denen in der polnischen Regierung verantwortliche Stellungen anvertraut werden sollen, haben sich als Anhänger der Tat zu erklären. Für die Regierung geeignete Leute müsse man nicht nur unter den Konservativen suchen, sondern auch in den Kreisen der Linken, ungeachtet dessen, daß in diesen Kreisen jetzt eine fiberhastete, demonstrationsflüchtige Stimmung herrscht. Die polnische Regierung müsse eine Konzentrationsregierung sein, die auch die hervorragenderen Leute aus den Reihen der polnischen Demokratie zu berücksichtigen habe. — Natürlich sei hier die gemäßigte Linke gemeint, die Linke, die kühne Losungen ausgibt, aber brutale Methoden verabscheut und nicht destruktiv wirken will. Dabei soll man sich mit Persönlichkeiten einigen, nicht aber mit „Sekten“. Wenn die polnische Regierung nur aus Konservativen bestände, so hätte sie lauter gute Menschen, aber schlechte Musikanten.

Dasselbe Blatt Nr. 221 vom 15. 8. bringt einen dritten Artikel zum Thema: „Leute für die Regierung“, der nochmals darauf zurückkommt, daß in gleichem Maße Leute aus der gemäßigten Rechten und aus der gemäßigten Linken zur Regierung herangezogen werden müssen. Die polnische Regierung müsse vor allem eine aktivistische sein, daher dürfen die erprobten Aktivisten in ihr nicht fehlen. Sie sind nötig als Vermittler in den Beziehungen zu den Mächten, die heute in der Rolle von Okkupanten auftreten. „In dieser Richtung haben sie (die Aktivisten) sich unzweifelhaft bereits ein gewisses Gehör verschafft und können in den weiteren Unterhandlungen um den künftigen polnischen Staat und um die jetzigen Formen seiner Existenz der Sache nicht geringe Dienste leisten.“ In den weiteren Ausführungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß, solange der Krieg währt, die polnische Regierung nicht nur durch eigene Kraft und eigene Bedeutung bestehen kann, sondern auch durch die Anerkennung ihrer Attribute seitens der Zentralstaaten.

(Aus Nr. 170 des Warschauer Tagesberichts vom 16. August 1917.)

Nr. 369 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 10. August 1917

bringt einen Auszug des von dem Staatsratsmitglied Studnicki an den Kronmarschall Niemojowski gerichteten offenen Briefes, worin es u. a. heißt: „Dein Name, Herr Kronmarschall, hätte in der Geschichte als ein Name des Erneuerers und Wiederaufbauers des polnischen Staates berühmt werden können. Leider aber wird sich der Name in den Reihen derjenigen finden, die

durch ihre Willenlosigkeit und Unfähigkeit dazu beigetragen haben, daß das Volk sich von dem Sturz nicht emporheben konnte, als der entscheidende Augenblick eintrat. Unter Berufung auf die Schatten Ihrer Vorfahren, Bonaventura und Vincent Niemojowski, fordere ich Sie auf, den öffentlichen Posten zu verlassen. Groß war die Entfaltung der Tatkraft Ihrer Vorfahren, und aus diesem Grunde scheinen sie Ihnen wenig von dieser Tatkraft als Erbeil hinterlassen zu haben. Jedenfalls zu wenig, um heute im entscheidenden Momente wirken zu können. Denket an die Armee und alles übrige wird euch gegeben sein. Während einer Unterhaltung mit einem verbissenen Anhänger der Entente hörte ich folgendes: „Die Armee ist alles! Wenn wir eine Armee hätten, hätten wir Kraft, Regierung alles!“

(Aus Nr. 170 des Warschauer Tagesberichts vom 16. August 1917.)

Aus Nr. 185 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 16. August 1917.

Diktatorische Gelüste.

Die Nachricht vom Rücktritte des Kronmarschalls Wenzel Niemojewski hat in weiten Kreisen der Volksgesamtheit zweifellos tiefen Eindruck gemacht, und zwar nicht so sehr wegen der Tatsache selbst, als wegen der vom Kronmarschall angegebenen Gründe seines Rücktrittes. Als Hauptgrund gab der Marschall in diesem wichtigen und kritischen Augenblicke die Tatsache an, daß die Zwischenparteiliche Fraktion ihm durch die Vermittlung des Erzbischofs Rakowski die „Entscheidung“ übermittelt habe, daß sie seiner Wahl in den Regentenschaftsrat widerspreche, weil von den Mitgliedern des vorläufigen Staatsrates keins dem Regentenschaftsrat angehören dürfe, wenn die Regierung auf die Unterstützung der Zwischenparteilichen Fraktion rechnen will.

Diese „Entscheidung“ der Zwischenpartei ist zu charakteristisch, als daß man über sie zur Tagesordnung übergehen könnte.

Es ist bekannt, daß diese Fraktion sich grundsätzlich zur Teilnahme an der zukünftigen polnischen Regierung unter der Bedingung bereit erklärt, daß sie über die Wahl der Mitglieder dieser Regierung und sogar über die Teilnahme der einzelnen politischen Gruppen entscheiden werde. Diese diktatorischen Gelüste sind hinter dem Rücken der Volksgesamtheit und hinter den Kulissen der öffentlichen Meinung in einer geheimen Versammlung der Zwischenparteilicher geschmiedet worden. Die Zwischenparteiliche Fraktion strebt danach, dem Lande ihre Parteidiktatur unter Vergewaltigung der parlamentarischen und demokratischen Grundsätze aufzunötigen. Diejenigen, die in ihrer Verblendung als nationales Dogma die Untätigkeit und Erstarrung, die das Volk erlösen sollten, predigten, wollen jetzt, da sie den Bankerott ihrer irrigen politischen Thesen sehen, den toten Punkt verlassen und zur Tat übergehen, aber im Sinne ihres Grundsatzes „alles oder nichts“, sie wollen das Land selbst regieren, unter Übergehung derjenigen, die in Zeiten, als ein tätiges Auftreten im öffentlichen Leben als Wagnis erscheinen konnte, auf dem Posten standen und gegen die größten Schwierigkeiten kämpften, die ihnen gerade die mittelparteilichen Elemente bereiteten. Aus dieser wahrhaft nationaldemokratischen Unerbittlichkeit ist die Entscheidung gegen den Kronmarschall hervorgegangen, der in den schwersten Zeiten den Mut hatte, ein so verantwortungsvolles Amt in der Körperschaft zu übernehmen, die den Boden für die polnische Regierung vorbereitete.

Gegen eine solche Parteierflussivität muß schon jetzt grundsätzlich Verwahrung eingelegt werden

(wie das bereits die Liga des polnischen Staatswesens getan hat).

Für jeden ehrlich denkenden Menschen ist es klar, daß die zukünftige polnische Regierung der Ausdruck des Willens der breitesten Schichten des Volkes, also eine Konzentrationsregierung sein muß, die möglichst alle politischen Elemente und nationalen Kräfte in sich vereinigen würde, damit sie nicht in der Luft schwebt, sondern im ganzen Volke eine Grundlage und Unterstützung hätte. Danach muß jeder echte Patriot streben. Man muß alles tun, damit die zukünftige Regierung ein Faktor der Ordnung und ein staatliches Bollwerk, nicht aber ein Faktor der Zersetzung und des Kampfes nach innen und der Bloßstellung nach außen wäre. Deshalb muß der von vornherein geforderte Ausschluß gewisser Persönlichkeiten oder Gruppen als Streben nach einer parteilichen Diktatur behandelt werden, die in Polen schon einen bekannten Ruf hat und einem tatkräftigen Widerstande begegnen muß.

Zu der zukünftigen polnischen Regierung müßten vor allem diejenigen Leute gehören, die bereits den Beweis dafür erbracht haben, daß sie die Tat wünschen und dazu auch fähig sind. Der politische Ostrazismus der Zwischenparteilichen Fraktion, dem der Kronmarschall zum Opfer gefallen ist, wirft ein merkwürdiges Licht auf die politischen Ziele dieser Partei.

Nr. 207 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 14. August 1917

bringt eine Erklärung des Hauptvorstandes des Nationalen Arbeiterbundes (N. Z. R.) vom 10. 8. 17, in der es u. a. heißt: Vor einem Monat hat der N. Z. R. sein weiteres Verhältnis zum Staatsrate von der Energie abhängig gemacht, mit der der Staatsrat bei der Bildung der polnischen Staatsbehörden vorgehen werde. Da er den heutigen, unerträglichen Zustand nicht länger akzeptieren könne, muß der N. Z. R. die Folgen ziehen und die weitere Mitarbeit mit dem Staatsrate aufgeben. Der bisherige Vertrauensmann des N. Z. R. im Staatsrate erhält freie Hand, entweder zurückzutreten oder weiter dem Staatsrate anzugehören, jedenfalls hört er mit dem 10. d. M. auf, ein Vertreter des N. Z. R. und seiner Politik zu sein. Zugleich erklärt der N. Z. R., daß jede neugebildete polnische Staatsbehörde, die sich als vorläufige polnische Regierung betrachtet und die danach streben wird, möglichst alle Gebiete des Staatslebens zu umfassen, die eine entschiedene Politik führen und die Bestrebungen der breiten Volksmassen berücksichtigen wird, auf eine loyale Unterstützung und auf den Gehorsam innerhalb der Reihen des N. Z. R. rechnen kann.

(Aus Nr. 171 des Warschauer Tagesberichts vom 17. August 1917.)

Nr. 218 Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 15. August 1917

führt über „Die Taktik unserer Gemäßigten“ ungefähr folgendes aus: Nach einer Warschauer Korrespondenz an die loyale Lemberger „Gazeta Wieczorna“ ist beim Bau des polnischen Staates eine gewisse Pause eingetreten, „denn in Warschau selbst hört man Stimmen, nach denen das durch den Staatsrat entworfene Maß der polnischen Regierung zu umfangreich wäre und vorerst reduziert werden müßte.“ Dann heißt es weiter: „Die Verwirklichung der durch die Vertreter der Okkupationsregierungen als unerschütterlich dargestellten Absichten wird sofort eintreten, sobald die inneren Handel aufhören.“ Diese falsche Behauptung — schreibt dazu der „Dziennik“ — soll die Meinung er-

regen, als ob die Linke vorsichtig versuchte, in die zukünftige Regierung hineinzukommen. So sehr interessiert man sich für die weitere Taktik der Linken, obwohl sie sonst als durch die letzten Ereignisse zerschmettert gilt.

(Aus Nr. 172 des Warschauer Tagesberichts vom 18. August 1917.)

Nr. 409 des Goniec (Warschau)
vom 19. August 1917

bringt einen Leitartikel von Makowiecki: „Verspätete Ernüchterung. „Wir haben vorausgesehen, daß (nach den Krakauer Beschlüssen) bald der Kagenjammer beginnen wird.“ Der „Gzas“ habe, wie schon im „Goniec“ mitgeteilt wurde, bereits aus den Beschlüssen des Polenklubs vom 5. August und anderen Tatsachen den Schluß gezogen, „daß einige Parteien, die zur Mehrheit des Klubs gehören, mit den Bedingungen der praktischen Politik zu rechnen beginnen“. Insbesondere sei ein Hauptschaden der Krakauer Beschlüsse, daß sie ruthenische Aspirationen stärkten. „Die Krakauer Resolutionen vom 28. Mai wurden zum Teil wenigstens am 5. August gegen die Stimmen der Nationaldemokraten rektifiziert, denn der Polenklub gelangte dazu, die Pflicht der Unterstützung des staatlichen Aufbaues und der polnischen Regierung im Königreich zu beschließen, während die Beschlüsse vom 28. Mai zur Vernichtung der Anfänge des polnischen Staates strebten. . . . Die Überlegung kommt bei uns zu spät, wenn leichtsinnige Taten bereits ihre schädlichen Folgen für das Volk zeitigen.“ So werde man sich über die Schädlichkeit des Universitätsstreiks, der versäumten Heeresbildung usw. im Königreich Polen auch eist klar werden, wenn es zu spät sei.

(Aus Nr. 173 des Warschauer Tagesberichts vom 20. August 1917.)

Nr. 140 des Wiadomości Polskie (Petrifau)
vom 12. August 1917

bringen einen Leitartikel von Iza Mojszeńska unter dem Titel: „Nach drei Jahren“, in dem es zum Schluß u. a. heißt:

Polen proklamieren kann eine fremde Macht. Polen erbauen können nur die Polen selbst. Leider steht diese Angelegenheit jetzt auf dem toten Punkte. Der offiziell anerkannte polnische Staat besteht bisher nur als eine theoretische Konzeption. Wir haben Programme und Pläne seiner Verfassung, wir hoben seine Vertretung, den Keim seiner politischen Macht, den Keim der Heeresformation — alles nur Entwürfe, alles nur Hoffnungen und Diskussionen über das Thema des zukünftigen Polens. Der Krieg steht indessen durch aus nicht auf dem toten Punkte. Das große Rußland ersäuft in den revolutionären Wirren, die eiserne Kette der Kriegsbündnisse umfaßt alle Weltteile, nur wir allein warten immer noch und diskutieren, während doch der schlimmste aller Kriegsverluste gerade der Zeitverlust ist. Der große Weltumsturz kann vorübergehen, ohne das Polen wiedererweckt wird, was einer Katastrophe für uns gleichkäme. Wir müssen also unsere ganze Kraft darauf richten, was von uns abhängt und nicht darauf, was ohne uns gelöst wird. Wir können Polen nicht gegen den Willen derjenigen erbauen, deren Heere es besetzt halten. Das hat sogar die polnische Emigration erkannt. Wer nicht gekämpft hat, der wird keinen Frieden schließen.

(Aus Nr. 171 des Warschauer Tagesberichts vom 17. August 1917.)

Nr. 207 des Głos (Warschau)
vom 17. August 1917

bringt einen Leitartikel unter der Überschrift: „Unter dem Zeichen des schöpferischen Realismus“, der aus dem Anlaß, daß am 16. August drei Jahre seit der Gründung des Obersten Nationalkomitees verflossen sind, die Bedeutung der politischen Leistungen dieser Institution würdigt. Das Blatt führt aus, daß, während der 6. August 1914 die Bereitwilligkeit der Polen zum Kampfe um die nationale Freiheit bezeugt hat, der 16. August 1914 „ein ebenso ehrenvoller Akt der politischen Vernunft in Polen, der Grundstein des polnischen Aktivismus in seinem Streben nach einem polnischen Staatswesen war.“ Die Erfahrungen während des dreijährigen Krieges haben bewiesen, daß der vom D. N. K. gewählte Weg richtig und die leitende Idee, die ihm vorschwebte, heilsam war. — Heftig durch seine russophilen Gegner bekämpft, hat es seiner Leitidee ausdauernd in einer Zeit gedient, wo der Zarismus bereits zu triumphieren schien. Aber die politische Voraussicht des D. N. K. hat sich erfüllt, der Zarismus wich von den polnischen Ländern und die Zentralmächte ergriffen die Initiative zur Wiedererrichtung des polnischen Staates. Endlich kam der Akt des 5. November. „Und hier erst zeigte sich, . . . daß das D. N. K. nicht an seine politische Taktik, . . . sondern an die wahrhafte Konsequenz der Idee gebunden war.“ „Die Idee des polnischen Staates . . . und nicht die Form dieses Prozesses wurde für das D. N. K. zur Leitidee im Verhältnisse zum Akte des 5. November und zum Staatsrate.“ Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Schöpfer und Leiter des D. N. K. niemals die Monopolisierung ihres Einflusses, niemals die Diktatur oder Parteivorteile anstrebten. Das D. N. K. hat in loyaler Weise seine Kräfte und seinen Einfluß in den Dienst des Staatsrates und der staats-schaffenden Arbeiten gestellt. Die Leiter und Mitarbeiter des D. N. K., wiewohl sie verschiedenen politischen Gruppen angehören, erkennen in diesem Momente bloß eine Plattform für ihre Arbeit an, den Wiederaufbau eines lebensfähigen, innerlich gefestigten polnischen Staates. Schaffen und nicht zögern, das ist die Lösung des D. N. K., welche von allen staats-schaffenden Elementen in Polen gebilligt werden muß. Die unter dem Zeichen des schöpferischen Realismus geleisteten Arbeiten des D. N. K. werden bleiben, während alles, was diesen Arbeiten entgegen war, unfruchtbar geblieben ist.

(Aus Nr. 171 des Warschauer Tagesberichts vom 17. August 1917.)

Nr. 222 der Godzina Polski (Lodz)
vom 15. August 1917

führt im Artikel unter der Überschrift: „Wegen der polnischen Armee“ — aus, daß die letzten Ereignisse in den Legionen auch ihr Gutes haben, nämlich, daß die öffentliche Meinung sich davon Rechenschaft zu geben beginnt, worauf in Wirklichkeit die Agitation der Polnischen Heeresorganisation P. S. D. abzielte. Das Blatt verweist darauf, daß das Organ der P. S. D. — „Kzadi Wojsko“ — die wirklichen Ziele dieser Organisation keineswegs unter den Scheffel stellte. Im „Kzadi Wojsko“ (Nr. 10) im Artikel: „Wie ist das polnische Heer zu bilden?“ — heißt es: „Der einzige Weg der Bildung des Heeres ist, sich um die Zentralstaaten nicht zu kümmern.“ Da diese die nationalen polnischen Bedürfnisse nicht verstehen wollen oder können, müsse man selbst die Sache in Angriff nehmen, und zwar gilt es: „1. die P. S. D. in beiden Okkupationsgebieten offenkundig zu machen; 2. Werbebüros zu eröffnen, die zum Eintritt in die P. S. D. auffordern würden; 3. in einem Aufrufe aufzuklären, warum

der Staatsrat nicht Gebrauch machen könne von der Offerte Österreich-Ungarns, die Legionen als Adres der polnischen Armee zu verwenden, wie von der deutschen Offerte, das Heer auszubilden und auszurüsten; gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, wovon das Einverständnis in dieser Hinsicht abhängig sei." — Weiter weist die „Godzina Polski“ darauf hin, daß im „Rząd i Wojsko“ beständig betont wurde, daß ein Einvernehmen nur dann erzielt werden könne, wenn die oberste Leitung und die Diktatur in den Angelegenheiten des Heeres Piłsudski übertragen wird. Andernfalls müßte man die Legionen auflösen und die P. S. D. zu Adres des Heeres machen. Die jetzige Erhaltung der Legionen sei also — führt die „Godzina Polski“ aus — seit langem beschlossen gewesen, und zwar in der Hoffnung, sie durch die P. S. D. mit Piłsudski an der Spitze zu ersetzen. Es sei aber nicht gelungen, den polnischen Soldaten zu demoralisieren. Da die konspiratorisch-politischen Elemente die Legionen verlassen haben, sind die übriggebliebenen 8000 Mann ein umso sichereres Material für die Bildung von Adres. Die aktivistischen Kreise seien der besten Hoffnung, daß die Krisis überstanden werden wird. In dem Momente, „da wir das Bildungswesen, die Justiz, die Finanzen, die wirtschaftlichen Angelegenheiten in die Hände bekommen“, wäre das Zersprengen der Legionen eine verbrecherische Tat. Auch die Sympathie für die russische Revolution sei gänzlich abgeklaut. Die russischen Beispiele beweisen aller Welt ad oculos, was eine politisierende Armee wert ist. Weiter beruft sich das Blatt auf den „Czas“, welcher verlangt, daß in den Legionen eine Umgruppierung erfolge. Die disziplinierten Teile der Legionen müssen abgefordert werden, damit sie zu Adres der polnischen Armee werden. Wenn man noch kriegsgefangene polnische Unteroffiziere aus den österreichischen und deutschen Lagern heranziehen würde, könnten diese Adres 10 000 Mann zählen. Übrigens könnten auch die politisierenden Regimenter nach Wegschaffung der Agitatoren saniert und militärisch brauchbar gemacht werden. Die Adres werden einer — acht Wochen währenden — Ausbildung unterzogen werden und werden im Oktober bereit sein, sich durch neue Aushebungen zu erweitern. In welcher Weise die Aushebung erfolgen soll, darüber werden der Staatsrat oder vielleicht schon der polnische Ministerrat entscheiden.

(Aus Nr. 170 des Warschauer Tagesberichts vom 16. August 1917.)

Aus Nr. 195 des Głos Narodu (Krakau)
vom 18. August 1917.

Um Hilfe für die internierten Legionäre.

Infolge der jämmerlichen Verhältnisse, in denen sich die in den Gefangenlagern in Szczywno, Ostrowo und Benjaminowo untergebrachten polnischen Legionäre befinden, hat ein in Krakau gebildeter Hilfsausschuß einen Aufruf erlassen, der zur schleunigen Rettung der an den Rand des Elends gebrachten Legionäre auffordert. „Auf Galizien — so lesen wir in dem Aufrufe — das zuerst bewaffnete Scharen von Legionen in den schweren, aber ehrenvollen Kampf geschickt hat, lastet die Pflicht, die Aktion einzuleiten, sie zu entwickeln und die Zusammengehörigkeit mit den durch die Kette des Kriegskordons von uns getrennten Landsleuten kundzutun. Zu diesem Zwecke hat sich in Krakau ein Ausschuß von Leuten guten Willens gebildet, der Vertreter aller Schichten des Volkes ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit umfaßt.

Der Ausschuß hofft, daß diese Worte im ganzen Lande eine elementare Aktion zwecks Hilfeleistung für die Legionäre in Szczywno, Ostrowo und

Benjaminowo veranlassen wird, und richtet an die Volksgesamtheit die heiße Bitte, seine Anregung schleunigst und ausgiebig zu unterstützen.

Mögen im ganzen Lande, — in Städten und in Städtchen — Ausschüsse zur Hilfe der internierten Legionäre entstehen! Möge der polnische Soldat wissen, daß er nur einen, aber treuen Verbündeten, das polnische Volk — in allen Teilen des zerrissenen Vaterlandes besitzt.

Alle Spenden sind in vom Ausschuß herausgegebene besondere Listen einzutragen, sowie zu Händen der Schriftleitungen der polnischen periodischen Zeitschriften zu übersenden.

Das Hilfskomitee für internierte und freigelassene Legionäre.

(Es folgen einige Duzend von Unterschriften der Ausschußmitglieder.)

Nr. 209 des Głos (Warschau)
vom 19. August 1917

bringt unter dem Bericht seines Spezialkorrespondenten über „150 Tage des revolutionären Regiments in Tarnopol“ einen Abschnitt über die polnische Division. Hervorgehoben wird, daß die polnischen Soldaten im russischen Heere ein starkes Interesse an der politischen Entwicklung im Königreich haben und auf sie große Hoffnungen setzen. Auch in der Umgegend Tarnopols waren sie gegen die Bildung eines polnischen Heeres und nur für die Aussonderung der Polen aus dem russischen Heere. Während der Revolutionszeit tauchte unter ihnen sogar der Wunsch auf, auf die andere Seite überzugehen, doch weigerten sich die Offiziere aus soldatischem Ehrgefühl und wegen der Lage der Polen in Rußland. Schließlich verlangten sie, daß die Division ihre eigene Artillerie bekäme. Zu der Division, die sich glänzend schlug, gehörte auch das von Stanislaw her bekannte Ulanenregiment.

(Aus Nr. 173 des Warschauer Tagesberichts vom 20. August 1917.)

Nr. 407 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 15. August 1917

beleuchtet unter der Überschrift „Das wichtigste Lösungswort“ zwei Ereignisse der letzten Tage: Das tragische Schicksal der polnischen Ulanen in den Kämpfen bei Stanislaw und die Rückkehr des Obersten Minkiewicz aus der russischen Kriegsgefangenschaft. Diese Ereignisse stehen mit den politischen Angelegenheiten des Landes in sichtbarer Verbindung. Eine Abteilung der polnischen Ulanen auf russischer Seite wurde bei Stanislaw dezimiert und der Rest gefangen genommen. Ihr verwundeter Oberst bringt ein Hoch auf den Staatsrat und eine mächtige polnische Armee aus. — Der aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückkehrende Legionsoberst Minkiewicz sieht mit Verwunderung und mit Schmerz, daß die polnische Armee noch nicht gebildet wird, sondern daß im Gegenteil unter den Legionen Parteihader herrscht. Er leistet demonstrativ den Fahneneid vor der Front seines Regiments. Diese fast gleichzeitigen Stimmen polnischer Soldaten auf zwei verschiedenen Stellen der Front sprechen einmütig für die Bildung einer polnischen Armee im Lande. Dieses Lösungswort sollte als Warnungsrakete unter diejenigen fahren, die über Passivität und Neutralität streiten. Es handelt sich nämlich darum, ob wir bei der Kriegsabrechnung nur als Gegenstand des Handels, als um Gnade flehende Sklaven, oder als Partei dastehen werden.

(Aus Nr. 173 des Warschauer Tagesberichts vom 20. August 1917.)

Nr. 406 des Goniec (Warschau)

vom 17. August 1917

bringt nach dem „Zeniec“ (den die polnischen Kriegsgefangenen in Deutschland herausgeben) folgenden Brief des Legionskommandos, der an den Obersten Bytkowski, den ältesten Offizier des polnischen Offiziers-Gefangenenlagers in Helmstedt gerichtet ist. „Vom Advokaten Heydukowski erfuhr ich, daß Sie alle äußeren russischen Embleme abgelegt und sie durch Embleme des polnischen Heeres ersetzt haben. Mit großer Freude und Rührung begrüße ich diesen Ihren Schritt, meine Herren, durch den Sie nach außen die geistige Zugehörigkeit zu uns manifestieren und jedermann den Wunsch zeigen, in der polnischen Armee um des Wohls und der Größe des uns teuren Vaterlandes willen zu dienen. Ich bitte Sie, mir zu glauben, daß die Angelegenheit der Herren nicht vergessen wurde, daß ich für sie fortwährend lebhaftes und warmes Interesse habe und daß im gehörigen Momente Schritte getan werden, um Sie ehestens Polen wiederzugeben und in unseren Reihen als liebe und erwünschte Waffengefährten zu begrüßen. Mögen diese Worte auch ferner Ihre Geduld und Ausdauer stärken, deren Sie bisher so viele Beweise gebracht haben. Ich füge herzliche Grüße für den Herrn Obersten und alle Offiziere des Lagers in Helmstedt in meinem und der mir unterstellten Offiziere Namen bei. Unterzeichnet sind: Oberst Zieliński und Oberstleutnant Verbecki.

(Aus Nr. 172 des Warschauer Tagesberichts vom 18. August 1917.)

Aus Nr. 195 des Głos Narodu (Kraukau)

vom 18. August 1917.

Das Schicksal der Warschauer Hochschulen.

Aus Warschau teilt uns unser Berichterstatter unter dem 15. d. Mts. folgendes mit:

Es naht die Zeit, in der die Eröffnung der Universität und der Technischen Hochschule in Warschau aktuell und brennend werden wird. Obgleich die Vorbereitung der Eröffnung der höheren Unterrichtsanstalten Warschaws unter neuen Verhältnissen nicht viel Zeit erfordert, müßten zwecks Ermöglichung der höheren Studien im bevorstehenden neuen Schuljahre doch schon heute entsprechende Schritte getan werden.

Außer der Jugend, die ihre Studien auf der Universität und der Technischen Hochschule unterbrochen hat, warten auf die Eröffnung der höheren Lehranstalten Hunderte neuer diesjähriger Abiturienten. Indessen sind noch gar keine Anzeichen vorhanden, die auf die Eröffnung dieser beiden Hochschulen hindeuten.

Wie in der Abteilung des Staatsrats für öffentlichen Unterricht versichert wird, steht diese Angelegenheit mit der Überweisung des gesamten Schulwesens im Königreiche Polen an die polnischen Behörden in engem Zusammenhange. Etwas Erfreuliches ist in dieser Versicherung nicht, weil die Frage der Übergabe des Schulwesens auf Schwierigkeiten grundsätzlicher Natur stößt. Diese Sachlage kann noch eine Reihe von Wochen dauern, so daß der Eröffnung der Hochschulen eine Vertagung droht.

Ich erfahre nur, daß der vorläufige Staatsrat an die deutschen Behörden die Bitte gerichtet hat, die Verträge mit den Professoren und den Assistenten dieser beiden Lehranstalten, die am 1. Oktober d. J. ablaufen, nicht zu lösen.

Die deutschen Behörden haben ferner gewisse Ausgaben für Erneuerungsarbeiten an den Universitätsgebäuden bewilligt, die sogar bedeutende Beträge ausmachen. Jedenfalls besteht eine Besorgnis um das Schicksal dieser Lehranstalten trotz der angekündigten Änderungen im Regierungssystem des Königreiches Polen,

und damit muß man ernstlich rechnen. Die Verantwortung für das Schicksal der polnischen Jugend, deren fachlicher Vorbereitung das Land so dringend bedarf, fällt auf die maßgebenden Faktoren.

Nr. 408 des Goniec (Warschau)

vom 18. August 1917

bringt einen Leitartikel „Aus Anlaß der Evakuierung“, in welchem der Warschauer Magistrat und der Stadtrat sehr scharf angegriffen werden, weil sie der Abwanderung der armen Bevölkerung nach Deutschland, wo sich ihnen Arbeitsgelegenheit bot, entgegengewirkt haben. Durch die städtische Philantropie wurde die Not nicht gelindert, im Gegenteil, das Elend wuchs und zum Elend gesellte sich eine fürchterliche Demoralisation unter der der Arbeit entwöhnten Masse. Die Herren, die in der Stadt die Macht hatten, hatten mehrere Gründe, zu verhindern, daß die Arbeitermasse nach Deutschland gehe. Erstens war es ihnen darum zu tun, eine deutsch-feindliche Stimmung zu verbreiten, indem sie gegen die Okkupationsregierung den Vorwurf erhoben, sie wolle Polen entvölkern usw., zweitens dachten sie an das Interesse der polnischen Fabrikbesitzer, die befürchteten, daß die ausgewanderten Arbeiter nicht mehr zurückkehren und ihnen nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Früher haben der Magistrat und ein Teil des Stadtrates bloß gegen die Okkupationsbehörden demonstriert und ihnen alle Schuld am Massenelend zugeschrieben, jetzt sehen diese russophilen Politiker selber die Notwendigkeit der Evakuierung ein. Aber nicht allein der Magistrat sei hier schuld — schließt der Verfasser des Artikels J. M. (J. Makowiecki) — sondern alle die Gruppen und politischen Parteien, welche die Magistratspolitik unterstützt haben, nämlich die Nationaldemokratie einer- und das Nationale Zentralkomitee mit seinen Anhängern andererseits.

(Aus Nr. 173 des Warschauer Tagesberichts vom 20. August 1917.)

Aus Nr. 187 des Naprzód (Kraukau)

vom 15. August 1917.

Das Dombrowo'er Kohlengebiet, das französische Kapital und die deutschen Behörden.

Unter dieser Überschrift finden wir im Lemberger „Kurjer Lwowski“ folgende Mitteilungen aus Warschau:

Die Industrie des Königreiches ist untergraben. Nicht bloß der Krieg hat sie untergraben — (Zensur-lücke).

Es ist nicht an der Zeit, diese Millionenverluste bildlich genau darzustellen, die unserer Industrie infolge des Verhaltens verschiedener „Ausgänge“ und „Anter“ („Kreiszirtschaftsamt“, „Kriegsrohstoffstelle“ usw.) widerfahren sind.

Das werden zu geeigneter Zeit Kreise tun, die sich ihrer und des ganzen Landes Sache werden annehmen müssen.

Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß alle gewerblichen Fragen in den besetzten Gebieten verschwiegen werden sollen. Im Gegenteil. Sie müssen sorgfältig beleuchtet, und den Beteiligten muß der Weg des Schutzes der Interessen der Landesindustrie gewiesen werden.

Das Dombrowo'er Kohlenrevier ist unser nationaler Reichtum, dessen Wert wir erst während des Krieges schätzen lernten, als die Kohle eine so weittragende Rolle spielte.

In den Unternehmungen des Dombrowo'er Kohlenreviers steckt viel fremdes Kapital.

Der Ausbruch des Krieges hat diese Bergwerksfragen sehr verwickelt. Das Kohlengebiet, das in einen österreichischen und einen deutschen Anteil

geteilt wurde, ist unter Zwangsverwaltung gestellt und wird vorzugsweise vom Heere bedient. Das Königreich leidet jetzt schon im dritten Jahre unter einer Kohlennot, obgleich ein unbedeutender Teil der Erzeugnisse dieses Reviers die Bedürfnisse des Königreichs und Litauens decken würde.

Die letzten Zeiten beweisen, daß in diesem Gebiete hinsichtlich der Eigentumsfragen und des Kapitals ernste Änderungen eintreten werden.

Insbefondere hat das General-Gouvernement eine Verordnung veröffentlicht, die die Liquidation der französischen Unternehmungen betrifft. Es heißt, daß diese Verordnung eine freiwillige oder zwangsweise Veräußerung der französischen Kapitalien in den Bergwerksunternehmungen des Dombrow'er Kohlenreviers bezwecken soll.

Gegebenenfalls würde das Verfahren folgende Hüttenwerke betreffen: Czeladz, französisch-russische Gesellschaft; Graf Renard, französisch-italienische Gesellschaft; das Werk Flora; Gesellschaft Sosnowice; die Erzlager der Hütte Bankowo; Malezynski u. Gen. in Neu-Radomsk.

Das ist für uns der wichtigste Zweig der Industrie; aber außer diesem Zweige sind auch noch verschiedene andere Unternehmungen bedroht, die sich französischer Kapitalien bedienen.

Es muß mit Nachdruck unterstrichen werden, daß die Liquidation der französischen Unternehmungen in diesem Kohlenrevier und überhaupt im Königreich für die polnischen Interessen sehr gefährlich und in hohem Maße schädlich werden würde, falls sie zur Tat werden sollte.

Ähnliche Maßnahmen bezüglich französischer Unternehmungen in Deutschland sind durchaus rechtmäßige Vergeltungsmaßregeln für die Maßnahmen der Ententestaaten hinsichtlich deutscher Unternehmungen.

Ganz anders verhält sich aber die Sache, sofern sie ein okkupiertes Land betrifft, wie es das Königreich Polen ist. — (Zensurlücke).

Angeichts der Verkündung der Unabhängigkeit Polens nimmt die Sache einen noch heftigeren Charakter an. Polen befindet sich in der Lage, daß die Entente durch die Anordnung der Liquidation der französischen Unternehmungen nicht viel verliert, die Interessen Polens aber einer großen Gefahr ausgesetzt werden. Denn die Liquidation der Unternehmungen von Staatsbürgern der Entente-Staaten im Königreich Polen könnte die Anwendung ähnlicher Maßnahmen gegenüber den polnischen Unternehmungen in den Ländern der Entente, insbesondere in Rußland nach sich ziehen.

Denn man muß bedenken, daß sich in Rußland Millionen von Polen, polnische Kapitalien und Fabriken befinden, die teils zwangsweise, teils wegen Besetzung dorthin gelangt sind. Für die Polen würde es also sehr unangenehme Folgen haben, wenn die Ententestaaten nach § 1 der Entschließung der Pariser wirtschaftlichen Konferenz vom 14.—17. Juni 1916 in ähnlicher Weise vorgehen würden.

So stellt sich die Sache vom allgemeinen Standpunkte aus dar. Wir Polen müßten bedenken, daß die Liquidation derjenigen Unternehmungen, die mit französischem Kapital arbeiten, auch sehr stark das polnische Kapital bedrohen würde.

Denn die Teilnahme der polnischen Kapitalien an diesen Unternehmungen ist eine sehr ansehnliche. Der größte Aktionär der Bankhütte ist ein Pole, Herr Riesenkampf, Vorsitzender des katholischen Wohltätigkeitsvereins in Petersburg.

Der einzige wirkliche Eigentümer der Konzession der französisch-italienischen Gesellschaft ist der selbe Herr Riesenkampf.

In der Gesellschaft Neu-Radomsk besitzen die selbe Bankhütte und deren Aktionäre fast sämtliche Aktien, und die Gesellschaft Graf Renard gehört ebenfalls fast ganz zur Bankhütte. Laut Statut besteht der Vorstand der Gesellschaft „Flora“ aus lauter Polen: den Herren St. Kotkiewicz, Peter Drzewiecki, Felix Gadowski u.a. Deshalb würde die Liquidation der französischen Unternehmungen für die polnischen Kapitalien sehr schädlich sein. Sie würde in den gegenwärtigen ungeklärten Verhältnissen sehr gefährlich und schädlich auch für die Entwicklung der Anlage sein, deren Dasein für die Zukunft bedroht sein könnte.

Die Erhaltung dieser Unternehmungen und die Vereitelung ihrer Übernahme seitens Fremder ist für die Zukunft unserer Industrie eine Sache von weittragender, erstklassiger Bedeutung. In ihnen konzentriert sich nämlich unsere Bergwerks-Industrie, und mit den genannten Gesellschaften ist der Besitz reicher Kohlengebiete verbunden. Wie wir also sehen, ist diese Liquidation eine schädliche Sache. Sollte sie indessen unvermeidlich sein, dann könnte der polnische Fiskus der einzige Käufer sein.

Die Presse des Kohlengebiets macht über die wichtigsten Bergwerke folgende Angaben:

Die Gesellschaft der Kohlenbergwerke Czeladz: Aktienkapital 3.750 000 Fr. und Amortisationsfonds 2 521 000 Fr. Jährliche Produktion vor dem Kriege über 600 000 To.

„Graf Renard“, eins der ältesten Kohlenbergwerke in Polen. Anfänglich, nach der Eröffnung durch den Grafen Renard, war es deutsch. Nach dem Jahre 1884 ist es überwiegend in französische Hände übergegangen. Eigentum der Gesellschaft sind außer den Kohlenbergwerken eine Röhrenfabrik und eine Brauerei. Aktienkapital 7 686 873 R. Die Dividende betrug im Jahre 1912—1913 400 000 R. Zu dieser Gesellschaft gehören das Bergwerk „Graf Renard“ (Prod. 41 729 To.) und Andreas II. (Prod. 662 472 To.).

Die Sosnowitzer Gesellschaft besitzt ein Kohlen-, ein Galmei- und ein Zinkbergwerk. Aktienkapital im Jahre 1912—13 9 750 000 R., darunter Obligationen für 5 312 437 R. Dividende 12 %. Zu dieser Gesellschaft gehören 6 Bergwerke mit einer jährlichen Produktion von 1 492 795 To.

Eine französisch-italienische Gesellschaft hat von der russischen Regierung das Werk „Koszelom“ auf 90 Jahre gepachtet und außerdem das Werk „Baris“ erworben.

Eine französisch-russische Gesellschaft hat die Galmei- und Zinkwerke „Keden“ und „Thaddäus“ gepachtet. Das Aktienkapital betrug im Jahre 1912—13 2 250 000 R. und der Amortisationsfonds 2 316 653 R.

Die „Bankhütte“ lieferte vorher hauptsächlich Kriegsmaterial für Rußland. Das Aktienkapital betrug 7 425 000 R., der Amortisationsfonds 372 788 R. und der Reservefonds 1 633 863 R.

Nr. 221 des Glos Lubelski (Lublin)
vom 12. August 1917

bringt einen Leitartikel zum Jahrestage der Vereinigung Polens mit Litauen (1569). Nach einem geschichtlichen Überblick heißt es darin u.a.: ... Trotz der schweren, geradezu verzweiferten Lebensbedingungen des nationalen Daseins ruft Wilna mit dröhnender Stimme: Wir wollen mit Polen vereinigt sein! Daher unterstreichen auch wir am Tage der großen Feier, daß wir mit

Litauen vereinigt sein wollen! . . . Vor 500 Jahren hat Grunwald diese Vereinigung geschaffen. Und heute? Heute sind wir getrennt und gezwungen, mit den Widerwärtigkeiten eines Schicksals zu kämpfen, das schlimmer ist als alle Sintfluten, die seinerzeit über Polen dahingebraust sind. Caveant consules! . . .

(Aus Nr. 170 des Warschauer Tagesberichts vom 16. August 1917.)

Aus Nr. 188 des Dziennik Poznański (Posen) vom 21. August 1917.

Für die Vereinigung Litauens mit Kurland.

Der Arbeiterrat in Riga hat eine Entschliessung angenommen, in der die Vereinigung Litauens mit Livland und Kurland zu einem autonomen Staatsorganismus verlangt wird. Die ethnographische Grenze soll von der Bevölkerung der beiden Provinzen selbst bestimmt werden.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 189 des Głos Narodu (Krakau), vom 11. August 1917.

Betrachtungen über die Verhandlungen des polnischen Klubs.

Der Verlauf der letzten Verhandlungen des polnischen Klubs, der sich vor einigen Tagen in Krakau versammelt hatte, ist für die polnische Volksgesamtheit fast ein Geheimnis geblieben. Die Zensur, die nach der Vertagung des Parlaments zu den in der dreijährigen Kriegsdauer erprobten Methoden zurückgekehrt ist, zu Methoden, die im Parlament als für die Volksgesamtheit und den Staat schädlich scharf verurteilt wurden, hat von den Berichten über die Beratungen des Klubs und von den von ihm gefassten Beschlüssen kaum Bruchstücke durchgelassen. Etwas besser wurden über den Verlauf dieser Beratungen die deutschen Zeitungen unterrichtet, die über die polnischen Angelegenheiten weit mehr schreiben durften, als die Polen. Dagegen hat ein telegraphisches Büro fremden Zeitungen mitgeteilt, daß die Volksmenge dem Klub gegenüber eine so drohende Haltung eingenommen habe, daß nur das tatkräftige Einschreiten der Polizei seine Mitglieder schützte.

Es kann und darf jedoch festgestellt werden, daß der Klub in der Regionenfrage einen Beschluß gefaßt hat, der aber von der Zensur in den Zeitungen gestrichen worden ist, und einen zweiten hinsichtlich des Standpunktes des Staatsrates, daß er sich für eine oppositionelle Taktik der Regierung gegenüber erklärt hat, falls sie ihre Stellung Galizien gegenüber nicht ändert. Für den letzten Beschluß stimmten die Konservativen, die Demokraten und die Sozialisten, während sich für eine rücksichtslose Opposition gegen die Regierung die National-Demokraten und die Volksparteiler erklären wollten. — Der schon vor der Sitzung eingebrachte Antrag der Sozialisten auf eine Änderung der Satzungen des Klubs hinsichtlich der Beschränkung des Grundsatzes der Solidarität in ausschließlich nationalen Angelegenheiten ist wohl deshalb fast garnicht zur Verhandlung gekommen, weil er keine Aussichten auf Erfolg hatte, da außer den Sozialisten alle anderen Parteien und — mit einer einzigen Ausnahme — auch beinahe die ganze polnische Presse sich gegen dieses schädliche Experiment erklärt hatten, ja sogar das offizielle Organ der Sozialisten in dieser Sache sich schweigend verhielt.

Die letzte Sitzung des Klubs war eine der vielen Sitzungen, die der Klub abhält, sie hatte durchaus keine große Aufgabe zu erfüllen, nachdem die Frage der Solidarität des Klubs in Wegfall gekommen war. Neben der Stellungnahme zur Regionenfrage in einer Entschliessung, in der auch festgestellt wurde, daß der Klub an dem Beschlusse vom 28. Mai unerschütterlich festhalte, hatte der Klub hauptsächlich über seine Stellung zur Regierung zu entscheiden, und nach dieser Richtung hin hat er entschieden, wie er den Umständen nach entscheiden mußte. Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß der Klub seine Opposition aufrechterhalten muß, weil die Regierung ihr Verhalten dem Lande gegenüber nicht geändert hat. Das ist natürlich nur eine aus den Grundsätzen des parlamentarischen Lebens sich ergebende Opposition gegen die Regierung, nicht gegen den Staat, was der Klub in einem anderen Beschlusse festgestellt hat, in dem er dem Monarchen aus Anlaß der Befreiung des Restes von Galizien seine Huldigung darbrachte.

Es könnte also scheinen, daß nichts geschehen sei, was die Gemüter erregen könnte. Indessen griff das hiesige Organ der Konservativen in einem leidenschaftlichen Artikel den polnischen Klub wegen seiner Politik gegenüber der Regierung an, wiewohl die konservativen Mitglieder des Klubs für den Antrag, in der Opposition zu verbleiben, gestimmt hatten.

Nach dem „Głos“ stehen die Beschlüsse des Klubs miteinander in Widerspruch, sind schwankend, inkonsequent, haben keine Anziehungskraft und sind nicht imstande, auf die Volksgesamtheit einzuwirken. Ferner wird dort gesagt, daß „im Klub eine niemals dagewesene Verwirrung herrsche“, daß „die Mehrheit des Klubs kein praktisches Programm habe“ usw. Der Grund für alles dies soll der sein, daß der Klub auf dem Boden seines Beschlusses vom 16. Mai (Antrag Tetmajer) und des Krakauer Beschlusses vom 28. Mai, der „über den Kreis der realen Politik hinausgeht“, verharret. Und es bedeutet nichts für den „Głos“, der immer forderte, man müsse sich der Leitung des polnischen Klubs fügen und dürfe dessen Beschlüsse nicht angreifen. Dieser Standpunkt verpflichtete den „Głos“ damals, als die Konservativen im Klub regierten. Heute aber, nachdem sie im Klub in die Minderheit geraten sind, bekämpft der „Głos“ rücksichtslos die Politik des Klubs, obgleich er immer den Grundsatz der Solidarität bei dem Auftreten nach außen predigte, obgleich er wohl sehr gut weiß, wie sehr gerade solche Artikel dem Ansehen und der Kraft dieses Klubs in Wien schaden. Aber es bedeutet für den „Głos“ gar nichts, daß sich mit dem Beschlusse vom 28. Mai durch den Mund des Grafen Józef Tarnowski diejenige Partei solidarisch erklärt hat, deren Organ er sein will. — Der „Głos“ trägt kein Bedenken, die Konservativen zu verleugnen, ja noch mehr — er beschuldigt sie ausdrücklich des Mangels an Mut, der Feigheit und schreibt, daß sie für diese Entschliessung vom 28. Mai „unter dem Einflusse der im Lande hervorgerufenen Stimmung und des in Krakau ins Werk gesetzten Terrorismus“ gestimmt hätten. Welchen Wert haben denn solche Abgeordnete, die sich als die Elite, als nüchterne, reale Politiker betrachten, wenn sie Stimmungen erliegen und den Terrorismus fürchten? Und worin bestand denn der Terrorismus in Krakau am 28. Mai? War das etwa Terrorismus, daß dem polnischen Klub Tausende von Unterschriften aus dem Lande vorgelegt wurden, die sich mit der Erklärung von Professoren bei den Universitäten solidarisch erklärten, daß sich vor dem Gebäude ganz Krakau, vom Universitätsprofessor bis zum Arbeiter, versammelte? Und wäre einem der Abgeordneten ein Haar gekrümmt worden, wenn er sich gegen die Entschliessung erklärt hätte? Ein solcher war ja darunter, und er ist trotz des „Terrorismus“ heil davon gekommen? Glaubt der „Głos“ etwa, daß er imstande sei, den Mairuf,

der sich der Brust der ganzen Volksgeamtheit ent-
rang, hinsichtlich seiner Bedeutung zu erschüttern,
wenn er sagt, daß dies eine Arbeit der National-
Demokratie und der Sozialisten gewesen sei, obgleich
er weiß, daß dies nicht wahr ist?

Da der „Czas“ aber offenbar fühlt, wie schwach
seine Stellung ist, sucht er eine noch andere Waffe,
eine so edle Waffe wie die Unterstellung. Nach dem
„Czas“ stimmten für den Maibeschluß die National-
demokraten — „auf Anweisung der Lausanner Agentur,
denn er entsprach ihrer breitspurigen Orientierung“ —
und die Sozialisten stimmten dafür, weil „die russische
Revolution sie in dieser Beziehung mit den National-
demokraten verbrüder“ habe. Und weil den Volks-
parteilern Breitspurigkeit nicht so leicht vorgeworfen
werden kann, erklärt der „Czas“ ihren Anschluß an
die Anhänger der Entschliebung als eine Nachgiebigkeit
gegenüber der Nationaldemokratie und der Neigung,
ihrer durch den Druck des Krieges hervorgerufenen
oppositionellen Gesinnung Ausdruck zu geben. Einem
ehemaligen politischen Busenfreunde, der Sozial-
demokratie, macht der „Czas“ geradezu den Vorwurf,
daß sie, „durch die russische Revolution, Republik und
Anarchie geblendet, den Herren Grabzki und Skarbek
recht gebe und sich mit der National-Demokratie ver-
bünde, um das polnische Heer zu zerschlagen und die
Erlösung Polens im Sinne des Aufrufs des Groß-
fürsten Mitolauz abzuwarten, der jetzt durch die russische
Republik gewährleistet wird“. Freunde sind in einen
Streit geraten, und solche Verfeindete sollen einander
am feindlichsten sein; aber von seinen noch unlängst
gewesenen Freunden hat der „Czas“ eine neue Methode
des Kampfes gelernt, die Szujzki, Popiel oder Tar-
nowski nicht kannten. Auch heute, wo Friede not-
wendig ist, der Friede, zu dem der „Czas“ so oft
gemahnte, greift dieses Blatt — etwa mit Einwilligung
derjenigen, die hinter ihm stehen? — zu einer solchen
Waffe, die die Hände besudelt. Die auf diese Weise
überfallenen werden sich schon selbst wehren. Aber
auch für uns, die wir abseits stehen, ist es nicht gleich-
gültig, welcher Waffen man sich im politischen Kampfe
bedient, und dazu noch in so schweren, für unser
Vaterland entscheidenden Zeiten. Es ist ein trauriger
Anblick, wenn in wilder Parteinut die Verhältnisse
noch zugepökt, die innere Zerrissenheit in der Volks-
geamtheit vertieft und gleichzeitig — wie zum Hohn
— der Grundsatz einer unbedingten Solidarität des
polnischen Klubs gepredigt werden. Wahrlich —
solche Artikel werden wohl eine ungewöhnliche Stütze
der Solidarität sein.

Aus Nr. 370 des Czas (Kraakau)
vom 11. August 1917.

Die Sorge.

Vor einigen Monaten herrschte in Galizien und
in noch höherem Grade im Königreich Polen ein un-
geheurer Optimismus bezüglich der weiteren Ent-
wicklung der polnischen Frage. Die Analyse von Ge-
sprächen namentlich mit Landsleuten aus dem König-
reich führte uns zu erstaunlichen Ergebnissen und
durchaus unerwarteten Quellen dieses Optimismus.
Ohne jegliche Übertreibung kann man behaupten, daß
sich das Bild der internationalen Lage in vielen pol-
nischen Köpfen in außerordentlich einfachen Umrissen
darstellte. Die Mittelmächte haben die Unabhängigkeit
Polens anerkannt; alsdann ist sie vom Präsidenten
der Vereinigten Staaten proklamiert worden; später
ist der Akt der revolutionären russischen Regierung
und darauf die Erklärung der Westmächte und Italiens
gekommen. Alle diese Akte werden nun zusammenge-
zählt, und wir erhalten Polen in den Grenzen vom
Jahre 1772.

Die Gradlinigkeit einer solchen Beweisführung
ist direkt erschreckend. Sie ist der Beweis eines solchen
Dilettantismus in Angelegenheiten internationaler Po-
litik, wie wir ihn in keinem anderen entscheidenden
geschichtlichen Augenblicke, weder zur Zeit der Teilung,
noch in den Jahren 1807, 1815, 1830 oder 1863
wahrgenommen haben.

Es schien, daß keiner dieser Optimisten sich Rech-
enschaft darüber ablegt, daß einerseits der Akt vom
5. November 1916, andererseits alle andern inter-
nationalen Akte in der polnischen Frage schon deshalb
nicht gleichwertige Größen sein können, weil der erstere
von Staaten ausging, die sich im Besitze von polnischen
Gebieten befanden, während die andern ausnahmslos
Akte „in partibus“ waren. Niemand hat bemerkt,
daß auch unter diesen Akten in partibus ein grund-
sätzlicher Unterschied zwischen der Proklamation der
russischen Regierung und den Akten der Bundesgenossen
Rußlands besteht. Jene hatte eine zwar begrenzte,
jedoch unmittelbare, diese nur eine nebensächliche Be-
deutung. Denn es ist klar, daß die Westmächte, vor
allem aber Frankreich, solange auch nur ein russisches
Korps gegen Österreich-Ungarn und Deutschland kämpfen
wird, ihre Stellung in der polnischen Frage der
Stellung Rußlands anpassen werden. An diese Ab-
hängigkeit der Stellung Englands und Frankreichs in
unserer Sache muß man immer denken, wenn man
ihre Aussichten für die Zukunft betrachtet.

Was aber Rußland selbst anbelangt, so sieht wohl
jedes Kind, daß dessen politische Verhältnisse vom Augen-
blick des Revolutionärsausbruchs an in einem beweglichen
Zustande sind, so daß man die Richtung ihrer Ent-
wicklung durchaus nicht voraussehen kann und daß,
wie ein baldiger Sieg der Reaktion nicht aus-
geschlossen ist, so auch im Zusammenhange mit dieser
Möglichkeit eine neue Änderung der Stellung in der
polnischen Frage, die Rückkehr zum Programm der
Autonomie oder noch weiter rückwärts durchaus möglich ist.

Alles dies sind elementare Dinge, die in Lau-
sanne ebenso gut bekannt sind wie hier. Wenn die
berühmte Agentur trotzdem und wider besseres Wissen
vom Frühjahr dieses Jahres an jenen naiven Opti-
mismus propagiert, von dem wir reden, wenn sie die
Quelle jenes seligen, stumpfsinnigen Entzückens über unsere
internationale Lage geworden ist, das sich im April
und Mai im Gesichte eines jeden „modernen Polen“
malte, wenn sie von der Zukunft des Landes sprach,
so hntte sie dazu ihre Gründe. Den Passivismus in
vollem Umfange aufrecht erhalten und den Bau des
Staates im Rahmen des Aktes vom 8. November nicht
zulassen kann man wirksam nur dann, wenn man aus
der Seele des Polen die Unsicherheit und Sorge um
die staatliche Zukunft Polens vertreibt, wenn man ihm
die Überzeugung beibringt, daß ein großes, mächtiges
und ungefährdetes Polen eigentlich schon besteht und
daß jeder selbständige Schritt alles verderben könnte.

Von allen schweren Sünden der Anhänger der
Lausanner Agentur besteht die schwerste darin, daß sie
in dem seit der Teilung bedeutungsvollsten Augenblicke
in Polen jene sorglose, heiter gedankenlose Stimmung,
jene politische Sorglosigkeit zu einer Zeit hervorgerufen
haben, in der es sich um unsere ganze Zukunft handelt.
Gebe Gott, daß diese leichtfertige und leichtsinnige
Arbeit unsern Emigranten nicht einst allzu schwer und
schrecklich auf ihrem Gewissen lastet.

Erst auf dem Hintergrunde dieser Arbeit kann
man den Geist verstehen, aus dem jene Maibeschlüsse
des polnischen Volkes hervorgegangen sind. In dem
aus den Lausanner „Informationen“ hervorgehenden
Anfall von Optimismus kann und muß man wenigstens
in politischer Beziehung „den Gürtel weiter schnallen“,
wie man in der klassischen Epoche des Neutralismus
in Polen — zur Sachsenzeit — zu sagen pflegte.
Daher erhob man den Antrag Tetmajer zum Beschluß

Heute ist von dieser seligen Stimmung nicht viel übrig geblieben, — sogar an seiner Quelle in Lausanne. Heute bringt Herr Daszynski dem polnischen Klub aus Stockholm eher gedrückte Stimmungen, und vielleicht aus diesem Grunde nimmt seine Partei den Aufbau des polnischen Staates in Verbindung mit den Mittelmächten in ihr Programm wieder auf. Von den Maistimmungen ist nur eine Unklarheit und eine noch nie dagewesene Verwirrung der Begriffe übrig geblieben. Herr Moraczewski summiert in alter Weise alle diplomatischen Akte in der polnischen Frage und führt eine wunderliche Arbeitsteilung am Wiederaufbau Polens zwischen den beiden kämpfenden Parteien durch, und der „Naprzód“ droht sogar den verbündeten Volksparteilern Höllestrafen an, wenn sie von den Maibeschlüssen zurücktreten sollten.

Wie sich jene politische Arithmetik des Herrn Moraczewski und die Flüche des „Naprzód“ mit den Stockholmer Informationen des Herrn Daszynski vereinigen lassen, — das weiß der liebe Gott! Das eine ist sicher, daß bei den letzten Beratungen des Klubs seit langer Zeit zum ersten Male eine noch kaum faßbare, aber schon leicht herauszufühlende — Sorge auftauchte. Wir wollen hoffen, daß sie den Anfang einer Ernüchterung und Gesundung andeutet.

Aus Nr. 374 des Czas (Kraau)
vom 14. August 1917.

Hestigkeit und Schwäche.

Zum hundertsten Male haben wir seit den denkwürdigen Maitagen die feierliche Behauptung gehört, daß der vorläufige Staatsrat ein „toter Körper“ sei, mit dem niemand jemals und irgendwo rechnet. Eigenartig ist es, daß die Sozialisten seit einigen Monaten immer wieder die Notwendigkeit fühlen, diesen toten Körper von neuem totzuschlagen. Jetzt behauptet einer von ihnen, daß der Staatsrat überhaupt nicht bestehe, da ihm die Rechte von Anfang an nicht angehört habe und die Linke vor kurzem aus ihm ausgeschieden sei. Fürwahr der Typus eines auf einem Spiel mit Worten beruhenden Trugschlusses! Nicht die Rechte hat sich im Dezember v. J. vom Staatsrat zurückgezogen, sondern die sogenannte Zwischenparteiliche Fraktion, die von solchen „rechtsstehenden“ Elementen geführt wird, wie es die Nationaldemokratie und die Polnische Fortschrittspartei sind. Dem Staatsrat gehören aber von Anfang an Leute an, die politisch und sozial zur Rechten gehören, wie Graf Adalbert Kostworowski und Herr Ludwig Górski.

Der selbe sozialistische Redner gab großmütig zu, daß der Staatsrat — trotz des Fehlens jener „Rechten“ — manch schönes Blatt in seiner bisherigen Geschichte aufzuweisen hat. Natürlich habe dies mit dem Austritt der Linken aufgehört.

Wir geben offen zu, daß wir den Austritt der Linken für eine bedauerliche Tatsache halten und gehalten haben, da nach unserer Ansicht das Unglück des Königreichs nicht in der Kraft und Tätigkeit der Passivisten, sondern in der gegenseitigen Bekämpfung und Schwächung der Aktivisten besteht. Aber der Austritt der Linken aus dem Staatsrat konnte den Staatsrat an sich nicht schwächen und hat ihn nicht geschwächt, da die Linke, wie es sich namentlich in der Angelegenheit Pilsudskis gezeigt hat, heute politisch ein sehr dürftiges und schwaches Gebilde ist. Und wahrscheinlich ist entweder dieses traurige Bewußtsein oder die Verzweiflung gerade aus diesem Grunde wahrscheinlich die tiefste Ursache der Gereiztheit der sozialistischen Redner bei den Beratungen des Polnischen Klubs in diesem Monat.

Die Kraauer Beratungen des Polnischen Klubs zeigten einen scheinbar sonderbaren Widerstreit, nämlich

einen ungeheuren Wankelmut und Unsicherheit in den Anschauungen der Parteien der Mehrheit, dabei einen ungeheuren Kraftaufwand an Worten. Es ist das Gegenteil von der Regel: *Suaviter in modo, fortiter in re*. Das bezieht sich, wir wiederholen es — auf die Parteien der Mehrheit, und darin liegt das Originelle der Erscheinung. Denn schließlich kann man die Hestigkeit der Form bei einer Minderheit verstehen, die zur Verzweiflung gebracht worden ist. Aber die Kraauer Beschlüsse zeichneten sich dadurch aus, daß gerade die Mehrheit, die zeitweise sogar ganz verschwindend war, vollständige Ruhe und kaltes Blut bewahrte, während sich die Mehrheit wie in Verzweiflung gebärdete. Dieser Widerstreit war aber nur scheinbar; im Grunde genommen handelte es sich um eine sehr natürliche Erscheinung, die unter den gegebenen Verhältnissen nur zu erklärlich ist.

Wenn überhaupt äußere Hestigkeit so oft innerer Schwäche entspricht, so hat auch hier die Leidenschaftlichkeit des Wortes dazu gedient, die Unsicherheit der Anschauungen zu verdecken. Mancher von den Rednern der Mehrheit machte den Eindruck eines Wanders, der im dunklen Walde des Zweifels, der Befürchtungen und innerer Qualen laut ruft, um sich Mut zu machen.

Das bezieht sich vor allem auf die Sozialisten, die ihre Verantwortung für die durch die Maibeschlüsse hervorgerufenen Niederlagen auf dem Gebiete der inneren Politik durch äußerste Hestigkeit des Wortes in der allgemein polnischen Sache zu verdecken suchten. Aber auch auf diesem Gebiete machten sie eher den Eindruck von Verzweifelnden als von Siegern.

Keine rednerischen Kunststücke, namentlich aber solche, deren Wert und Niveau recht problematisch sind, wie die Belegung der schönsten und heldenhaftesten Gestalten der Legionen mit verächtlichen Bezeichnungen, können die Sache auf den Kopf stellen und das instinctive Gefühl im Volke, wer dem polnischen Heere entgegenarbeitet, überwältigen. Dagegen hilft nichts — auch nicht das lauteste Schreien! Bei denen, die ein Heer wollen und glauben, daß es einen Staat ohne Heer nicht gibt, haben die Sozialisten und ihre Anhänger im Königreich das Spiel verloren. Und man müßte ihnen in ihrem eignen Interesse wünschen, daß sie es auch im Heere verlören. Denn sie wissen selber genau, daß ihr gewonnenes Spiel das Ende des Heeres bedeuten würde und daß sie die Verantwortung für eine solche nationale Katastrophe nicht tragen könnten.

Daher kommt auch die Hestigkeit ihres Auftretens, daher ihre verzweifelten Versuche, dem Klub und der Volksgesamtheit einzureden, daß der Staatsrat nicht bestehe. Es sind dies vergebliche Bemühungen, den bereits angerichteten Schaden zu verdecken und vielleicht auch die Stimme des eigenen Gewissens zu betäuben.

Aus Nr. 187 des Naprzód (Kraau)
vom 15. August 1917.

„Bündnisse“ mit den Sozialisten.

Die menschliche Geduld hat gewisse Grenzen. Daher können wir nicht länger geduldig anhören, was der „Czas“ schreibt, seitdem ihn die Manie des Kampfes gegen die Beschlüsse vom 28. Mai beherrscht. Namentlich eine Note in dem Chaos der Verzweiflung der Anhänger des „Czas“ klingt so falsch, daß man sie endlich richtigstellen muß.

Wir haben hier im Sinne das Operieren des „Czas“ mit dem Vorwurf des „Bündnisses mit den Sozialisten“, dem angeblich immer andere Parteien angehören.

In keinem Munde klingt dieser Vorwurf so lächerlich, wie gerade im Munde des „Czas“.

Der „Gzas“ weiß es nämlich besser als jeder andere, wie schwer es ist, „Bündnisse“ mit den Sozialisten zu schließen. Er weiß genau, daß die Sozialistenpartei die Partei der Arbeiter ist, also der ausgezogenen und politisch benachteiligten Klasse, die eher ein Objekt des Kampfes als des Bündnisses mit irgendeiner bürgerlichen Partei ist.

Der „Gzas“ und die Konservativen wissen aus eigener Erfahrung, wie unmöglich es war, mit den Sozialisten ein Bündnis zu schließen! Wir erinnern nur an den bekannten „Blok“ des H. Bobrzynski. Sie haben damals die Demokraten (nach dem Duell des H. Leo mit H. Jaworski und nach dem Verrat des Dr. Leo, der in einer Nacht aus einem Konservativen Demokrat geworden ist) und die Herren Stajnski und Dlugocz für sich gewonnen; aber mit den Sozialisten wagten sie nicht ein einziges Wort über irgendeinen „Blok“ zu sprechen, zu dem die Sozialisten auch nie gehört haben.

Der „Gzas“ und die Konservativen wissen genau, was die Sozialisten sind, und wenn es aus der Geschichte des Obersten Nationalen Komitees wäre, die vor kurzer Zeit gespielt hat. Sie wissen, daß trotz der süßesten Worte die Sozialisten niemals ein Bündnis mit den Konservativen geschlossen haben. Sogar damals nicht, als sie zusammen mit Herrn Jaworski den Herrn Stronski aus dem D. N. K. beseitigten, und auch nicht, als sie Herrn Jaworski gegen die leidenschaftlichen Angriffe des Herrn Srokowski verteidigten.

Sobald sich die äußeren Verhältnisse änderten, traten die Sozialisten mit ganzer Kraft gegen denselben Herrn Jaworski auf.

Der „Gzas“ weiß, daß es auch in den letzten Monaten Herrn Bobrzynski nicht gelungen ist, die Sozialisten zu einem „Bündnis“ bei der Arbeit an der Sonderstellung Galiziens zu gewinnen, obwohl sie in mancher Beziehung auf der Seite Bobrzynskis standen.

Die Konservativen wissen auch genau, daß ihr gegen die Nationaldemokratie gerichteter Vorwurf, sie hätten ein „Bündnis“ mit den Sozialisten geschlossen, eine Unterstellung ist. Aber sie haben weder so viel Selbstbeherrschung noch politischen Anstand, um solche Vorwürfe zu unterlassen. Weder am 16. Mai, noch am 28. und 29. Mai ist die Haltung der Sozialisten aus einem Bündnis mit der Nationaldemokratie hervorgegangen.

Die Haltung der Sozialisten wurde nur durch das grundsätzliche Streben nach der Unabhängigkeit (Zensurklücke) beeinflusst, das seit einem Vierteljahrhundert in ihrem Programm festgelegt war — als noch die Stanczyks ausschließlich Versöhnungspolitik nach allen 3 Fronten waren (Zensurklücke). Auch der Sturz des Zarentums hat sie beeinflusst.

Diesen Einflüssen unterlagen auch die Konservativen. Denn es ist unwahr, daß irgend eine zufällige Mehrheit des Klubs, ein angebliches Bündnis dreier Parteien (Dajzynski, Dlugosz, Glombinski) den Beschluß vom 16. Mai hervorgerufen hatte! Unwahr ist es auch, daß der Klub nach der Aussprache vom 28. Mai den Beschluß vom 16. Mai einer Revision nicht unterziehen wollte.

Im Gegenteil! Der Beschluß vom 16. wurde am 28. Mai einer gründlichen Revision unterzogen, und dies Mal stimmten alle dafür mit Ausnahme des Abg. Abrahamowicz, der zu der heutigen polnischen Generation nicht mehr gehört, und von Lubomirski, dessen politische Schulung leider seinem guten Willen nicht entspricht. Mit 49 gegen 2 Stimmen hat der Polnische Klub sich entschlossen, dem Landtagsklub die Entschliebung vom 16. Mai vorzulegen. Es hat in der Zwischenzeit nicht an Versuchen gefehlt, die Sache irgendwie anders zu drehen. Diese Versuche gingen von den Konservativen und den Demokraten aus;

aber keiner gelang. Noch im letzten Augenblick wurde die Sitzung des Landtagsklubs um anderthalb Stunden verschoben, um den Konservativen Zeit zu lassen, eine andere Formel aufzustellen. Aber sie fanden eine solche nicht.

Eine einfache Analyse der Stimmenzahl (49) wird zeigen, daß für die Entschliebung waren: Volksparteiler (22), Nationaldemokraten (6), Sozialisten (8), und Demokraten (13). Da der Klub 74 Abgeordnete zählt, und am 28. Mai nur 51 im Saale anwesend waren, muß auch ein Teil der Konservativen dafür gestimmt haben.

Wozu also nach geheimnisvollen „Bündnissen“ forschen, wenn am 28. Mai alle mit Ausnahme von Abrahamowicz und Lubomirski ein Bündnis geschlossen haben.

Der „Gzas“ wird ein nicht ernst zu nehmendes Blatt, wenn er glaubt, daß es ihm gelingen wird, solche bestimmte Tatsachen durch Unterstellungen umzugestossen.

Aus Nr. 192 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 15. August 1917.

Unanständige Waffen.

Dem Artikel des „Głos Narodu“ vom Sonnabend unter dem Titel: „Reflexionen über die Beratungen des polnischen Klubs“ widmet der „Gzas“ längere polemische Bemerkungen. Die Aufgabe des Verfassers dieser Bemerkungen war schwer; daher suchte er sich die Arbeit zu erleichtern, indem er über den Vorwurf des Gebrauchs unanständiger Waffen gegen politische Gegner, die doch auch Polen sind, einfach hinwegging und diese Waffe, wenn auch nicht mehr in so drastischer Weise, wiederum zur Anwendung brachte, indem er behauptet, der „Głos Narodu“ hätte, im Dienste der Nationaldemokratie stehend, den Boden zu den Kraukauer Beschlüssen vom 28. Mai vorbereitet; und doch müßte der Verfasser der „Bemerkungen“ im „Gzas“ wissen, welches die politische Richtung des „Głos Narodu“ ist, und daß diese Richtung mit der Richtlinie der Nationaldemokratie nicht übereinstimmt. Übergangen hat der „Gzas“ auch den Vorwurf, daß er den Beschluß des Polnischen Klubs und des Landtagsklubs bekämpfe, für den doch auch die Konservativen gestimmt haben, und beruft sich darauf, daß es im Klub oft scharfe Auseinandersetzungen gegeben habe. Ja! Dazu war sowohl der Polnische Klub als auch der Landtagsklub der richtige Ort! Das bestreitet niemand, und die Herrn Konservativen hätten die Gelegenheit ausnützen sollen, wenn es ihnen an Argumenten nicht fehlte. Aber in dem Augenblick, in dem sie selber für die Entschliebung stimmten, sich hierbei auf den Grundsatz der Solidarität berufend, haben sie anerkannt, daß ein solidarisch gefaßter Beschluß des Klubs wichtiger ist, als eine entgegengesetzte Abstimmung im Sinne „realer Politik“, wie der „Gzas“ diese Politik, die der Entschliebung vom 28. Mai entgegengesetzt ist, dauernd bezeichnet. Indem sie selber für die Entschliebung stimmten, haben sie es als ihre Pflicht angesehen, dieselbe Richtung einzuschlagen, die die Entschliebung bezeichnet, und dem gemeinsamen Streben hilfreiche Hand zu bieten. Möge also der „Gzas“ über diese Frage nicht hinweggehen; denn bei „realer“ Politik muß man immer streng logisch denken. Die Argumente des „Gzas“ werden auch nicht durch den Seitenhieb gestärkt, den er dem „Głos Narodu“ zu versetzen sucht, indem er behauptet, dieser hätte das Bündnis der Konservativen mit den Sozialdemokraten verurteilt, während er das Bündnis der Nationaldemokraten mit denselben Sozialisten nicht verurteilt hätte. Auch wird das Schlussargument nicht erschrecken, daß „kaum“ zwei Monate nach der Entschliebung der „Schatten“ der Gefahr, die

sich daraus ergab, bereits sichtbar wird, nämlich in Gestalt eines ruthenischen Landsmannministers in der öffentlichen Diskussion. Zunächst schreckt uns das Gespenst des „Schattens“ der Gefahr nach „kaum“ zwei Monaten, und zwar in der „Diskussion“ gar nicht, denn man kann es mit anderen Tatsachen näheren Datums besser in Verbindung bringen (siegreiche Offensive in Galizien); schrecken kann ein solches übrigens nur solche Leute, die in der „Sonderstellung Galiziens“ das Ideal der Lösung der polnischen Frage sehen.

Der Betrachtung der polnischen Frage, wie sie sich infolge der Entschliessung vom 28. Mai darstellt, werden wir umfassendere Bemerkungen widmen und sie im Zusammenhange mit den Aufgaben Österreichs und mit demjenigen betrachten, was wir von Österreich als dem mächtigen Bundesgenossen des zukünftigen Polen erwarten können und wollen. Wir lassen uns deshalb auf eine weitergehende Polemik nicht ein. Nicht um die Analyse des ganzen Problems, das sich an die Entschliessung vom 28. Mai knüpft, handelte es sich für uns, sondern nur um die Art des politischen Kampfes, um die Anwendung unanständiger Waffen bei demselben, um die Bekämpfung von Richtlinien des Polnischen Klubs und des Landtagsklubs, die — woran wir noch einmal erinnern — von den Konservativen bis zu den Sozialisten angenommen wurden, um die Untergrabung der Solidarität des Klubs, um die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Parteien durch eine leidenschaftliche Polemik zum Schaden der polnischen Sache. Mit Gründen muß man kämpfen, aber nicht mit der Leidenschaftlichkeit des Tons, und zwar mit Achtung vor dem Gegner, wenn man auch für sich Achtung vor seinen Gegnern verlangt. Das hat der „Gzas“ vergessen. Daran wollten wir den „Gzas“ erinnern, der doch früher selbst leidenschaftliche und in Bezug auf die Kampfmittel nicht wählerische Polemiken immer bekämpft hat.

Aus Nr. 194 des Glos Narodu (Kraakau)
vom 18. August 1917.

Ziele und Mittel.

Es finden Diskussionen über die bekannte Entschliessung vom 28. Mai statt. Obwohl schon über 2 Monate seit Beschliessung oder eigentlich Wiederholung derselben vergangen sind, da der Polnische Klub sie bereits am 16. Mai angenommen hat, so hat sich doch das Urteil darüber noch nicht kristallisiert, wenn die Stimmen der Presse das richtig widerspiegeln, was die Volksgesamtheit denkt. Aber auch damit ist zu rechnen, daß umgekehrt die Presse die Volksgesamtheit derart beeinflusst, daß sie ihre Ansicht der Gesamtheit suggeriert. Es lohnt sich daher, jener Entschliessung noch jetzt einige Bemerkungen zu widmen.

Woher ist sie gekommen? Warum hat sich für sie der ganze polnische Landtags- und Reichsratsklub und fast das ganze Volk erklärt? Kann man die Annahme einer solchen Entschliessung mit dem Einfluß einer einzigen Partei erklären, wie dies einige Blätter behaupten? Die Ursachen, die diese Entschliessung hervorriefen, waren viel tiefer. Sie reichen bis in die fundamentalen Grundlagen unserer nationalen Seele hinab.

Die Polen Galiziens haben sich in ihrer Gesamtheit durch den Mund aller Parteien zu Anfang des Krieges für Österreich erklärt — getreu den Anschauungen, die die galizischen Landtage in den Jahren 1866 und 1868 zum Ausdruck gebracht haben, daß nämlich die Polen in Galizien aus dem Grunde auf der Seite der Habsburger bleiben wollen, weil sie nur auf Österreich als Bundesgenossen bei der Lösung der polnischen Frage, wenn diese einst in Europa aktuell werden wird, rechnen. Das Eintreten für Österreich

in dem Beschluß vom 16. August 1914 ging daher von der Voraussetzung aus, daß dieser geschichtliche Moment gekommen sei und daß Österreich die polnische Frage erneuern werde. Unter Berücksichtigung der Umstände, unter denen Österreich in den Krieg eingetreten ist, nämlich im Bündnis mit Deutschland, formulierte man in Galizien die polnischen Forderungen, welche darin bestanden, Galizien mit dem Königreich zu einem Ganzen als Bestandteil der Habsburger Monarchie zu vereinigen. Man dachte durchaus nicht an ein Polen von Meer zu Meer, nicht einmal an das ganze ethnographische Polen. Es handelte sich also gewiß um ein völlig reales, um ein — minimales Programm.

Trotz des Fehlens einer ausdrücklichen Erklärung der Mittelmächte in Bezug auf die polnische Frage, trotz der nagenden Zweifel aus Anlaß des Schweigens glaubte das polnische Volk, daß wenigstens dieses Programm verwirklicht werden würde. Dieser Glaube wurde weder durch die Teilung Polens unter die Okkupanten, noch durch die unfreundliche Haltung der österreichischen Bureaucratie gegenüber dem Königreich und sogar gegenüber Galizien geändert.

Da kamen die Erklärungen vom 5. November 1916. Die Hoffnungen auf Vereinigung wenigstens zweier Landesteile wurden vernichtet. Begraben wurde ebenfalls die Hoffnung, daß die polnische Frage vor allem durch Österreich gelöst werden wird. Denn nur zu Österreich hatte die polnische Volksgesamtheit Vertrauen. Der verstorbene Monarch Franz Joseph I. hatte dies sehr wohl erkannt. Als jedoch die politischen Ereignisse ihn zwangen, diese Lösung der polnischen Frage vorzunehmen, die von anderer Seite vorgeschlagen wurde, wollte er den Schlag, der den Träumen der Polen über eine Vereinigung wenigstens dieser beiden Landesteile versetzt wurde, durch Ankündigung der Sonderstellung Galiziens mildern.

Die polnische Volksgesamtheit in Galizien wurde durch die Ereignisse betäubt. Im ersten Augenblicke legte sie sich keine genaue Rechenschaft über das, was geschehen war ab. Bald aber klärte sich die Beurteilung der Lage. Man erkannte, daß die Akte vom 5. November, die die Bildung des polnischen Staates ankündigten, die polnische Sache in sehr günstiger Weise vorwärts brachten, daß jedoch die Sonderstellung Galiziens die polnische Sache in Galizien nicht retten würde. Und bald überzeugte man sich auch davon, daß die Zentralbehörden Österreichs durchaus nicht die Absicht haben, die Sonderstellung in so umfassender Weise durchzuführen, wie es der verstorbene Monarch in so herzlichen Worten versprochen hatte, daß große österreichische Parteien die Sonderstellung in der Praxis nur so gestalten wollen, daß die Polen aus dem Parlament ausscheiden, während andere Parteien, die den Polen gegenüber wohlwollender gesonnen sind (Katholiken, Tschechen), die Sonderstellung nicht wünschen, um durch Ausscheiden der Polen ihre Position nicht zu schwächen, da sie in den so wichtigen nationalen und religiösen Angelegenheiten im Parlament auf die Polen als Bundesgenossen rechnen konnten.

Die Zukunft Galiziens hing also an, wenn auch irgend eine Sonderstellung durchgeführt worden wäre, sich recht dunkel zu gestalten. Zu einer Hölle würde das Leben für die Polen nach dem Kriege werden, wenn man die Konsequenzen beachtet, die die Erhaltung Galiziens als gesonderten Landesteils nach sich ziehen würde: die Flucht aller kräftigeren, energischeren Elemente nach Polen, die andauernde Irredenta, die die Polen selbst bekämpfen müßten, die Verschärfung der ruthenischen Frage, die infolge der zahlenmäßigen Kraft des ruthenischen Elements und der Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Ruthenen gegenüber den Polen bedrohlich erscheint, der wirtschaftliche Verfall, da Galizien, das schon vor dem Kriege durch die

westlichen Länder ausgezogen wurde, jetzt, durch den Krieg verwüstet, noch weniger Widerstandskraft haben, noch weniger intellektuelle und materielle Mittel zur Entwicklung seines wirtschaftlichen Lebens besitzen würde. Die Verzweiflung begann sich aller denkenden Männer in Galizien zu bemächtigen, mit Ausnahme derjenigen, die da glaubten, daß es der einzige Ausweg sei, sich von vornherein mit dem Schicksal abzufinden, als wenn die Sache bereits entschieden und keine Rettung mehr möglich wäre.

Das war der Boden, auf dem die Maibeschlüsse zustande kamen. Und wenn in diesen die nationalen Gefühle zum Ausdruck kamen, so waren sie zugleich auch der Ausdruck einer völlig nüchternen Beurteilung der Zukunft, wie sie das abgesonderte Galizien zu erwarten hätte.

Aber es gab noch eine andere unmittelbare Veranlassung zu der Entschliebung. Beschlossen wurde sie von dem Reichsrats- und dem Landtagsklub. Aber durch diese Organisationen sprach sich das ganze Volk aus. In dieser Entschliebung gab das Volk dem Klub eine Direktive. Sogar formell ist dies in die Erscheinung getreten, da der Entschliebung das bekannte Schreiben der Professoren voranging, mit dem sich alsdann die breiten Massen solidarisch erklärten. Für das Volk war ein solcher Beschluß nötig, damit es das Vertrauen zum Klub, das bereits verloren war, wiedergewinne. Der Klub war monatelang, fast während der ganzen Kriegszeit, stumm geblieben, führte eine so sonderbare Politik, daß das Volk sie nicht verstehen konnte und darüber in Zweifel geriet, ob der Klub ebenso fühle wie das Volk. Durch diese Entschliebung ist der Klub aus der Lethargie aufgerüttelt worden, hat sich mit der Volksversammlung vereinigt und öffentlich kundgetan, daß er sich mit ihr solidarisch fühle.

(Zensurlücke.)

Aber ein Fehler wäre es, zu behaupten, daß diese Entschliebung irgendeine grundsätzliche Wendung in der Stellung der galizischen Polen gegenüber Österreich bedeute, daß sie einen Verzicht auf die Akte vom 5. November darstelle.

Bezüglich Österreichs bedeutet die Entschliebung den Vorwurf, daß Österreich seinen vorherigen Standpunkt verlassen hat, daß es sich die polnische Sache aus der Hand nehmen ließ und daß infolgedessen die Hoffnungen der Polen so getäuscht worden sind. Indem sie sich mit Ausdrücken des Vertrauens an den Monarchen wandte, war sie eine Aufforderung an Österreich, die polnische Sache in die eigene Hand zu nehmen. Und es handelte sich nicht um eine leere Phrase, da die ersten Monate der Regierung des jungen Herrschers bewiesen, daß sein Geist weite Horizonte umfaßt, daß er weite Ziele erblickt, daß die Engherzigkeit der Begriffe, die sich in der polnischen Frage so oft bemerkbar machte, nur eine Eigenart der Wiener Bureaucratie ist. Wenn der Klub zur Opposition übergegangen ist, so handelt es sich nur um eine Opposition gegen die Regierung und nicht gegen den Staat, am allerwenigsten gegen den Monarchen, um eine Opposition nur wegen der galizischen Verhältnisse.

Ein Trugschluß ist auch die Behauptung, daß die Polen durch die Entschliebung auf den Akt vom 5. November bezüglich des Königreichs Polen verzichtet hätten. Das polnische Volk ist allzu reif, als daß es annehmen könnte, daß es durch eine Entschliebung das verlangen werde, was es wünsche. Es gibt sich darüber Rechenschaft, daß die Festsetzung der Grenzen des polnischen Staates nicht in erster Linie von ihm selbst abhängen wird. Das polnische Volk hat auch längst den Grundsatz: „alles oder nichts“ in die Rumpfkammer geworfen. Wenn der Schuldner dem Gläubiger einen bedeutenden Teil der Schuld zurückgibt, wird dieser dann die Annahme der Teilzahlung

aus dem Grunde verweigern, weil er alles haben will? Wenn uns Deutschland an Stelle Rußlands den größten Teil Polens zurückgegeben hat und der Schuldner — Rußland — diese Rückgabe nachträglich gutheißt, sollen wir dann das Königreich nicht annehmen und an dem Aufbau des Staates nicht arbeiten? Ist es denn nicht leichter, später das auszubauen, was bereits aufgebaut worden ist?

Die Maienterschliebung ist der Leitstern für die polnische Politik, der darauf hinweist, daß sich die Anstrengungen in der Richtung bewegen, in diesem Kriege so viel als möglich zu erreichen. Sie war deshalb nötig, weil sie dauernd daran erinnert, daß man nicht zu früh verzichten dürfe. Die Bekämpfung dieser Entschliebung bedeutet praktisch einen unnötigen Verlust an Worten und Kraft. Denn heute läßt sich doch nichts mehr daran ändern, daß diese Entschliebung gefaßt worden ist. Für positive politische Arbeit läßt sie ein weites Feld übrig, macht sie durchaus nicht unmöglich, sichert aber die Gedanken vor Verwirrung in den verworrenen kleinlichen Verhältnissen des Augenblicks, vor Verdunklung der großen Ideale durch die kleinen Sorgen der Alltagspolitik.

Aus Nr. 372 des Ozas (Kraukau)

vom 19. August 1917.

„Der Splitter im fremden Auge.“

Nach den leidenschaftlichen Artikeln, in denen „Głos Narodu“, im Dienste der Nationaldemokratie stehend, den Boden für die Kraukauer Beschlüsse vom 28. Mai d. J. vorbereitet und damit bei den nüchternen Politikern Verwunderung und Argernis hervorgerufen hat, ist in diesem Blatte eine gewisse Zurückhaltung eingetreten, die man dem gemäßigten Einflusse derjenigen ernstesten Faktoren zuschrieb, die hinter diesem Blatte stehen. Der Leitartikel dieses Blattes vom 11. d. M. hat diese Illusion zerstreut. Der „Głos Narodu“ ist in diesem Artikel offen auf die Seite der Nationaldemokratie getreten, die die Kraukauer Beschlüsse auf den Boden der realen Politik überleitet, ohne nach den Folgen zu fragen, die sich hieraus für die nationale Sache ergeben. Die Schädlichkeit dieser Politik haben wir in letzter Zeit ganz offen dargelegt, und infolge des Artikels des „Głos Narodu“ werden wir unsere Argumente nicht wiederholen. Einige in diesem Artikel aufgestellten Behauptungen müssen wir aber doch hervorheben und beleuchten.

In den ersten Jahren dieses Weltkrieges sind die Kraukauer Konservativen, treu dem Beschlusse des Landtagsklubs vom 16. August 1914, gegen Rußland aufgetreten und haben niemanden von sich gestoßen, der für diesen bewaffneten Kampf eintrat, also auch nicht die Sozialisten; sie arbeiteten auch mit diesen gemeinschaftlich in dem Obersten Nationalkomitee und in dem polnischen Klub, als sie in den Klub eintraten. Wegen dieser Mitwirkung haben der „Głos Narodu“ und diejenigen Kreise, die er vertritt, den Konservativen schwere Vorwürfe gemacht, die Sache auf den Standpunkt von „Grundsätzen“ gestellt und laut verkündet, daß eine Verbindung mit einer solchen Partei, wie die der Sozialisten ist, für Konservative und Katholiken ausgeschlossen sein müßte und sich durch keinen opportunistischen Grund rechtfertigen lasse. Wir würden einen solchen grundsätzlichen Standpunkt seitens des „Głos Narodu“ sehr wohl verstehen, wenn er bei dem von ihm selbst aufgestellten Grundsatz auszuharren verstanden hätte. Was ist aber geschehen?

Unsere Sozialisten gaben vor einigen Monaten unter dem Einflusse der russischen Revolution die Lösung des Kampfes gegen Rußland auf und traten zur Orientierung der Nationaldemokratie über. Wir erwarteten, daß der „Głos Narodu“ jetzt gegen

die Nationaldemokraten mit einem entschiedenen quos ego auftreten und diese im Namen seiner „Grundsätze“ vor einem solchen Bündnisse warnen werde. Und nachdem die Nationaldemokraten am 16. und 28. Mai das Bündnis mit den Sozialisten geschlossen und mit ihnen im Klub die Mehrheit gebildet hatten, erwarteten wir, daß der „Głos Narodu“ dieses Kompromiß im Namen desselben Grundsatzes, auf Grund dessen er die Mitwirkung der Krakauer Konservativen mit den Sozialisten beständig verurteilte, jetzt umsomehr verdammen werde, als das neue Bündnis nicht zum Zwecke des Kampfes für das Vaterland, sondern zur Vernichtung der Anfänge der polnischen Regierung und der Heeres geschlossen wurde. Mithin hatten wir das Recht, zu erwarten, daß der „Głos Narodu“ die Konservativen dafür belobigen werde, daß sie das „Bündnis“ mit den Sozialisten, wenn auch schon etwas spät, gelöst hatten.

Als wir dieses annahmen, waren wir einfältig. Denn „Grundsätze“ sind für den „Głos Narodu“ augenscheinlich nicht Grundsätze, sondern nur eine Waffe, deren er sich im Kampfe bedient, so lange sie bequem ist, sie aber verwirft, sobald sie unbequem wird. Der „Głos Narodu“ macht den Krakauer Konservativen in der Nummer vom 11. d. M. wegen ihres ehemaligen Bündnisses mit den Sozialisten nochmals einen Vorwurf, bedauert aber fast, daß sie das Bündnis gelöst und sich mit den Sozialisten in einen Kampf eingelassen hätten; von einer Verurteilung der Nationaldemokratie oder von einem Tadel gegen diese wegen ihres Bundes mit den Sozialisten ist in diesem Artikel keine Rede.

Ja noch mehr! In dem Augenblicke, in dem dieses Bündnis zustande kam, und die Mehrheit des Klubs die Beschlüsse vom 28. Mai so unglücklich in die Tat umsetzte, trat der „Głos Narodu“ mit der These auf, daß im Namen der nationalen Solidarität alle verpflichtet seien, die Politik des Klubs unbedingt zu unterstützen, und daß eine Kritik ihrer Erscheinungen und ihrer Folgen, mit der wir hervortreten, eine unpatriotische Tat sei. Dieser Losungen der nationalen Solidarität bedient sich die neue Mehrheit des Klubs bereits in einer früher niemals geübten Weise.

Der Wiener polnische Klub faßte den bekannten Beschluß vom 16. Mai und beschloß gleichzeitig die Einberufung des Landtagsklubs nach Krakau in der selben nationalen Angelegenheit. Da es in dieser höchsten Instanz nicht statthaft war, über den Beschluß vom 16. Mai Erwägungen anzustellen und diesen zu verbessern oder zu ändern, wurde verkündigt, daß der Landtagsklub den Beschluß des Wiener Klubs im Namen der nationalen Solidarität ohne Änderung bestätigen müsse. Die höchste nationale Instanz, der Landtagsklub, wurde dadurch zum Schaden seiner Würde und seines Ansehens zu einem Werkzeug des Wiener Klubs erniedrigt. So verfahren die Konservativen niemals, als sie im Wiener Klub regierten. Die Wiener Beschlüsse wurden im Landtagsklub Gegenstand langer, mitunter tagelanger sachlicher Erörterungen, bei denen die Opposition gewöhnlich gewisse Zugeständnisse erzielte. Jetzt wurde der Landtagsklub zum ersten Mal vor das durch den Terrorismus der Straße unterstützte Verbot der Erörterung gestellt. Und der „Głos Narodu“, der sich zweifellos als Organ der sozialen Ruhe und Ordnung betrachtet, verurteilt diesen Terrorismus nicht, sondern verherrlicht ihn sogar, indem er sagt: „War es Terrorismus, daß vor dem Gebäude (in dem der Landtagsklub in Krakau tagte) sich ganz Krakau versammelte, von den Universitätsprofessoren bis zu den Arbeitern?“

Wir beneiden den „Głos Narodu“ nicht um jene Universitätsprofessoren, die ihre Grundsätze durch die Menge der Straße verbreiten! Wir wollen indessen weiter gehen. Die durch den polnischen Klub in seinen

Satzungen formulierte polnische Solidarität reicht nur so weit, daß in der Vollziehung niemand gegen die von der Mehrheit des Klubs gefaßten Beschlüsse auftreten oder stimmen darf. Dagegen ist es jedem Abgeordneten, der mit dem vom Klub gefaßten Beschlüsse nicht einverstanden ist, gestattet, sich der Abstimmung zu enthalten und sogar den Klub um die Genehmigung zu ersuchen, gegen den betreffenden Beschluß stimmen zu dürfen. Weiter ging die Solidarität niemals und kann auch nicht weiter gehen. Die Erörterungen im polnischen Klub sind nur ausnahmsweise vertraulich und auch nur dann, wenn sie durch taktische Gründe geboten sind. Im übrigen werden die Erörterungen des Klubs zur Aufklärung der öffentlichen Meinung des Landes veröffentlicht, die hinsichtlich der Kritik der Anträge und Entschlüsse des Klubs vollständig freie Hand hat. Von dem Rechte dieser Kritik haben bisweilen die polnischen Demokraten, die Volksparteiler verschiedener Schattierungen, in hohem Grade auch die Nationaldemokraten und sogar der „Głos Narodu“ zum Überdruß Gebrauch gemacht. Aber plötzlich, nachdem sich im polnischen Klub eine sozialistisch allpolnische Mehrheit gebildet hat, erachtet der „Głos Narodu“ es als ein Verbrechen, daß der „Czas“ sich anmaßt, an der Wirksamkeit dieser Mehrheit Kritik zu üben. Dadurch beweist der „Głos Narodu“ seine vollständige Befähigung zur Übernahme der Rolle eines polnischen „Kriegsüberwachungsrates“ in Galizien.

Zu welchem Schwund des politischen Gedankens und zu welcher Rückständigkeit würde unser politisches Leben gelangen, wenn unter der Losung einer so verborgenen Solidarität und aufgenötigten Einmütigkeit jede Erörterung und Kritik der Politik des Klubs ausgeschlossen wäre! Dann würde jede Verbesserung eines Fehlers unmöglich sein, dann müßte das Land zwecks Aufrechterhaltung eines gefaßten und als unantastbar verkündeten Beschlusses aus einem Unglück ins andere verfallen und dem Abgrunde entgegenfallen! Dem „Głos Narodu“ ist unwillkürlich das Bekenntnis entschlüpft, daß der Krakauer Beschluß vom 28. Mai ein „Ruf aus der Brust der ganzen Volksversammlung“, also ein Gefühlserguß war; wie fehlerhaft aber ist es, eine praktische Politik auf „Rufe“ zu stützen, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Der „Głos Narodu“ rechnet bei seinen Lesern auf ihre vollständige Unkenntnis der jüngsten Vergangenheit, wenn er gegen unsere Kritik der Politik des Klubs und der zwangsweisen Einmütigkeit an Szusiński, Popiel, Stanislaus Tarnowski appelliert und uns vorwirft, daß wir zu einer Waffe greifen, die „die Hände besudelt“. Wir übergehen diesen letzten Ausdruck, der der Methode des Stanislaus Grabski traurigen Andenkens nachgebildet ist. Wir müssen aber daran erinnern, daß die vom „Głos“ genannten Politiker und Patrioten die ersten waren, die bei uns den Mut hatten, gegen die damals herrschenden terroristischen Strömungen aufzutreten, und als anfänglich unbedeutende Minderheit mit der Mehrheit in den vertretenden Körperschaften und in der Volksversammlung einen Kampf führten, aus dem sie erst nach Jahren siegreich hervorgingen. Wir hoffen aber, daß unsere Kritik früher Früchte zeitigen wird, weil die geschichtlichen Ereignisse heute einen schnelleren Lauf haben als früher und die Widerstrebendsten zu einer Revision der irrigen Politik zwingen werden.

Raum sind zwei Monate vergangen, und schon hat sich der Schleier der Gefahr gelüftet, die man leichtsinnig vergessen hat. Der ruthenische Landsmann-Minister ist auf der Bildfläche der politischen Erörterungen erschienen, und die ukrainische Frage nimmt in unseren Augen eine Aktualität an, die uns daran erinnert, daß sich um sie die letzten Jahrhunderte unserer Geschichte gedreht haben und unsere Zukunft drehen wird.

und daß alle mit dem größten Nachdruck ohne Berücksichtigung dieser Frage unserer Geschichte gefaßten Beschlüsse der in den gegenwärtigen Zeiten entfesselten Sturm der Geschichte wie eine Feder umstoßen wird.

Aus Nr. 372 des Czas (Kraſau)
vom 12. August 1917.

Für die polnischen Ulanen.

Kraſau, den 12. August 1917.

In der gestrigen Sitzung des Vorstandes des polnischen Klubs, die in Kraſau stattfand, überreichte Schriftleiter J. Grzywinski namens der Kraſauer Zeitungen, sowie der hiesigen Tageschriftsteller und Publizisten zu Händen des stellvertretenden Vorsitzenden Erzellenz Głabinski folgendes Schreiben:

An das Hohe Präsidium des polnischen Klubs!

Wie aus zahlreichen Mitteilungen Wiener und Berliner polnischer Blätter bekannt ist, hat ein polnisches Ulanenregiment des russischen Heeres unter der Führung des Obersten Mosciński durch sein Vorgehen gegen die Gewalttätigkeiten russischer Soldaten gelegentlich ihres im Juli 1917 erfolgten Rückzuges aus Stanisław der dortigen Bevölkerung ihr Leben und Vermögen gerettet und die Stadt vor einer Feuerbrunst bewahrt.

Die selben Ulanen haben bei Stanisław bei ihrem Weiterangriff auf deutsche Maschinengewehre die Tragik einer Kollision zwischen den Gefühlen eines Polen und der Pflicht eines russischen Soldaten durchlebt.

Diese Taten der polnischen Ulanen haben die siegreichen Heere der verbündeten Staaten anerkannt und geachtet, wofür die ausnahmsweisen Erleichterungen, die den Gefangenen im ersten Augenblick auf Befehl des deutschen Generals Vismann zuteil wurden sowie die Worte der Anerkennung für die polnischen Ulanen seitens des Kaisers Karl gelegentlich seiner Anwesenheit in Stanisław Beweise sind.

In Anbetracht dessen, daß es der einzige Wunsch der gefangenen und verwundeten polnischen Ulanen des Mosciński'schen Regiments war, nach zweijähriger Trennung von der Heimat heimkehren zu dürfen; daß sie alle Untertanen des Königreichs Polen sind; daß die deutschen Militärbehörden versprochen haben, die Bitte der Stadt Stanisław um Erwirkung von Zugeständnissen für die Gefangenen zu unterstützen; daß Kaiser Karl allergnädigst erklärt hat, daß er für eine angemessene Behandlung der Gefangenen Anordnungen getroffen habe; daß die Stadt Stanisław infolge der Verkehrsschwierigkeiten ihre Absicht, sich wegen der Übernahme der Fürsorge für die Gefangenen an den Hohen Klub zu wenden, noch nicht erfüllt hat: wenden die unterzeichneten Schriftleitungen der Kraſauer Zeitungen und die Vertreter der polnischen Presse sich in der Überzeugung, daß sie im gegebenen Augenblicke eine nationale Pflicht erfüllen und der Ausdruck nationaler Wünsche sind, an den Hohen Vorstand des Klubs, bei den zuständigen Behörden tatkräftige Bemühungen zu unternehmen, auf daß die verwundeten und gesunden polnischen Ulanen des russischen Heeres, die sich in österreich-ungarischer und deutscher Gefangenschaft befinden, möglichst bald freigelassen würden und in ihr Vaterland zurückkehren könnten.

Diese Denkschrift trägt die Unterschriften der Schriftleitungen des „Czas“, des „Głos Narodu“, des „Ilustr. Kurjer Godzienny“, des „Naprzód“, der „Nowa Reforma“ und einer Reihe von Kraſauer Tageschriftstellern und Publizisten.

Aus Nr. 183 des Naprzód (Kraſau)
vom 10. August 1917.

Die Konferenz in Stockholm.

Eine Denkschrift der polnischen sozial-demokratischen Partei Galiziens und Schlesiens.

Der holländisch-skandinavische Ausschuß empfing am 26. Juli den Vertreter der polnischen sozial-demokratischen Partei Galiziens und Schlesiens — Abg. Dożynski, der ihm im Namen seiner Partei eine Denkschrift überreichte. Einige Absätze dieser Denkschrift lauten: Die Vertreter der polnisch-sozialistischen Partei aus Warschau können in Stockholm nicht eintreffen, weil die kaiserlich deutsche Okkupationsbehörde ihnen die Pässe verweigert hat. Daher lege er im Namen der polnischen sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens eine Denkschrift mit dem Bemerkten vor, daß beide Parteien seit 26 Jahren gemeinschaftlich die polnische Vertretung in der Internationale bilden. 25 Millionen Polen führen ein ungemein reges, politisches und nationales Leben.

(Zenjurlücke.)

Seit dem Jahre 1794 bis jetzt haben sie zehn blutige Kriege und Revolutionen zu ihrer Befreiung unternommen. Die polnischen Sozialdemokraten erklären, daß sie ein freies — und unabhängiges Polen als das Ergebnis dieses Krieges verlangen. Ohne ein freies Polen sehen wir in Europa keine Möglichkeit eines dauernden, auf der Demokratie beruhenden Friedens. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen Amerikaner, Entschädigungen und einen Wirtschaftskrieg, der diesem blutigen Kriege folgen würde. Wir sind für einen Wiederaufbau des Landes mit gemeinsamen Kräften. Für uns ist die Frage der Freiheit des Meeres die Frage des freien Zutrittes zum Meere. Wir sind Anhänger eines freien Welthandels, und wir sind für einen Weltfrieden auf der Grundlage einer Verständigung der Völker.

Aus Nr. 372 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 12. August 1917.

Die östlichen Grenzgebiete des ehemaligen polnischen Freistaates.

... Es ist sehr gut, daß die Polen endlich ein Buch erworben haben, das die Angelegenheiten der östlichen Gebiete des ehemaligen polnischen Freistaates vom polnischen Gesichtspunkte aus beleuchtet und die dortigen polnischen Interessen verteidigt. Das Zentralbüro des Obersten Nationalkomitees hat in letzter Zeit eine in der Welt gesandte Arbeit von Lech Wasilewski veröffentlicht, die den Titel „Die Ostprovinzen des alten Polenreichs“ führt. Diese Arbeit ist aus dem Polnischen ins Deutsche übertragen und in beiden Sprachen gedruckt. Die Übersetzung ist an sich mangelhaft, weil sie zu viel Polonismen und sogar Verästelungen gegen die deutsche Grammatik enthält. Außerdem bedient sich diese Arbeit sehr oft zu wenig sachlichen Materials, statistischer Angaben usw., die in solchen Fällen die beredtesten Zeugen sind. Es dürfte genügen, auf die dem Chelmer Lande und dem östlichen Galizien gewidmeten Abschnitte zu verweisen. Trotzdem ist die Schrift mit Ruhe ausgeführt, wohlgelungen und enthält alle Bedingungen, um zu überzeugen, um irrige Anschauungen zu berichtigen, die über jene Länder im Auslande verbreitet sind, oder die Unkenntnis auszurotten, der die polnischen Angelegenheiten im Auslande am meisten begegnen. Das Oberste Nationalkomitee, das dieses Buch im eigenen Verlage hat erscheinen lassen, sollte dafür Sorge

tragen, daß es sich auf dem Schreibtische eines jeden hervorragenden ausländischen Politikers oder Publizisten befinde. Auch die polnische Volksgesamtheit wird einen nicht geringen Vorteil davon haben, wenn sie sich diese Geschichte und diese Länder aus dem Buche im polnischen Gewande ins Gedächtnis zurückerufen wird.

Aus Nr. 375 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 11. August 1917.

Aufruf des Kosciuszko-Komitees.

Das Kosciuszko-Komitee in Lemberg erläßt folgenden Aufruf:

Die Erinnerung an Tugenden, Taten und Verdienste ist ein nationaler Schatz. Die Anerkennung und Verehrung großer Männer ist nicht nur eine Pflicht der Volksgesamtheit, sondern auch eine Notwendigkeit und eine Vorbedingung der Kraft und Ausdauer. Sie sind nämlich die Fackeln des Lebens, die von einer Generation der andern weitergereicht werden.

Wem aber gebührt mehr Verehrung, als diesem großen geistigen Führer und Diener des Volkes, der ein Vorkämpfer der Freiheit, ein Besieger der Tyrannen, ein unerschütterlicher und mit Wunden bedeckter Kämpfer war, der „das ihm anvertraute Sakrament vor Schaden und Verlust treulich behütete“, der Vater der Bedrängten, der in allen Erdteilen gleich berühmte „ehrenhafteste Pole“; der mit Leonidas, Cincinnatus und Tymoleon verglichen wurde! Derjenige, der, als das Volk dem Untergang entgegenging, „Polen gegen die Nordwinde widerstandsfähiger“ machte, niemals in irgend welchen Gegensatz zu ihm geriet, ihm ungeteilt sein ganzes Sein widmete, allen Partei- und persönlichen Interessen fernstand, mächtig an Geist, aber demütig, bescheiden, still und gehorsam, wie selten jemand war — ist Kosciuszko — unser höchster Führer im Bauernittel!

Der eine Name „Kosciuszko“ sagt den Polen so viel, daß jedes andere Wort daneben beinahe überflüssig ist. Ist er doch für uns zum Wegweiser, zu einem schützenden Heiligtum geworden! Was vergegenwärtigt er uns nicht, welches Wunder wirkt er nicht! Er führt uns von dem verfallenen litauischen Dorfe durch alle Länder, durch die Urwälder und Wüsten Amerikas nach dem Schlachtfelde von Dubienka, auf den Marktplatz in Krakau, nach den siegreichen Höhen von Racławice, den Wällen von Warschau, auf die tragischen Felder von Maciejowice, in die Kasematten von Petropawlowsk, in die Zimmer der Zäsuren und Diplomaten in Paris und Wien bis zu dem Flüchtlingsasyl in Solothurn, von wo nach langjährigen Bemühungen des Vaterlandes die sterbliche Hülle des Helden in die Gräfte des Wawel, an den Fuß des durch das Volk errichteten, himmelanstrebenden Grabhügels gebracht wurde. Dieser stets lebendige und erfrischende Name ist Speise und Trank, läßt unsere Herzen höher schlagen, befruchtet den Geist und spornt zum Kampfe, zur Aufopferung an. Er ist mit dem Bestehen Polens nach der Teilung, mit seinem Leiden und seiner Freude und schließlich mit unserem unerschütterlichen Glauben an eine sichere, helle Zukunft untrennbar verbunden. Kosciuszko! Dein strahlender Name sei gebenedeit!

In dem Strudel des Weltkrieges hat man den hundertsten Gedenktag des Todes Kosciuskos nicht vergessen. Der 15. Oktober naht mit schnellen Schritten. Es ist daher die Pflicht der Polen, diesen Tag zu einem nationalen Festtag zu gestalten, bis in dem freien und ganzen Vaterlande triumphierend die Sigismundglocke zu Ehren des Führers ertönen wird.

Das in diesem Teile des Freistaates begründete bürgerliche Komitee ruft hiermit die Landsleute sowohl

in der Hauptstadt, als auch an allen Orten, wo der polnische Gedanke lebendig ist, wo eine Kirche oder eine Schule sich erhebt, auch da, wo vielleicht nur eine einzige Familie unsere Gefühle teilt und die Bedeutung, das Ziel und die Beweggründe versteht, zur Feier auf. In Lemberg, in den alten Mauern des „Mehrers des Polentums“, wird eine Hauptfeier stattfinden, deren Programm wir bald veröffentlichen werden. Jedoch schon heute können wir allen, die zu uns kommen, mit Rat und Hilfe dienen, damit der Kosciuszko-Tag dem Wunsche von Millionen entspreche, unsere unermessliche Liebe und Verehrung beständige und besonders heute beim Wechsel des Schicksals, zur Zeit der Morgenröte der Erlösung zu einer gemeinsamen nationalen Huldigung werde.

Zeitgenossen erzählen, daß Kosciuszko kurz vor seinem Tode in abendlicher Stunde Prophezeiungen über die Zukunft seines Vaterlandes ausgesprochen habe. Die Zuhörer konnten diese jedoch nicht festhalten. Wenn durch die Gnade Gottes seinem erlöschenden Auge Polen erschien, so ist es sicher, daß es nur das vereinigte, unabhängige Polen war, für das er hundertmal sterben wollte, dem er in Mühe und martervollem Schmerze sein ganzes Leben weihte, von dem er mit nachstehenden Worten schrieb, sprach und gelobte:

... Der erste Schritt zur Abschüttelung der Sklaverei besteht darin, den Mut zur Freiheit zu fühlen; der erste Schritt zum Siege liegt in der Erkenntnis der eigenen Kraft.

... Ich will lieber vergessen sein, wenn nur mein Vaterland frei wird.

... An mich braucht man nicht zu denken. Ich werde mit dem Vaterlande enden. Wenn dieses glücklich sein wird, werde auch ich es sein; wenn nicht, dann ist auch mein Leben nicht nötig.

... Die Macht werde ich nicht zu irgend welcher Bedrückung gebrauchen, sondern nur zur Verteidigung der Grenzen des Ganzen, zur Wiedererlangung der Selbständigkeit des Volkes und zur Begründung der allgemeinen Freiheit.

... Wenn wir gemein, habgierig, eigennützig sein und uns um das Land nicht kümmern sollten, dann wäre es gerecht, daß wir das Sklavenjoch trügen. Von uns selbst, von unseren Sitten hängt die Besserung der Regierung ab.

... Man muß die Liebe zum Vaterlande in denjenigen wecken, die bis jetzt nicht einmal gewußt haben, daß sie ein Vaterland besitzen.

... Möge die Schulbildung allgemein sein!

... Es gibt kein Volk, daß geneigter ist, anderen wohl zu tun, als das polnische Volk, wenn es nur seinem eigenen Willen folgen kann.

... Es ist die Zeit, in der das gemeinsame Ziel sein sollte, das Vaterland glücklich zu machen, ihm in Europa die Bedeutung einer innerlich guten Regierung zu verschaffen.

... Polen ist immer unsterblich.

Aus Nr. 185 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. August 1917.

Vor der Ausweisung der Polen aus Petersburg.

Polnische Blätter, die in Rußland erscheinen, machen auf die Gefahr aufmerksam, daß die als Kriegsflüchtlinge in der Hauptstadt Rußlands weilenden Polen in nächster Zeit würden massenhaft aus der Stadt ausgewiesen werden. Die Tatsache an sich wäre übrigens nicht besonders neu, denn eine solche Gefahr drohte den Polen schon oft, und man weiß nicht, wann sie ihr noch ausgesetzt sein werden. Man nimmt in Petersburg an, daß die dortigen Behörden der polnischen Bevölkerung immer mehr Mißtrauen entgegenzubringen begännen, da sie nicht glaubten

daß die verbannten Polen der revolutionären Idee ergeben seien. So sollen denn die gegenwärtigen Leiter der Regierung entschlossen sein, nicht nur die Anhänger Lenins und anderer extremen Revolutionäre, sondern auch die Polen fortzuschaffen. Ob es tatsächlich zur Verwirklichung dieses Planes kommen wird, das ist vor der Hand schwer zu sagen; jedenfalls bereitet der „Dziennik Piotrogrodzki“ die polnische öffentliche Meinung auf eine solche Eventualität vor.

Aus Nr. 188 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 21. August 1917.

Die Heimkehr der polnischen Emigranten aus Rußland.

Der „Dziennik Polski“ in Petersburg wirft die interessante Frage auf: „Wieviel Polen werden in Rußland verbleiben und wie viele von ihnen werden nach ihrer Heimat zurückkehren?“ Dieses Blatt ist der Ansicht, daß der überwiegende Teil der polnischen Emigranten aus Rußland nach der Heimat zurückkehren wird. Denn nur ein geringer Prozentsatz von ihnen hat sich entschlossen, in Rußland weiter zu verbleiben. Dazu gehören entweder solche Personen, die kein nationales Bewußtsein haben, oder arme Leute, die ihre Stellungen in den verschiedenen russischen Industriezweigen nicht verlieren möchten. Tatsache bleibt jedoch, daß wenigstens 80 Prozent der polnischen Auswanderer, die gegenwärtig in Rußland sich aufhalten gezwungen sind, mit Freuden den Augenblick begrüßen werden, wo es ihnen vergönnt sein wird, wieder nach ihrer Heimat zurückzukehren. Polnische Renegaten gibt es unter den Auswanderer im allgemeinen nur sehr wenige. (Wat.)

Aus Nr. 378 des Czas (Kraſau)
vom 17. August 1917.

Eine bezeichnende englische Stimme.

H. R. Brailsford ist in England der Verbreiter des Gedankens, daß die einzige Bürgschaft eines für Europa dauernden Friedens nach dem Kriege die Schaffung einer „Völkerliga“ wäre, die politische Streitigkeiten und wirtschaftliche Gegensätze schiedsgerichtlich erledigen würde. Diesem Gedanken hat er ein besonderes Buch unter dem Titel „The League of Nations“ gewidmet, und gegenwärtig hat er ihn mit der polnischen Frage in Verbindung gebracht, indem er in den Spalten der Zeitschrift „The polish review“ unter dem Titel „Polen und die Völkerliga“ einen Artikel bringt. Der Leitgedanke dieses Artikels ist, die ungewissen Vorteile zu zeigen, die für uns entstehen würden, wenn nach dem Kriege die Gründung einer solchen Liga zustande käme. Wenn dieser Artikel sich auch nur in diesem Kreise bewegen würde, dann wäre er eine jener Utopien mehr, die vielleicht zur Zeit unserer Ururenkel einen realeren Inhalt annehmen werden, einstweilen aber — sogar trotz ihrer Unterstützung durch die Wilsonsche Botschaft — auf praktische Verwirklichung wenig Aussichten haben. Aus einem anderen Grunde ist dieser Artikel aber interessanter: um zur Begründung der Vorteile dieser Liga zu gelangen, bietet der Verfasser eine Reihe von unparteiischen Betrachtungen über das Schicksal Polens für den Fall, daß die Entente siegen sollte. Im Gegensatz zu den Stimmen unserer Emigranten, die uns für diesen Fall ein vereinigtes, von Meer zu Meer reichendes, mächtiges und unabhängiges Polen ankündigen, erinnert der englische Verfasser sehr nüchtern daran, daß Polen in diesem Falle nur ein sehr kleiner Staat (ohne die polnischen und ruthenischen Länder und ohne Litauen, das Rußland

niemals preisgeben wird) sein und in militärischer Beziehung unter russischem Oberbefehl verbleiben würde. Nach ihm wäre also die Lösung der polnischen Frage seitens der Entente durchaus nicht besser, als eine Unterwerfung Polens unter die ausschließliche deutsche Hegemonie, die Polen bevorstehen würde, falls das kaiserliche Programm sich verwirklichen würde.

Bei der konkreten Betrachtung der Vorteile der Völkerliga für die polnische Frage zieht H. R. Brailsford zwei Umstände in Erwägung: die Frage der Erlangung eines Zugangs zum Meere und die Frage der Sicherung der nationalen Rechte der Polen im preussischen Teilgebiete. Er täuscht uns durchaus nicht, daß er es für möglich halte, was uns die Lanjammer Agentur angeblich im Namen Englands unaufhörlich verspricht, nämlich die „Vereinigung“ Danzigs und Posens mit dem zukünftigen Polen. Als die einzige mögliche Errungenschaft für Polen erachtet er die Sicherung der Verbindung mit dem Meere (wobei Danzig jedoch in den Händen der Deutschen verbleibt), sowie die Einräumung der Möglichkeit einer nationalen Entwicklung der Polen unter dem preussischen Zepher. „Nehmen wir an — behauptet er —, daß Danzig, territorial eine deutsche Stadt verbleibend, Polen als Freihafen dienen und ein gemeinschaftlicher preussisch-polnischer Ausschuss die gemeinschaftlichen Angelegenheiten in Danzig und die Schifffahrt auf der Weichsel überwachen wird. Trotzdem lassen sich gewisse Reibungen nicht vermeiden. Im Falle eines ernstlichen Konflikts wird das Schiedsgericht der Liga entscheiden, und gerade dann, wenn der polnische Staat in seinem Recht sein wird, wird er in allen seinen Streitigkeiten mit den preussischen Behörden auf die Hilfe der Liga rechnen können.“

„Man muß aber — schreibt Brailsford weiter — auch mit der Alternative rechnen, daß der Friede den Polen keine vollkommene Genugtuung leisten und daß z. B. Posen beim Deutschen Kaiserreiche verbleiben wird. Wenn keine Liga wäre, dann müßte das polnische Volk seine Hoffnung auf die Wiedererlangung Posens bis zum nächsten Kriege aufgeben, dessen Ausgang doch auch nicht sicher wäre, und nicht bloß das ganze Leben Polens, sondern ganz Europas wäre durch die Versorgung vergiftet, daß der Krieg eines Tages wieder ausbrechen wird. Und könnte die Völkerliga Polen die Wiedererlangung Posens gewährleisten?“

Es ist zweifelhaft, ob die Liga gleich im Anfange ihres Bestehens Bestrebungen nach irgendwelchen Gebietsveränderungen werde unterstützen können, denn höchstwahrscheinlich würde sie, nachdem einmal die Friedensbeschlüsse gefaßt wären, stillschweigend oder förmlich den territorialen „status quo“ in Europa verbürgen. Falls Polen mit seiner Forderung auf Rückgabe Posens vor das Schiedsgericht der Liga treten würde, dann würde es auf die Berücksichtigung dieser Forderung wenigstens für die Zeit der ersten Generation verzichten müssen, weil es in der ersten Zeit des Bestehens der Liga Aufgabe des Schiedsgerichts wäre, nicht die ideale Gerechtigkeit zu wahren, sondern Kompromisse zustande zu bringen, um dadurch Kriege zu vermeiden. Man könnte sich die Lage vorstellen, daß das Schiedsgericht bei entsprechender Gegenleistung von anderer Seite für die Rückgabe Posens eintreten könnte; allein eine solche Lage ist unwahrscheinlich. . . . Wahre Pflicht der Liga wäre dem vorzubeugen, daß dieser Streit nicht in eine Kriegsdrohung ausarte. Deshalb würde das Schiedsgericht höchstwahrscheinlich gewisse Modifikationen für die Verwaltung Posens in der Richtung einer Selbstverwaltung, der Sprachfreiheit oder wirtschaftlicher Zugeständnisse vorschlagen, die das Los der Posener Polen erträglicher machen würden.“

Die obige Stimme haben wir selbstverständlich nicht so sehr wegen ihres positiven Inhalts (Projekt der

Völkerliga) angeführt, als zur Information der Leser darüber, daß die englische Publizistik keinerlei Illusionen verbreitet, die die Grundlage der „englischen Orientierung“ sind, die heute in einigen unserer Kreise so modern ist. Sie hält fest an der Forderung, daß Polen sich im Falle eines Sieges der Entente zu einer russischen Militärunion verstehen muß, sich auf seine ethnographischen Grenzen beschränken und auf die russisch-litauischen Länder ein für allemal zugunsten Rußlands verzichten muß. Und was die Eroberung von Danzig und Posen („Vereinigung“) anbelangt, die ein Ausgleich für diese Schattenseiten der Bilanz sein sollen, so konnte der angesehene englische Publizist nur das sagen: das hängt von den noch „sehr weit entfernten russischen Siegen“ ab.

Aus Nr. 399 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 15. August 1917.

Die polnische Frage nach der Proklamation in der holländischen Presse.

(Nach einem Bericht des polnischen Presse-Büros im Haag. Van Speyckstraat 53.)

In den neutralen Staaten beschäftigt sich mit der polnischen Frage die holländische Presse verhältnismäßig sehr lebhaft. Das polnische Pressebüro im Haag arbeitete nach der Proklamation vom 5. November mit voller Tatkraft um Holland nicht bloß mit den Bestrebungen, Schwierigkeiten und Verhältnissen der Polen bekannt zu machen, sondern auch die Sympathie dieses Volkes zu gewinnen. Dank der angestrengten Arbeit der verflossenen Jahre ist es gelungen, mit dem amtlichen holländischen Pressebüro Beziehungen anzuknüpfen und auf diese Weise die Unabhängigkeitsidee in hohem Maße volkstümlich zu machen. Es genügt, zu bemerken, daß seit der Proklamation des Königreichs Polen im November 1916 das polnische Büro im Haag in der holländischen Presse etwa 350 Artikel veröffentlicht hat.

Schon die bloße Tatsache der Proklamation wurde in der Presse äußerst lebhaft besprochen. Das polnische Pressebüro übersandte allen Zeitungen eine Menge von Artikeln. So hat z. B. das „Vaderland“ folgende Artikel veröffentlicht: „Die Freiheit Polens“, „Polnische Verhältnisse“, „Vor der Verkündung der Freiheit“ (6. und 7. 11.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, der „Bredasche Courant“ und andere veröffentlichten ebenfalls Artikel über „Die Freiheit Polens“, über den Standpunkt der Sozialisten und außerdem — selbstverständlich — eine Reihe amtlicher Nachrichten.

Diese Artikel gaben ein genaues Bild dieser geschichtlichen Tatsache und stellten es von allen Gesichtspunkten aus dar. Außerdem behandelte das polnische Pressebüro auch die Stellung anderer Länder zu dem neuen Polen. Das polnische Pressebüro verschickte eine ganze Reihe von Artikeln und Nachrichten über die Entstehung des Staates. Die innere polnische Politik wurde ausführlich besprochen, ebenso die Finanzfrage, das Schulwesen, die Religionsfrage und die Heeresfrage, die allgemein fesselten.

Über die Stellung der Juden im unabhängigen Polen schreibt das „Vaderland“ am 9. 1. 1917. Die selbe Zeitung veröffentlichte einen Artikel über die rechtswirtschaftliche Stellung des Königreichs Polen (12. 1.). Über den geistigen Stand Warschaws schrieb das „Nieuwe Rott. Courant“ am 14. 1. und 16. 1. An demselben Tage brachte das „Vaderland“ einen allgemeinen Artikel über die innere Politik Polens. Kurz darauf erschienen Artikel über die Bildung des ausführenden Ausschusses des Staates und über den Warschauer Gemeinderat.

Die Augen vieler Politiker waren auch auf das polnische Heer gerichtet. Denn sehr oft griff hier der Gedanke Platz, daß das polnische Heer der hauptsächlichste und im gegenwärtigen Augenblicke der wertvollste Faktor des neuen Königreichs sei.

Besonderes Interesse erweckte in der holländischen Presse die Proklamation Rußlands über ihr Verhältnis zu Polen. Man war sich darüber klar, daß man jetzt in jedem Falle mit voller Bestimmtheit behaupten könne, daß der Friede ein freies Polen als einen unabhängigen neuen Staat bringen werde. Das werde für Europa ein Segen sein. Obgleich die russische Proklamation — schrieb man — bedeutend verlockender sei, könne sie doch nur mit Hilfe Deutschlands und Österreichs verwirklicht werden. Deshalb würde es sich empfehlen, auf dieser Grundlage die Möglichkeit einer Verständigung dieser beiden feindlichen Parteien zu suchen.

Angeichts dieser und ähnlicher Artikel veröffentlichte das polnische Pressebüro im „Nieuwe Rott. Courant“, im „Vaderland“, im „Nieuwe Courant“ und im „Dagblad voor Zuid Holland“ einen Artikel, in dem das Augenmerk auf die Tatsache gelenkt wird, daß Rußland, sofern es in der Sache selbst so weitgehende Pläne gegenüber Polen habe, jetzt schon Schritte zur Verbesserung der traurigen Lage der Polen in Rußland tun könnte. In einem anderen großen Artikel, der am 4. 4. in der „Nieuwe Courant“ und am 5. 4. im „Vaderland“ und „Dagblad voor Zuid Holland“ veröffentlicht wurde, stellte das polnische Pressebüro fest, daß augenblicklich noch keine Veranlassung vorliege, eine Änderung der polnischen Politik vorauszusehen, weil die russische Proklamation nichts Bestimmtes biete. Es sei zwar sehr anerkennenswert, daß die gegenwärtige russische Regierung sich für ein freies Polen ausspreche, wenn man aber von einer Vereinigung aller polnischen Länder rede, so könne das augenblicklich nur auf dem Wege der Waffen Gewalt geschehen, der unter den gegebenen Verhältnissen nicht leicht sei. Auch die Auffassung der Länder mit der Mehrheit der polnischen Bewohner bilde viel Schwierigkeiten, über deren Lösung eine russische verfassungsmäßige Versammlung entscheiden soll. Eine derartige Lösung sei ziemlich gefährlich, weil schwer anzunehmen sei, daß die Landbewohner des östlichen Europa, Sibiriens und des Kaukasus für diese Frage Verständnis zeigen würden.

Daß die Arbeit des polnischen Pressebüros in Holland reiche Früchte trägt, beweist ein großer Artikel des ehemaligen Ministerpräsidenten, gegenwärtigen Staatsministers Dr. A. Kuiper, eines der hervorragendsten holländischen Politiker, im „Standdaard“. In dem einleitenden Artikel beschäftigt sich der Minister Kuiper mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen Polen als freier Staat nach dem Friedensschlusse ausgesetzt sein wird. Er verweist auf die Tatsache, daß im Königreich Polen in den letzten Jahrzehnten Dank der Möglichkeit der Ausfuhr nach dem Osten die Industrie sich in außerordentlicher Weise entwickelt habe. Indem er sich auf einen Artikel des Dr. B. Gargas, des Leiters des polnischen Pressebüros im Haag, beruft, schreibt er: „Dr. Zygmund Gargas, der als Pole bei uns die polnische Frage seit dem Beginn des Krieges mit großem Talent verteidigt hat, erzählt in der „Indischrift voor economische Geographie“, daß die Wendung in den polnischen wirtschaftlichen Verhältnissen, falls Rußland seine Grenzen gegen die polnische Industrie verschließen sollte, die Wirkung haben werde, daß Polen seinen Absatz im Westen und im eigenen Lande und gegebenenfalls sogar eine vollständige Umwälzung in der Art der Erzeugung werden suchen müssen, was wiederum zur Folge haben würde, daß sich der Mittelstand bereichern, die Kapitalisten aber an Kraft verlieren würden.“

In diesem Frühjahr erschien auch eine Broschüre von Dr. Gargas in holländischer Sprache unter dem Titel: „De Sociale en Economische Toestand van het Koninkrijk Polen“ (Die soziale und wirtschaftliche Lage im Königreich Polen). Diese Broschüre bringt einen allgemeinen Abriss der polnischen Verhältnisse und ist eine Sammlung von Vorträgen des Dr. Gargas, die er in den Handels-Universitäten in Rotterdam, in Studieren und Leyden gehalten hat.

Das polnische Pressebüro hat die Interessen der Polen aber nicht bloß in der Presse nach Möglichkeit unterstützt.

Eine verwickeltere Frage ist die Verfassung der über 2000 arbeitslosen Polen, ehemaliger russischer Soldaten, die gegenwärtig in Rotterdam und Scheidamm leben. Die Arbeitslosigkeit wirkt überaus demoralisierend auf ihre Lebensweise, so daß die

Behörden sich gegenwärtig schon mit der Lösung dieses Problems beschäftigen. Das polnische Pressebüro steht mit der amtlichen Direktion der Kohlenbergwerke in Holland wegen der Erlangung von Beschäftigung für diese Leute im Schriftwechsel, und mit dem Bürgermeister von Rotterdam und dem Minister des Innern haben in dieser Angelegenheit gleichfalls bereits Besprechungen stattgefunden.

Schließlich muß noch bemerkt werden, daß auf Veranlassung des polnischen Pressebüros eine Reihe von Lichtbilderspielen und holländischen Filmen unter dem Titel „Königreich Polen“ (im Haag, in Delft, in Leyden usw.) aufgeführt worden sind, daß im Winterhalbjahr das St. Przybylszewski'sche Drama „Das Glück“ in der Übersetzung von A. Engers aufgeführt werden soll und in den Sälen von Mleykamp im Haag Bilder des Krakauer Malers St. Czajkowski ausgestellt werden, der sich gegenwärtig in Holland im Haag aufhält.